

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Den Hauptfeind stoppen

Im Septemberheft des „RotFuchs“ veröffentlichten wir den Aufruf der Initiative „Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder!“ zur Demonstration am 3. Oktober in Berlin. Zu den Hauptforderungen gehörten: Verhandlungen zur sofortigen Beendigung der Kriege in der Ukraine und in Gaza, Atomwaffen raus aus Deutschland und Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages, keine Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland. Dem Aufruf hatten sich Gliederungen der SPD und verschiedener Gewerkschaften, der Parteivorstand der Partei Die Linke, die DKP, das „Bündnis Sahara Wagenknecht“ (BSW), christliche Gruppen, die deutsche Sektion der Vereinigung „Internationale Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges – Ärzte in sozialer Verantwortung“ und andere angeschlossen. Die Demonstration begann mit drei Auftaktkundgebungen an der Gedächtniskirche, an der Rathenower Straße/Straße Alt-Moabit und am Gleisdreieck auf dem Schöneberger Ufer. Von dort zogen drei Demonstrationzüge zum Großen Stern, wo die Abschlussskundgebung stattfand. Es sprachen u. a.: Reiner Braun (für den Veranstalterkreis), Ralf Stegner (MdB, SPD), Sahara Wagenknecht (MdB, BSW), Peter Gauweiler (CSU) und Gesine Lötzsch (MdB, Die Linke). Die Liedermacher Tino Eisbrenner und Pablo Miró wirkten musikalisch mit. Die Demonstrationen und Kundgebungen finden in einer Situation statt, in der die Gefahr eines Weltkrieges so groß ist wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Der Westen beschleunigt die Eskalation im Krieg gegen Rußland und versucht, die Einkreisung von Rußland und China zu vollenden. Sowohl der Krieg in der Ukraine als auch der in Gaza drohen außer Kontrolle zu geraten. Die deutsche Regierung übernimmt dabei in Westeuropa eine Führungsrolle, rüstet in ungekanntem Maß auf und droht mit einer neuen Wehrpflicht. Die Ankündigung der US-Regierung und der Bundesregierung vom 10. Juli, weitreichende US-Raketen, die auch nuklear bestückt werden können, in der Bundesrepublik zu stationieren, ist ungeheuerlich. Als die russische Regierung im Winter 2021/2022 Verhandlungen von den USA und der NATO forderte,

um u. a. genau solch eine Stationierung zu verhindern, wurde sie mit Verachtung behandelt. Nun entdeckt Boris Pistorius eine „Fähigkeitslücke“. Am 31. Juli wies jedoch der SPD-Außenpolitiker Ralf Stegner in einem WDR-Interview darauf hin, daß die NATO

Angriffe vorzunehmen – denn es ist westliches Militärpersonal, das die Raketen im Auftrag Kiews programmiert und startet. Was daraus folgen kann, erläuterte der russische Sicherheitsexperte Sergej Karaganow am 11. September in der Zeitung „Kommersant“ auf die Frage, was geschehen soll, wenn erneut ein ukrainisches Geschloß über Moskau auftaucht: „Wenn wieder eine Drohne den Kreml anfliegt, warum dann nicht zuerst einen regulären Raketenangriff auf den Reichstag starten? Laß es brennen. Wenn die Deutschen ihre abscheulichen Verbrechen vergessen haben, die niemals vergessen werden sollten, sollten sie daran erinnert werden.“ Es ist allerhöchste Zeit, den Hauptfeind im eigenen Land zu stoppen!

Arnold Schölzel



Logo der Friedenskundgebung am 3. Oktober in Berlin

bei see- und luftgestützten Mittelstreckenraketen, mit denen weit entferntes russisches Territorium erreicht werden kann, Rußland „deutlich überlegen“ sei. Sie seien nur nicht so schnell und so beweglich wie die nun angekündigten landgestützten Geschosse. Mit ihnen wächst die Gefahr eines unbeabsichtigt ausgelösten Krieges.

Hinzu kommt: Beide Regierungen kündigten am 10. Juli faktisch an, daß sie das militärische Gleichgewicht in Europa zugunsten der NATO verschieben wollen. Im übrigen wird bereits seit September 2021 ein US-Führungszentrum in Wiesbaden aufgebaut. Was aus der Stationierung folgt, liegt auf der Hand: Deutschland wird im Kriegsfall zum Ziel russischer Raketenschläge. Berlin erlaubt Washington, alle Vorbereitungen für einen Angriffskrieg zu verwirklichen, ohne daß der Krieg in Nordamerika stattfindet. Das Ziel der USA, Westeuropa zum atomaren Schlachtfeld zu machen, wurde auf die BRD reduziert.

Berlin gibt sich damit in die Abhängigkeit von Abenteurern in Washington, Kiew und deren Helfershelfern bei SPD, Grünen, FDP und CDU. Die ständigen Forderungen Selenskyjs, mit westlichen Raketen russische Führungsstellen attackieren zu dürfen, zeigen Wirkung. Biden und Starmer haben sich am 13. September offenbar geeinigt, solche

Aus dem Inhalt



Das Feuer des Roten Oktober	2
Kausalketten, Kettensägen, Populismus und Ausgrenzung 4	
Interview Egon Krenz	6
Schuldverschiebung	11
Können sich Ukraine und Israel auf Selbstverteidigung berufen?	13
Neue politische und militärische Initiativen Rußlands	14
Befreiungskampf der Frauen in Zentralasien	16
Befreiung der Ukraine im Großen Vaterländischen Krieg	17
Klimawandel in Afrika	20
Regierungssturz und Farbrevolution in Südasien	22
Ein Hoch der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba	25
Worin liegt die Anziehungskraft von BRICS und SOZ?	26
Faschistische Mimikry	27
Dimitroff und der Faschismus gestern und heute (II)	28
Zur Verfassungsfrage in DDR und BRD	30
Freiheit, die ich meine (III)	31
Es darf alles nur böse gewesen sein (II)	33
Das „Manifest“ – Grundlegung des wissenschaftl. Kommunismus	35

Das Feuer des Roten Oktober



1917: Die Proleten jagten Kerenski davon und die Partisanen vom Amur nahmen Wolotschajewska ein. Der Rote Oktober erinnert mich an die Erzählung John Reeds vom jungen Rotgardisten, der in den Tagen des Aufstandes in Petersburg am Smolny Wache hielt. Er wurde von jungen Intellektuellen bedrängt, die vom Aufstand in Petrograd nicht begeistert waren. Er hielt sie sich mit vorgehaltenem Gewehr vom Leibe und argumentierte fortgesetzt: „Es ist Klassenkampf!“ Im November 1967 fuhr der erste Freundschaftszug der FDJ nach Moskau und Leningrad, um an den Festlichkeiten des 50. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution teilzunehmen. Ich war dabei. Den 60. Jahrestag erlebte ich 1977 in Moskau. Ich studierte an der Hochschule der KPdSU und nahm an einer wissenschaftlichen Konferenz im Hotel „Moskwa“ teil. Dort sprach der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Uruguays und marxistische Theoretiker Rodney Arismendi. Ein Satz hat sich mir eingepreßt: „Je komplizierter der Klassenkampf verläuft, desto präziser müssen wir die marxistische Dialektik anwenden.“ Anlässlich des 70. Jahrestages des Roten Oktober 1987 lud mich die sowjetische Botschaft in Nicaragua zum festlichen Empfang in den Restaurantkomplex „El Cijote“ in Managua ein. Boris Jelzin, Mitglied des Politbüros der KPdSU, war da. Es wurde russische und nicaraguanische Folklore geboten. Im November 1997, 80 Jahre nach diesem Weltereignis, führte die PDS eine Veranstaltung in Potsdam durch. Eine Broschüre wurde veröffentlicht. Sie trug den Titel „Die russische Revolution. Wegweiser oder Sackgasse?“ Das Autorenkollektiv hatte sich bemüht, „neue Sichten auf diese Revolution zu vermitteln“. Im November 2007 begingen wir, die Brandenburger DKP, im Kleistforum von Frankfurt/Oder den 90. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Die Kommunistische Partei Kubas hatte eine Grußbotschaft gesandt, in der geschrieben stand, daß der Rote Oktober den Kampf gegen den Imperialismus und den Befreiungskampf der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas stärkte. Die Oktoberrevolution war Inspiration für alle folgenden sozialen Revolutionen. Der „Lange Marsch“, angeführt von Mao Tse-tung, leitete die chinesische Revolution ein. Nach dem Sieg der Sowjetunion über den deutschen

Faschismus nahmen die Völker Osteuropas ihr Schicksal in die Hand. Es entstanden die CSSR, die Volksrepubliken Bulgarien, Polen, Rumänien, Ungarn und die Föderative Volksrepublik Jugoslawien. In einem Teil Deutschlands führte die antifaschistisch-demokratische Umwälzung zur Gründung der DDR, der größten Errungenschaft der Arbeiterbewegung auf deutschem Boden. In Asien befreiten sich die Mongolei, Laos, Nordkorea und Vietnam. In Afrika und Lateinamerika setzten Befreiungsrevolutionen ein. Auf Kuba und in Nicaragua führten sie zum Sturz der Diktaturen und zum nationalen Neuaufbau.

Mit der Niederlage des Sozialismus in Europa sowie dem Zerfall der Sowjetunion und des sozialistischen Lagers sahen sich die herrschenden Eliten des Westens, voran die der USA, als Sieger der Geschichte. Sie stülpten den Verlierern neoliberale, marktwirtschaftliche Prinzipien und die bürgerliche Demokratie über und machten sie zu Juniorpartnern im kapitalistischen Weltsystem. Sie meinten, ab jetzt die Welt nach ihren Werten beherrschen zu können. Sie irrten sich. Das erlöschende revolutionäre Feuer barg immer noch die Glut für neue revolutionäre Entwicklungen in sich. Die Schwellenländer des Südens, vor allem China und später Indien, stiegen wirtschaftlich auf. 1994 übernahm mit Nelson Mandela der Afrikanische Nationalkongreß in Südafrika die Regierung. Mit dem Wahlsieg von Hugo Chávez 1998 begann in Venezuela die Bolivarische Revolution. Sie verlieh den revolutionären und Fortschrittskräften Lateinamerikas und der Karibik neuen Aufschwung. Vom Beginn des Sozialismus des 21. Jahrhunderts wurde geschwärmt. Heute bieten die mächtigen Volkswirtschaften und die militärische Macht der Volksrepublik China und der Russischen Föderation der Mehrheit der Welt ein alternatives System an. Die westlichen Eliten geraten in eine strategische Krise. Seit 1945 waren sie gewöhnt, die Mehrheitswelt nach der Kolonialzeit fortgesetzt zu plündern. Unter dem Kommando der nordamerikanischen Eliten und ihrer untergeordneten europäischen Komplizen nutzen sie seit mehr als 75 Jahren ein System institutioneller wirtschaftlicher Dominanz, das durch die Bedrohung und den Einsatz imperialistischer Streitkräfte gestützt wird. Sie führten Kriege in Korea, Algerien, Marokko, Vietnam, Afghanistan, Jugoslawien, im Irak, in Libyen und Syrien. Sie stürzten Regierungen wie in Chile und auf den Grenadinen. Sie organisieren farbige Revolutionen rund um den Globus. Mit Großmanövern wie „Pacific Skies“, „Arctic Defender“, „Nippon Skies“, „Pitch Black“, „Rimpac 2024“ und „Tarang Shakti“ wollen sie heute Stärke gegenüber der Volksrepublik China zeigen. Den Lauf der Geschichte können sie jedoch nicht mehr aufhalten.

Der Wirtschaftskrieg ist zu einem Machtinstrument der Starken gegen die Schwachen geworden. Ungehorsame Staaten werden vom freien Waren- und Kapitalverkehr ausgeschlossen. So geschehen mit Kuba, Irak, Venezuela, Iran, Libyen, Jemen und Syrien. Anstelle des direkten Einsatzes und Eingreifens ihrer Streitkräfte

haben die westlichen Eliten gelernt, ihre Aggressionen durch zerstörerische Wirtschafts-sabotage, wiederholte politisch-militärische und diplomatische Provokationen und die permanente Anwendung unaufhörlicher psychologischer Kriegsführung zu steigern. Der Krieg in der Ukraine, der zionistische Völkermord in Palästina und die ständige nordamerikanische und europäische Aggression gegen Venezuela enthüllen die allgemeine Offensive des Westens gegen die Mehrheitswelt. Sogar Regierungen von Mitgliedsländern der Europäischen Union wie in Ungarn und in der Slowakei erleiden Vergeltungsmaßnahmen, weil sie die dominanten Eliten Frankreichs und Deutschlands in ihrer Politik gegenüber der Ukraine herausgefordert haben. Die USA nutzen die akute Schulden-situation vieler Länder als Druckmittel, um deren Regierungen davon zu überzeugen, sich den imperialen Kreuzzügen anzuschließen. Anhaltende Krisen in solchen Ländern resultieren aus den Maßnahmen des Internationalen Währungsfonds. Sie senken den Lebensstandard der Mehrheit der Bevölkerung durch Steuererhöhungen, Kürzungen der öffentlichen Ausgaben und Abschaffung von Subventionen. Ein relevanter Index für die Anfälligkeit von Ländern gegenüber politischer und diplomatischer Erpressung durch die US-Regierung, die den IWF und die Weltbank kontrolliert, ist der Betrag, den ein Land aufgrund einer übermäßigen Verschuldung beim IWF an Geldstrafen zahlen muß. Der IWF verhängt Bußgelder, wenn der Schuldenstand eines Landes 187 Prozent seiner Kreditquote im Allgemeinen Reserverkonto des IWF übersteigt. Zum 31. Mai dieses Jahres lagen Costa Rica mit 354 Prozent, Jordanien mit 423 Prozent, Ukraine mit 448 Prozent, Ägypten mit 533 Prozent, Ecuador mit 827 Prozent und Argentinien mit 972 Prozent über ihren Quoten. (Stephen Sefton: Die strategische Krise des imperialen Kommandos)

Obwohl die Dominanz der imperialistischen Hauptmächte, angeführt von den USA, verblaßt, stehen sie noch nicht vor dem Untergang. Auch wenn das Wirtschaftswachstum der Bundesrepublik Deutschland nachläßt, so bricht sie deshalb nicht zusammen. Der militärisch-industrielle Komplex, samt grüner Lobby, sorgt dafür, daß das nicht passiert. Die imperiale Familie hält alle Fäden der kapitalistischen Gesellschaft in der Hand. Sie bestellt eine Heerschar an Politikern und Beamten, die willfährig ihre Interessen in Politik umsetzen. Sie beherrscht die Medien, deren Bosse zur Familie gehören. Wir leugnen nicht den Klassenkampf. Wir erkennen an, daß sich im Kapitalismus zwei Grundklassen unversöhnlich gegenüber stehen: Die Ausbeuter und die Ausgebeuteten. Für Karl Marx waren das die Bourgeoise und das Proletariat. Die Grundklassen werden bestehen, solange es den Kapitalismus geben wird. Im Zeitalter des Imperialismus beuten die Besitzenden nicht nur die eigenen Besitzlosen und Lohnabhängigen aus, sondern auch die Völker, die sich vom Kolonialjoch befreiten, jedoch immer noch abhängig von den kapitalistischen Wirtschaftsmächten sind.

Inzwischen richten sich die Wirtschaftskriege selbst gegen die Interessen der mit den USA verbündeten Staaten. Der Wirtschaftskrieg gegen Rußland schadet dem deutschen Monopolkapital. Das Ifo-Institut korrigierte seine Prognose für das Jahr 2024 nach unten. Die Wirtschaft stagniert, die Arbeitslosigkeit steigt. Hoffnungen auf Erholung haben die Forscher erst im Jahr 2025. Die Bevölkerung ächzt unter den Auswirkungen der Rußland-Politik. Sie befürchtet, daß sie die Finanzhilfen für die Ukraine und die Aufrüstung für die Bundeswehr bezahlen muß. Gestiegene Energiepreise brachten viele Haushalte und Kleinunternehmen an ihre Belastungsgrenzen. Nun wäre es logisch, wenn die Ampelregierung beginnen würde, sich vom USA-Imperium unabhängig zu machen. Statt alles zu tun, um die Kriege, die schlimmsten Klimakiller, zu beenden, zwingt die Ampel der Bevölkerung eine belastende Energieverordnung auf, stellt die Landschaften mit Windrädern zu und vernichtet Ackerland mit Solarfeldern. Bildung und Gesundheitsfürsorge bleiben auf der Strecke. Bahnfahren wird Luxus. Die Bevölkerung reibt sich an der Migrationspolitik auf. Den Osten der Bundesrepublik trifft es wieder einmal härter als den Westen. Für die neuen Bundesländer bleiben die versprochenen blühenden Landschaften weiterhin aus. „So tragisch der Ukraine-Krieg ist, er hat den Rüstungskonzern Rheinmetall reich gemacht“, war im „Handelsblatt“ zu lesen. In den vergangenen zehn Jahren habe sich der Börsenwert des Konzerns vervierundzwanzigfacht. Der nächste taktische Zug sei eine zentrale Waffenproduktion in der EU. Rheinmetall

werde eine führende Rolle einnehmen. In der Ukraine produziere Rheinmetall bereits den neuen Schützenpanzer „Lynx“ und plane eine Munitionsfabrik. Der Konzern gab die Übernahme der US-Rüstungsfirma Loc Performance bekannt. Nicht zuletzt sorgten die 100 Milliarden Euro des „Sondervermögens“ der Ampelkoalition für volle Auftragsbücher des Waffenproduzenten. Arnold Schölzel stellt fest: „Es gibt kein Geld für das Sozialsystem, aber es gibt immer einen Haufen Geld für das Großkapital, den militärisch-industriellen Komplex, die gesamte grüne Transformation, die in den Händen der globalen Vermögensverwalter liegt.“

Karl Marx hinterließ uns, daß die Klasse, die über die Mittel der materiellen Produktion verfügt, sich die Gesellschaft unterwirft. Wir erleben in der Bundesrepublik Deutschland, wie sich die herrschende kapitalistische Klasse ein Heer von Politikern und Staatsdienern bestellt, das ihr zu Willen ist. Jeder Einzelne aus diesem Heer behauptet von sich, Demokrat zu sein: christlich, sozial, frei oder grün. Die Volksweisheit „wes Brot ich eß, des Lied ich sing“ stimmt nicht mehr. Die Diener der imperialen Familie singen deren Lied, lassen sich aber vom Volk alimentieren. Nach den desaströsen Ergebnissen der etablierten Parteien bei der Europawahl vom 6. bis 9. Juni 2024 setzte der französische Präsident Macron Neuwahlen an. Überraschend gewann am 7. Juli die Neue Volksfront. Hoffnung keimte auf. Gegen den Willen der Wähler machte Macron den Kommerzfachmann, ehemaligen EU-Kommissar und Vermittler des

„Brexit“ Michel Barnier zum neuen Regierungschef. Die extreme Rechte war zufrieden, der linken Volksfront wurde der Wahlsieg gestohlen. So funktioniert bürgerliche Demokratie. Der imperialen Familie ist es egal, ob Demokraten, Diktatoren, Nationalisten oder Faschisten den Staat lenken. Hauptsache, er funktioniert im Sinne ihrer Interessen. Sie ließ Hitler marschieren, bis alles in Scherben fiel. Somoza in Nicaragua durfte ein „Hurensohn“ sein, weil er ihr „Hurensohn“ war. Pinochet in Chile genoß ihr Wohlwollen. Den Comedian Selenskyj machte sie zum Präsidenten der Ukraine und Millionär. Die etablierten Parteien der Bundesrepublik Deutschland schlagen Alarm: „Die Demokratie ist in Gefahr.“ Es grenzt an Zynismus, daß sie sich mit dem Ruf, die gefährdete Demokratie zu retten, an die Bevölkerung wenden, deren Brot sie essen, obwohl sie deren Lied nicht singen. Am 7. September 2024 trafen sich Politiker und Bürger zum 75jährigen Bestehen des Bundesrates und des Bundestages. Bundestagspräsidentin Bas hatte zum Bürgerdialog in den Reichstag eingeladen. Angesichts der Wahlerfolge der AfD in Sachsen und Thüringen rief sie die anwesenden Dialogbürger auf, die Demokratie zu verteidigen. Wie das ankam, ist nicht bekannt. Vor dem Reichstag kreierte eine Bürgerin Riesen-Seifenblasen. Das paßte!

Denken wir an den Rotgardisten: „Es ist Klassenkampf!“ Das Feuer des Roten Oktober ist nicht erloschen. Die Völker hören die Signale. Wir müssen nur genau hinhören.

Wolfgang Herrmann, Dreesch

BUCHTIPP

Buchneuerscheinung

▶ **Niemand soll hungern, ohne zu frieren**

So wie es ist, kann und wird es nicht bleiben

Wolfgang Bittner



Seit 1945 befindet sich Deutschland im Zustand eines Waffenstillstands und gilt der Charta der Vereinten Nationen zufolge noch immer als Feindstaat. Das hindert die Bundesregierung nicht daran, einen waghalsigen Kurs zu fahren: So ist wieder die Rede von deutscher Führung, von Kriegstüchtigkeit und der Wiedereinführung der Wehrpflicht. Zugleich werden Milliarden für immer mehr Waffen und den Stellvertreterkrieg in der Ukraine ausgegeben. Das wird gravierende Folgen haben, zumal sich global eine tektonische Verschiebung abzeichnet: Rußland, China und viele Staaten

des globalen Südens wenden sich gegen die stets auf den eigenen Vorteil bedachte Außenpolitik der USA, der sich die Berliner Regierung indes weiter verpflichtet fühlt.

Aufgrund der wachsenden Kriegsgefahr bleibt Aufklärung über die Hintergründe das Gebot der Stunde. Denn so wie es ist, kann und wird es nicht bleiben. Wolfgang Bittner dokumentiert, analysiert und zeigt Perspektiven auf.

Klappentext:

Bis vor wenigen Jahren noch in der ersten Reihe der Industrienationen, treibt Deutschland unter Vormundschaft der USA in die Bedeutungslosigkeit. Wirtschaftlich geht es bergab, die Gesellschaft ist tief gespalten, chaotisiert und soll auf Kriegskurs gebracht werden.

Es gibt wieder Menschen hierzulande, die Angst haben, schweigend in die Depression abrutschen oder in die „innere Emigration“ gehen. Es gibt wieder Parias – Menschen, die sich im eigenen Land fremd fühlen, manche bedroht. Wer sich den zunehmenden Zwängen entgegenstellt, muß sich vorsehen. Zensur, Hausdurchsuchung, Kontensperrung, die Entziehung der Verdienstmöglichkeit bis hin zur Kündigung sind nur einige Maßnahmen obrigkeitlicher struktureller Gewalt.

Setzt sich die Entwicklung so fort, steht am Ende ein autoritärer Staatsapparat, der alles

erfasst, überwacht und reglementiert. Digitalisierung und KI-Technologie eröffnen der Unterdrückung weitreichende Möglichkeiten.

Über den Autor:

Wolfgang Bittner lebt als Schriftsteller und Publizist in Göttingen. Der promovierte Jurist schreibt Bücher für Erwachsene, Jugendliche und Kinder. Er erhielt mehrere Preise und Auszeichnungen und ist Mitglied im PEN. Von 1996 bis 1998 gehörte er dem Rundfunkrat des WDR an, von 1997 bis 2001 dem Bundesvorstand des Verbandes deutscher Schriftsteller. Ausgedehnte Reisen führten ihn nach Vorderasien, Mexiko, Kanada und Neuseeland, Gastprofessuren 2004 und 2006 nach Polen.

Wolfgang Bittner war freier Mitarbeiter bei Zeitungen, Zeitschriften, Hörfunk und Fernsehen und hat mehr als 80 Bücher veröffentlicht, u. a. die Sachbücher „Der neue West-Ost-Konflikt – Inszenierung einer Krise“, „Deutschland – verraten und verkauft“, „Ausnahmestand“ sowie den Roman „Die Heimat, der Krieg und der Goldene Westen“.

zeitgeist, Sachbuch 2024, broschiert, 19,90 Euro, ISBN 978-3-943007-54-1

Von Kausalketten, Kettensägen, Populismus und Ausgrenzung

Unter einer Kausalkette versteht man eine Reihe von Ursachen und Wirkungen, wobei die Wirkung wieder zu einer neuen Ursache führt. Heute werden, davon kann man sich in Beiträgen des „RotFuchs“ überzeugen, die Worte „Kontext“, „Kontextualisierung“ bzw. als deren Gegenteil „Dekontextualisierung“ benutzt. Das erste Glied in unserer Kausalkette sei das Jahr 1917. Der Vorschlag Churchills, das bolschewistische Baby schon in der Wiege zu erdrosseln, ließ sich nicht realisieren, weil sich das Kettenglied schneller als erwartet als zu stark erwies. Anschließend wurde ein Kettenglied nach dem anderen aneinandergereiht: Interventionskriege, Zweiter Weltkrieg, „Kubakrise“, Wettrüstungskrieg, Aufstieg der „einzig verbliebenen Weltmacht“ mit dem Ziel, die ganze Welt zur „Sache der NATO zu machen“ – so der ehemalige US-Verteidigungsminister Alexander Haig, die folgende Ausdehnung eben dieses Kriegsverbündnisses bis an die Grenzen Rußlands, bis hin zum Vorhaben der Strangulierung des Landes, um den Wunsch Churchills posthum doch noch in Erfüllung gehen zu lassen.

In einer zweiten Kausalkette, beginnend mit der Monroe-Doktrin, ließe sich die Spur imperialistischer Verbrechen und Kriege in Lateinamerika, Vietnam, Jugoslawien etc. offenlegen. Um diese Kausalketten überhaupt zu verstehen, bedarf es der Bereitschaft zum Abbau vieler Phobien, eingepflanzter Vorurteile und des Auslebens von Haß und Vernichtungspantasiaen gegenüber Rußland. Vor allem müssen schlicht und ergreifend Kenntnisse erworben werden. Und damit sind wir schon bei der Ursache, die als Beginn einer dritten Kausalkette zu verorten ist. Die Grünen, einst hervorgegangen aus neuen sozialen Bewegungen, haben sich große Verdienste in der Antiatom- und Friedensbewegung (Petra Kelly, Gerd Bastian) erworben. Dennoch, ihr Aufstieg war begleitet von einer grundsätzlich ablehnenden Haltung gegenüber der DDR und der Sowjetunion. Im Kampf gegen die Nachrüstung stand diese Gesinnung aber noch nicht im Vordergrund. Erst als sie sich mit der DDR-„Bürgerbewegung“ zur Partei „Bündnis 90/Die Grünen“ vereinigten, wurden die antikommunistischen Strukturen sichtbar und bald unüberhörbar. Man kann auch von zwei Strömungen sprechen, die, miteinander verschmolzen, beschlossen, sich in ihrer antikommunistischen Zielrichtung von niemandem übertreffen zu lassen. Die friedenspolitischen Grundsätze wurden nicht zuletzt unter Führung des Jugoslawienbombers Joseph Fischer alsbald entsorgt, und die mit DDR-Biographien „belasteten“ Bürgerbewegten haben sich identitätssüchtig den westlichen Wertekanon angeeignet.

Von Kausalketten zur Kettensäge

Ein geflügeltes Wort kann als Motto dienen: „Glücklich ist, wer vergißt, was nicht mehr zu ändern ist.“ Deshalb wird gegen die Kausalketten lieber nach dem Vorbild des

argentinischen Präsidenten mit einer Kettensäge vorgegangen. Denn: das Leben im Hier und Jetzt soll allein Bestimmerfunktion haben. Wiglaf Droste würde mit seinem Satz kontern: „Das Leben im Hier und Jetzt sollte man doch lieber den Eintagsfliegen überlassen.“ Die strikte Weigerung, die Kriege in der Ukraine und in Gaza im Kontext zu beurteilen, erklärt, warum die vielfach beschworene „internationale regelbasierte Ordnung“ auch ins Gebetbuch der Grünen aufgenommen wurde, weil sie sich mit dem unipolaren Anspruch der USA identifizieren. Deshalb gehen wir noch einmal, auf der Kausalkette spazierend, in die vierziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts zurück. Im Jahr des Überfalls auf die Sowjetunion und noch während der Präsidentschaft F. D. Roosevelts formulierte sein Freund Henry R. Luce den Weltführungsanspruch der USA mit den Worten, es sei an der Zeit „ernsthaft unsere Aufgabe und unsere Chance als mächtigste und vitalste Nation in der Welt wahrzunehmen und daher in dieser Welt unseren uneingeschränkten Einfluß geltend zu machen, und zwar für Zwecke, die wir für richtig halten, und durch Mittel, die wir für richtig halten“. Für Roosevelts Nachfolger H. S. Truman war dieser Satz ein seine Präsidentschaft prägendes Leitmotiv. Kaum im Amt erklärte er, „daß die Russen in ihre Schranken verwiesen werden müssen, daß die Vereinigten Staaten dann die Führung übernehmen und die Welt so regieren werden, wie sie regiert werden sollte“. John K. Galbraith, ein führender US-Außenpolitiker, schrieb rückblickend: „Nachdem der Krieg nun beendet war, konnte der Kommunismus wieder zum Feind werden. ... Die amerikanische Außenpolitik wurde von einer einzigen, alles dominierenden Leidenschaft dominiert: der Niederwerfung des Kommunismus.“ Im Jahr 1945 genoß die Sowjetunion als Siegermacht über den Faschismus weltweites Ansehen. Sie war das größte Hindernis für das anvisierte amerikanische Jahrhundert. Aber schon am Rande der Potsdamer Konferenz glaubte Truman nach erfolgreicher Erprobung der ersten Atombombe mit dem Satz triumphieren zu können, daß Macht „das einzige ist, was die Russen verstehen“. Ein Satz, den wir heute von den Habecks, Kiese wetters, Hofreiters u. a. täglich hören. Damals aber waren es die USA, die eine andere Botschaft der Macht verstanden haben, als die Sowjetunion nämlich sehr schnell mit einer eigenen Atomwaffe nachzog.

Auf ein weiteres Kettenglied soll eingegangen werden: Als ob der Krieg in der Ukraine eine Systemfrage zwischen Demokratie und Autokratie wäre, beschuldigt der ehemalige Außenminister der letzten DDR-Regierung, Markus Meckel, in einem Interview mit der „Berliner Zeitung“ Sahra Wagenknecht, „rußland-affin“ zu sein, weil sie die „Diktatur“ in Rußland ausklammere. Das allein reicht ihm, um Wagenknecht als Feindin der

Rechtsstaatlichkeit zu bezeichnen. Als Diplomat sollte Meckel wissen, daß die internationalen Beziehungen sofort implodierten, würde die Erlaubnis zu Verhandlungen stets vom jeweiligen Gesellschaftssystem abhängig gemacht werden müssen. Er hätte sich der Frage stellen müssen, warum Portugal, das bis in die siebziger Jahre von einer faschistischen Militärdiktatur beherrscht wurde, ein Staat, in dem noch bis Mitte der 60er Jahre ein Drittel der Bevölkerung weder lesen noch schreiben konnte, als Gründungsmitglied der NATO aufgenommen wurde. Ein Bündnis, das heute, ohne auch nur einen Blick auf die von ihm inszenierten Kriege zu werfen, von manchen als „größtes Friedensprojekt in der Geschichte“ gepriesen wird.

Zu einem weiteren Kettenglied: Die sog. Kubakrise 1962 wurde gelöst durch einen „Deal“, den die Sowjetunion gemeinsam mit den USA per Händedruck vereinbart hatte. Kurz: Keine Stationierung von nuklear bestückbaren Raketen auf Kuba – im Gegenzug, zeitverzögert und gesichtswahrend, Abbau der US-Mittelstreckenraketen in Norditalien und in der Türkei. Jahre später wollten die USA Erstschlagswaffen (Pershing 2) diesmal auf bundesdeutschem Territorium stationieren. Die bis dahin größte Friedensbewegung wurde unter großer Beteiligung der noch jungen Grünen zu einer Widerstandsbewegung, die selbst Bundeskanzler Helmut Schmidt so in die Enge trieb, daß er einen möglichen Verzicht der Modernisierung des sowjetischen Nukleararsenals den USA als Verhandlungsmasse vorschlug. Aus Überzeugung, Opportunismus oder in Erwartung einer Ablehnung durch die USA? Wie auch immer ... Im weiteren Verlauf hat Michail Gorbatschow die Null-Lösung vorgeschlagen, der sich Ronald Reagan nicht zu entziehen vermochte: Keine SS-20, aber auch keine Pershings und Cruise Missiles.

Nun also der dritte Anlauf. Das SPD-Präsidium hat das genehmigt, was ihm von den USA diktiert wurde. Und wie es sich für einen Premium-Vasallen geziemt, hat es sich die US-Entscheidung zur Stationierung weitreichender US-Raketen auf deutschem Boden zu eigen gemacht und sie mit lakaientypischem Pathos und unter Zustimmung aller Ampelmänner und -frauen gesalbt. Scholz: „Ich begrüße die Entscheidung der USA, die Raketen in Deutschland zu stationieren.“ Der Kernsatz der mehrseitigen Erklärung lautet, daß die SPD die Verantwortung dafür übernimmt, daß kein Kind, das heute geboren wird, jemals einen Krieg erleben wird. Weil Deutschland allen Gebetsmühlen zum Trotz kein souveräner Staat ist und weil die Ampel dies auch gegenüber den USA stolz verkündet (Habeck gesalbt: Wir wollen dienend führen), darf Scholz sich dieser Klartextsyntax bedienen und im Alleingang entscheiden, ohne das Parlament einzuschalten. Als Jusofunktionär hatte der heutige Bundeskanzler

im Oktober 1983 zusammen mit etwa einer halben Million für den Frieden aktiver Menschen im Bonner Hofgarten an der legendären Demonstration teilgenommen. Dort wird er den Reden von Petra Kelly, Heinrich Böll, Dietrich Kittner und vielen anderen Beifall gezollt haben. Mir fallen dazu zwei Zeilen eines Liedes ein:

Junge, ich hab Leute sich ändern sehn.

Junge, das war manchmal schon nicht mehr schön ...

Von der Kettensäge zum Populismus

Der Weg vom Opportunismus zum Populismus läßt sich zu Fuß erreichen. Einer Definition von „Oxford Languages“ zufolge ist „Populismus eine von Opportunismus geprägte volksnahe, oft demagogische Politik, die das Ziel hat, durch Dramatisierung der politischen Lage die Gunst der Massen (im Hinblick auf Wahlen) zu gewinnen“. Populismus ist das Totschlagwort dieser Tage. Sein inflationärer Gebrauch erinnert in seiner aufsteigenden Tendenz fast schon an die echte Inflation vom November 1923.

58 übriggebliebene „Bürgerrechtler“ („Bürgerrechtlerbande“, Friedrich Schorlemmer) mit der Galionsfigur Marianne Birthler an der Spitze hatten mit einem offenen Brief versucht, vor dem Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) zu warnen. Der an Peinlichkeit nicht zu überbietende Text enthält auch nicht mit einer einzigen Silbe ein Angebot zur einer das Spektrum der Meinungsfreiheit respektierenden Auseinandersetzung, sondern er ist von der ersten bis zur letzten Zeile ideologiegetriebene Haßpolemik sowohl gegen das BSW wie auch gegen Wladimir Putin. Na, wenn das kein Populismus im Sinne der o. g. Definition ist! Auf Autoren und Unterzeichner trifft das zu, was Günter Verheugen und Petra Erler im Vorwort ihres Buchs „Der lange Weg zum Krieg – Rußland, die Ukraine und der Westen“ schreiben: „Eine beängstigende Einheitsfront von Meinungsführern und Meinungsmachern in Politik, Medien und Gesellschaft verweigert sich jedem Diskurs, sabotiert ihn geradezu. Wieso waren diejenigen, die den Krieg (in der Ukraine) beenden wollten, ‚Putinversteh‘, ‚nützliche Idioten‘, ‚Handlanger Rußlands‘ oder ‚Lumpenpazifisten‘?“ In diese Einheitsfront wollten sich die Ex-„Bürgerrechtler“ als Selenskij-Versteher einreihen, um der eigenen Bedeutungslosigkeit entrinnen zu können. Deshalb mußte das aktuelle Mantra, das eine Nähe des BSW zur AfD unterstellt, vernünftig skandalisiert werde. Ihm setzte dann der manchenorts unvermeidliche Wolf Biermann die Krone auf. Er erklärte Sahra Wagenknecht und Björn Höcke zum „Brautpaar der Stunde“. Immerhin – um auf den Brief zurückzukommen – können deren Autoren und Unterzeichner als ehemalige DDR-„Bürgerrechtler“ – noch das inzwischen gleichfalls inflationär eingesetzte Wort Faschismus buchstabieren. Seinen Inhalt haben sie nie verstanden. Sonst hätten sie die von ihnen vorgenommenen Bezüge auf das Jahr 1933, auf Putin als angeblich im Kreml agierender Faschist und den Begriff „nationaler Sozialismus“ vermieden. Ihre inszenierte Empörung über die Behauptung des BSW, in Kiew würden „Faschisten herrschen“,

ist symptomatisch. Erstens: Dies wurde nie gesagt. Zweitens: Der Vorwurf verdeutlicht, daß die Unterzeichner des Briefes erkennbare Sympathien für den Bandera-Kult in der Ukraine hegen. Ganz nach dem Diktum Christian Morgensterns – daß „nicht sein kann, was nicht sein darf“ – wird geschrieben, daß in Kiew schon deshalb keine Faschisten herrschen, weil „Präsident und Ministerpräsident Juden sind“. Das ist nun echte zeithistorische Hintertreppe! Zu den Autoren des Briefs gehört auch der mittlerweile berühmte Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk. Er zumindest sollte wissen, daß Patriotismus, Treue und Loyalität mehrheitlich das Verhältnis der italienischen Juden zum faschistischen Regime prägten. Über die Abschaffung der Meinungsfreiheit, des Verbots der Opposition und der Herausgabe unabhängiger Zeitungen müssen



Bonn, 22. Oktober 1983: Mehr als eine Million Menschen gegen die Raketenstationierung auf den Straßen

die Autoren des Briefs nicht belehrt werden. Jedenfalls hätten sie vor Ort in Kiew die Gelegenheit gehabt, sich über demokratische Umgangsformen à la Selenskij aufklären zu lassen. Daß die Autoren dann auch noch das BSW wegen einer anderen Einschätzung zum Verlauf des Kriegs als Partei der Antidemokraten und Desinformatiker zu diffamieren versuchen, zeigt, daß auch der Weg vom Populismus zur Einschränkung der Meinungsfreiheit per Fuß zu erreichen ist. Allerdings als Einbahnstraße. Denn es sind die politischen Akteure der „Ampel“, der Opposition simulierenden CDU/CSU und ihrer angeschlossenen Medien, welche die Kategorie „Populismus“ als Allzweckwaffe bzw. als Joker benutzen, um allen widerständigen Meinungen, Analysen und Kenntnissen, die nur um einen Fuß breit links oder rechts der vom Highway des Mainstreams vorgegebenen Linie abweichen, entweder aus dem Weg zu gehen oder ihnen den Stempel der Desinformation aufzudrücken.

Vom Populismus zur Delegitimation oder Ausgrenzung

Es ist nicht das BSW, das, wie von den Ex-„Bürgerrechtlern“ um Birthler und Kowalczyk

behauptet, die Demokratie untergräbt. Es ist die repräsentative Demokratie, die systemisch ausgrenzt. So die These des 1959 in Berlin-Pankow (DDR) geborenen Schriftstellers Birk Meinhardt. In einem Gespräch mit der „Berliner Zeitung“ vom 3./4. August sagte er: „Eine Minderheit, und sei sie noch so groß, findet kein Gehör und wird auf subtile und manchmal auch brachiale Weise mundtot gemacht ... Die Demokratie grenzt systemisch aus, es ist in ihr angelegt. Und zu ihrer Anlage gehört, daß sie darüber nicht zu diskutieren wünscht. Und da sind wir wieder im Osten. Früher gab es das Wort Klassenfeind für alle, die nicht nur mal die Versorgungslücke kritisierten, sondern das Funktionieren des Sozialismus als Gesamtsystem infrage stellten. Tja und, sagt darum jetzt hier mancher, bin ich eben wieder Klassenfeind, hätte ich vor drei Jahrzehnten

nicht gedacht, aber macht fast Spaß langsam.“ Allerdings ist es nicht nur das sprichwörtliche Geld, bei dem der Spaß aufhört, sondern es sind auch die Umgangsformen in den Klassenauseinandersetzungen. Kaum etwas spiegelt die Krise der bürgerlichen Demokratie besser wider als die neue Tiefen erreichende Verrohung der Sprache, in der mit Lügen, Haß und Hetze die Wahlen in Sachsen und Thüringen kommentiert wurden. An der Spitze „Panzer-toni“ Hofreiter: „Sahra Wagenknecht ist neben der AfD die schlimmste Propagandistin des Kriegsverbrechers Putin sowie eine der schlimmsten Kriegstreiberinnen, die wir im Land haben.“ Daneben könnte der Satz eines CDU-Politikers, Sahra Wagenknecht sei der „fleischgewordene Hitler-Stalin-Pakt“ von der Angesprochenen fast als Kompliment verstanden werden.

Ach ja, was Birk Meinhardt vielleicht gedacht, aber nicht ausgesprochen hat: Der Versuch, über eine Diktatur des Proletariats zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung zu gelangen, endete mit einer Niederlage. Vorerst. Derzeit geht es darum, die Diktatur der Bourgeoisie mit allen ihren Schrecken und Nebenwirkungen in die Schranken zu weisen.

Hans Schoenefeldt

Egon Krenz über die geopolitische Lage und die neue deutsche „Kriegstüchtigkeit“

Der ehemalige Staatsratsvorsitzende der DDR, Egon Krenz, beantwortete im Interview mit RT DE am 30.8.24 Fragen zur aktuellen geopolitischen Lage. Insbesondere faßt er die geopolitische Entwicklung nach dem „Mauerfall“ zusammen und erläutert die darauf einsetzende Vormachtstellung der USA und deren Ziele.

RT DE: Nach dem Ende der Sowjetunion und dem deutschen Mauerfall und dem Ende des sogenannten Kalten Krieges weltweit haben viele Menschen auf eine internationale friedliche Kooperation der Nationen gehofft. Wie bewerten Sie die aktuelle geopolitische Lage und die Weltkriegsgefahr?

Egon Krenz: Ich habe große Zweifel, ob der Kalte Krieg jemals wirklich zu Ende war. Beendet war in Europa die Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus, nicht aber das Bestreben der USA, bestimmende Weltmacht zu sein, Rußland als Großmacht auszuschalten und gute Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland zu verhindern. Aktuell soll Rußland „ruiniert“ werden, damit sich die USA China zuwenden können. Das ist nicht Propaganda. Es sind nachprüfbar Tatsachen.

RT DE: Wozu diene die „deutsche Einheit“ aus US-amerikanischer Sicht? Können Sie näher erläutern und aus Ihrer Sicht begründen, welche Ziele die USA nach 1989 verfolgten?

Egon Krenz: Ich habe es zum Teil selbst erlebt: Als Gorbatschow bei seinem Treffen mit Bush dem Älteren Anfang Dezember 1989 auf Malta einseitig den Kalten Krieg für beendet erklärte, erhoben sich die USA zum Sieger dieses Krieges. Das war zweifelsfrei eine Demütigung der Sowjetunion, auf deren Initiative nicht nur die Europäische Sicherheitskonferenz (KSZE) 1975 in Helsinki zustande gekommen war, sondern auch alle wesentlichen Abkommen über Abrüstung mit den USA in den 70er- und 80er Jahren. 1989 ging es den USA keineswegs nur um die „deutsche Einheit“. Sie war lediglich eine Möglichkeit, um die Streitkräfte der UdSSR aus dem Zentrum Europas zu drängen. Der Warschauer Vertrag wurde aufgelöst. Die NATO blieb.

Die russischen Streitkräfte zogen aus Mitteleuropa ab – übrigens mit einer drittklassigen Verabschiedung im Vergleich zu den West-Alliierten. Es sah aus, als kehrten nicht die Sieger über den deutschen Faschismus nach Hause zurück, sondern die Verlierer. Die USA setzten sich hier fest. Sie haben in Deutschland nach wie vor Atomwaffen stationiert. Condoleezza Rice, die spätere Außenministerin der USA, bekannte in einem Interview für das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* freimütig, mit dem vereinten Deutschland, eingebettet in die NATO, sei „Amerikas Einfluß in Europa gesichert“. Die Grenze zwischen der NATO und dem Warschauer Vertrag verlief bis zum 3. Oktober 1990 quer durch Europa. In

Deutschland an Elbe und Werra und in Berlin mitten in der Stadt. Heute verläuft sie an den Grenzen Rußlands.

Da kann es doch nicht verwundern, daß sich dies im kollektiven Gedächtnis der Völker Rußlands festgesetzt hat und sie von ihrem Präsidenten Putin nach den chaotischen Jelzin-Jahren verlangten, nationale Sicherheitsinteressen selbstbewußt durchzusetzen. In der jahrzehntelangen Politik der USA und ihrer NATO-Verbündeten gegen Rußland liegt die Ursache für die globalpolitischen Verwerfungen der Gegenwart, einschließlich der Möglichkeiten eines neuen Weltkrieges. Ich bin Optimist und erinnere mich in diesem Zusammenhang an ein Wort von Bert Brecht,



das ich noch als Schuljunge 1952 in der DDR gelernt hatte:

„Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind und sie werden kommen ohne Zweifel, wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden.“

RT DE: Läßt sich die heutige Situation mit den Spannungen in den 80er Jahren vergleichen?

Egon Krenz: Aus meiner Sicht: Nein. Als ich 1984 den Jungsozialisten Olaf Scholz im Zentralkomitee der SED empfing, war seine Überzeugung: Frieden schaffen ohne Waffen. Ich hätte mir damals nicht vorstellen können, daß er einmal die Bundesrepublik in eine Periode der Hochrüstung führt. 100 Milliarden für das Militär – was könnte man aus dieser Summe alles für die Menschen tun! Die Zeit damals war zwar auch äußerst gefährlich, aber die Regierenden auf beiden Seiten wußten noch aus eigener Erfahrung, was Krieg bedeutet und kannten so die roten Linien, die man nicht überschreiten durfte, wenn man Frieden wollte. Diese Fähigkeit haben viele der heute in der EU Regierenden nicht mehr. Ich habe dieser Tage auf der Plattform *The Pioneer Briefing* gelesen, daß Bundeskanzler Olaf Scholz bei der Sicherheits- und Rüstungspolitik

angeblich seinem Vor-, Vor-, Vorgänger Helmut Schmidt immer ähnlicher geworden sei. Dem widerspreche ich zum Teil aus eigenem Wissen. Vor mir liegt eine Gedächtnisaufzeichnung über das Vieraugengespräch zwischen Helmut Schmidt und Erich Honecker vom 11. Dezember 1981 zwischen 19.00 und 23.30 Uhr, angefertigt von Rechtsanwalt Wolfgang Vogel, dem Beauftragten der DDR für humanitäre Angelegenheiten mit der Bundesrepublik Deutschland. Aus diesem Dokument spricht ein völlig anderer politischer und militärischer Geist als der vom heutigen Bundeskanzler.

RT DE: Wie unterschied sich die diplomatische und politische Strategie früherer deutscher von der des aktuellen SPD-Bundeskanzlers Olaf Scholz? Welche Unterschiede belegt das Gesprächsprotokoll des Gesprächs zwischen Schmidt und Honecker vom Dezember 1981?

Egon Krenz: Aus dem Papier geht hervor, Helmut Schmidt hat immer eine Verhandlungslösung bevorzugt, obwohl er den NATO-Doppelbeschluß maßgeblich initiiert hatte, wofür ihn Moskau zu Recht kritisierte. Aber während die USA die UdSSR schon damals allseitig boykottierten, suchte Schmidt das Gespräch mit der sowjetischen Führung gerade deshalb und wehrte sich gegen Sanktionen, besonders beim Röhrengeschäft mit der Sowjetunion. Anders Scholz: Anstatt eigene Verhandlungsvorschläge einzubringen, brachte er aus den USA bereits beschlossene Pläne zur Stationierung neuer amerikanischer Raketen mit, die bis in die Weiten Rußlands hineinreichen können. Eine Basta-Entscheidung. Das halte ich für verantwortungslos und ein Spiel mit dem Feuer.

In diesen Tagen erinnern Medien an den Staatsbesuch Erich Honeckers in der Bundesrepublik vom 7. bis 11. September 1987. Bei den Gesprächen zwischen Bundeskanzler Kohl und Erich Honecker spielte das Thema Frieden und wie beide Staaten dazu beitragen wollten, die entscheidende Rolle. Auch dieses Erbe schlägt die Bundesregierung leider aus.

RT DE: Scholz und Schmidt, beides Sozialdemokraten, unterscheiden sich in ihrer Haltung zur Frage von Krieg und Frieden. Aber die Bundesrepublik von damals scheint sich nicht allzu sehr von der heutigen in ihrer Haltung zu Rußland zu unterscheiden?

Egon Krenz: Ja und nein. Es gab zwar in der alten Bundesrepublik einen latenten Antikommunismus, gepaart mit einem Schuß Antisowjetismus, doch eine solche Russophobie, wie sie gegenwärtig durch Politik und Medien verbreitet wird, habe ich letztmalig als Achtjähriger in der Endphase des Zweiten Weltkrieges erlebt.

Schmidt besaß politischen Weitblick, der seinen politischen Nachfolgern fehlt. Er bekannte gegenüber Erich Honecker, daß er bei allen

Vorbehalten gegenüber seinen sowjetischen Gesprächspartnern, ihnen keinen Kriegswillen unterstelle.

Er traue der sowjetischen Führung nicht zu, einen Atomkrieg zu beginnen. Es treffe zwar zu, daß es kaum einen anderen Staat gebe, der auf den amerikanischen Präsidenten einen stärkeren Einfluß ausübe als die Bundesrepublik, meinte er gegenüber Honecker. Er, Schmidt, sei jedoch Regierungschef nur eines mittleren Staates. Hinzu komme, daß Deutsche den Zweiten Weltkrieg ausgelöst hätten. Solche Töne hört man heute offiziell kaum noch.

Ich bin sicher, hätte der seinerzeitige Außenminister der Bundesrepublik geäußert, man führe „Krieg gegen Rußland“ und wolle „Rußland ruinieren“, er wäre von einem Kanzler Schmidt auf der Stelle entlassen worden.

Zudem möchte ich ein allgemeines Mißverständnis aufklären. Zu recht werden Brandt, Wehner, Schmidt und Bahr wegen ihrer Entspannungspolitik gelobt. Doch sie haben diese nicht selbst gemacht. Sie brauchten Partner, und dazu gehörte neben der Sowjetunion auch die DDR. Ohne die friedliche Außenpolitik der DDR hätte es keine Entspannungspolitik geben können.

RT DE: *Muß Deutschland „kriegstüchtig“ werden?*

Egon Krenz: Natürlich nicht. Deutschland muß friedensfähig werden. Die Kriegsrhetorik in unserem Lande macht nicht nur mir Angst. Im vergangenen Jahr hat

SPD-Vorsitzender Klingbeil in einer Grundsatzzrede gefordert: „Nach 80 Jahren Zurückhaltung“ habe Deutschland eine neue Rolle, sie bestehe darin, eine militärische „Führungsmacht“ zu sein. Wenn ich 80 Jahre zurückrechne, stoße ich nicht auf deutsche Zurückhaltung, sondern auf deutsche Verbrechen, auf die größte Panzerschlacht des Zweiten Weltkrieges im Kursker Bogen. 350 Wehrmachtspanzer der Marke Marder sollen an den Schlachten gegen die Rote Armee beteiligt gewesen sein.

Inzwischen gibt es Meldungen, daß Marder aus deutscher Lieferung wieder im Kursker Gebiet kämpfen. Das ist für mich wie ein Stich ins Herz. Und ich weiß: Für sehr viele in der DDR sozialisierte Bürger auch. Der Einsatz deutscher Waffen auf russischem Territorium durch die Ukraine muß beendet werden.

Er sollte endgültig Anlaß für die deutsche Regierung sein, keine Waffen mehr in die Ukraine zu schicken. Übrigens: Mit dem Sieg der Roten Armee am Kursker Boden war auch der Traum der Anhänger des ukrainischen Faschisten Stepan Bandera, unter Naziherrschaft einen ukrainisch-faschistischen Nationalstaat gründen zu können, endgültig zerschlagen.

Lassen Sie mich bitte noch ein persönliches Erlebnis anfügen:

Anfang der Sechzigerjahre fragte mich in der Moskauer Metro ein Russe, ob ich Deutscher sei. Ja, sagte ich, DDR-Deutscher. Er würde gern mit mir ein Gläschen trinken und mich zu sich nach Hause einladen. Als wir dort ankommen, ist die Familie vom Urenkel bis zur Großmutter an einem langen Tisch

versammelt. Vor zwei leeren Plätzen stehen Porträts und Blumen. Die Familie, erfahre ich, gedenkt – wie viele andere an diesem Tage im ganzen Lande auch – ihrer Toten aus dem Zweiten Weltkrieg. Es ist der 22. Juni, jener Tag, an dem 1941 Nazideutschland wortbrüchig die Sowjetunion überfallen hatte.

Es gab Trinksprüche auf die Toten und die Lebenden. Großmutter erzählt, wie sie den Kriegsbeginn erlebte, wie schwer zu ertragen ist, daß ihr Mann schon im ersten Kriegsjahr gefallen war. Sie wünschte sich für die Zukunft, daß nie wieder ausländische Truppen so nahe der Grenze stehen, wie an jenem Tag, an dem Nazideutschland wortbrüchig ihre Heimat überfallen hatte. Ich frage mich, warum Politiker in Deutschland – vorwiegend aus dem Westteil – diesen einfachen Wunsch der Russen nicht verstehen können oder wollen.

Ich bin überzeugt: Die gegenwärtige Politik Deutschlands gegenüber Rußland widerspricht objektiv den nationalen Interessen der Deutschen. Nur mit Rußland und nie gegen das größte Flächenland der Erde wird es Frieden geben.

Das wußte schon der konservative Eiserne Kanzler Bismarck, der noch auf seinem Sterbebett sein Testament hinterließ: „Nie, nie gegen Rußland!“

Im November erscheint der 3. Band seiner Autobiografie mit dem Titel „Verlust und Erwartung – Erinnerungen“ bei der Eulenspiegel-Verlagsgruppe.

RT DE, Felicitas Rabe, 1.9.24

In Gänze schutzlos

Unter dem Titel „Es droht ein Nuklearkrieg in Europa. Die USA verlagern mit ihren Raketen Sicherheitsrisiken auf Deutschland“ analysiert Brigadegeneral a. D. Erich Vad in einem Gastbeitrag für die *Berliner Zeitung* am 5. September die Konsequenzen, die sich aus der Stationierung weitreichender US-Waffen in Deutschland ergeben. Inzwischen veröffentlichte auch die Schweizer *Weltwoche* den Text. Die wichtigsten Folgen der Stationierung sind in Schlag- und Unterzeile genannt. Was die amtierende Bundesregierung leitet, erörtert Vad nicht. Die Wähler in Thüringen und Sachsen hat die Frage stark beschäftigt, in großen Medien kommt sie dennoch oder gerade deswegen so gut wie nicht vor. Mißachtung von Mehrheitsmeinung und Interessen gehört zum realen politischen Rechtsruck. Vad beschreibt das im ersten Satz: „Medial kaum kritisch gewürdigt und ohne öffentliche Diskussion vereinbarten die Regierung der USA und die deutsche Bundesregierung am Rande des NATO-Gipfels am 10. Juli 2024, ab 2026 Raketen, Marschflugkörper und Überschallwaffen mit Reichweiten zwischen 460 und 3 000 Kilometern in Deutschland aufzustellen.“ Öffentlich, aber ohne Diskussion, äußerte das SPD-Präsidium am 12. August: „Als SPD übernehmen wir Verantwortung dafür, daß kein Kind, das heute in Deutschland

geboren wird, wieder Krieg erleben muß.“ Die Stationierungsvereinbarung sei „dafür ein wichtiger Baustein“.

Vad hält demgegenüber fest, es gehe „vor allem darum, den USA im Kriegsfall aus Deutschland heraus den Einsatz von Waffensystemen zu ermöglichen, mit denen sie mit minimalen Flugzeiten der Geschosse in die Tiefe Rußlands zur Neutralisierung entsprechender russischer Basen wirken können, ohne daß sich die USA selbst gefährden.“ Im schlimmsten Fall werde damit „ein auf Europa beschränkter Nuklearkrieg möglich“. Rußland werde mit weiterer Stationierung reagieren, damit beginne „zwangsläufig eine Aufrüstungsspirale mit Deutschland als Zentrum“. Da die Bundesrepublik im Kriegsfall Aufmarschgebiet und logistische Plattform der NATO wäre, „wird die in Gänze schutzlose deutsche Bevölkerung einem sehr hohen Risiko ausgesetzt, ohne daß sie dazu selbst gefragt wird“.

Vad weist darauf hin, daß das beim NATO-Nachrüstungsbeschluß 1979 „noch ganz anders“ war: Die Stationierung fand nicht nur in einem Land statt, wurde NATO-intern, öffentlich und im Bundestag ausführlich diskutiert und schließlich verwirklicht „im aus deutscher Sicht unverzichtbaren Verbund mit Diplomatie, Dialog und deeskalierenden

Abrüstungs- und Rüstungskontrollmaßnahmen“. Die „Schwachpunkte“ jetzt: keine NATO-Entscheidung, sondern eine bilaterale Vereinbarung, im Kriegsfall unterliege die Stationierung „nicht einer souveränen, nationalen Entscheidungsmacht. Zumindest ist das in der Erklärung nicht geregelt.“ Sie ermögliche „gerade mit Blick auf die Hyperschallwaffen eine Überraschungsoption gegenüber Rußland, die im Kriegsfall zu unkontrollierbaren Fehlperzeptionen und Gegenaktionen führen könnte, die ausschließlich unser Land betreffen würden“. Verbindung mit Abrüstungsangeboten? Null. Austausch mit Rußland? Null. Vad meint, mit der ab Herbst 2024 neuen US-Administration müsse über ein INF-Nachfolgeabkommen, also ein Verbot von Mittelstreckenraketen, gesprochen werden, das aus europäischer Sicht unverzichtbar „für unsere Sicherheit“ sei.

Seine Analyse besagt aber: Das ist nicht vorgesehen. Jeder Anflug von Souveränität und jeder Hauch der Berücksichtigung von Interessen der Bevölkerung wurde mit dem Diktat von Washington am 10. Juli ausgeschlossen. Demokratie ist von Kriegsparteien nicht zu haben.

Arnold Schölzel

Junge Welt, 7.9.24

Von Ängsten und Feindbildern

Angst haben und Angst machen sind zweierlei. Angst machen führt dazu, Angst zu haben und letztlich ihr ausgeliefert sein. In einem Artikel des gut finanzierten Weltwirtschaftsforums (WEF) wurde kürzlich darauf verwiesen, daß wir uns auf eine „Ära der Schockergebnisse“ vorbereiten müssen. Man stellt darin fest, daß es „eine neue Art von Angst gibt, die zu einem Gefühl der Entfremdung führt, das es schwer macht, zu funktionieren ...“ Weiter wird gesagt, daß es sicher zu „zivilen Unruhen, wirtschaftlichem Zusammenbruch und zum 3. Weltkrieg“ kommen wird.

So erzeugt man bewußt und gezielt Angst unter der Bevölkerung. Warum? Darauf antwortet der ehemalige USA Präsidentschaftskandidat R. F. Kennedy Jr. in einem Interview: „Wenn man Menschen einer Gehirnwäsche unterzieht, zum Beispiel, indem man ihnen Angst macht, können sie nicht mehr kritisch denken und sind leicht manipulierbar.“ Oder: Die Chemnitz Freie Presse berichtet unter der Überschrift „Rätselraten um Sicherheitsalarm auf NATO-Flugplatz in NRW“ über die zweithöchste Sicherheitsstufe auf dem Flugplatz sowie über „befürchtete Sabotagefälle“ auf weiteren Bundeswehrstandorten u.a. in Form von verunreinigtem Trinkwasser. Auch die Fragen „Wie sicher ist die Frankenberger Kaserne?“ (Sachsen) und „Gab es Versuche von Unbekannten, in die Wettiner Kaserne einzudringen?“ wurden aufgeworfen.

Die Wortwahl in solchen Beiträgen ist immer die gleiche: eventuell, möglicherweise, vermutlich, unbestätigte Hinweise, Verdacht nicht erhärtet... Doch eins ist erreicht: Unsicherheit und Angst greifen um sich. Und offen oder versteckt immer die Frage – wer war es? Die Antwort liefern die Medien gratis: Die Russen und Putin sind die Schuldigen. Auch hier ein Beispiel. In Berlin brannte im Mai ein Werk des Diehl-Konzerns ab. Für diesen Brand wurde in der Presse ohne Beweise Rußland verantwortlich gemacht. Der Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, Admiral Rob Bauer, sprach in diesem Zusammenhang von „wahrscheinlicher russischer

Sabotage“. Man könne „davon ausgehen, daß die Russen dahinter stecken“. Dem schloß sich auch Oberst a.D der Bundeswehr Roderich Kiewetter an: „Es gibt Anhaltspunkte, daß Rußland gezielt Sabotageakte auf EU-Territorium begeht. Das muß uns beunruhigen.“ Der ehemalige britische Verteidigungsminister Ben Wallace erklärte in einem mit antirussischen Ausfällen gespickten Artikel: „Putin wird seine Kriegsmaschinerie bald gegen Großbritannien richten.“ Bereits 2018 propagierte NATO-Generalsekretär Stoltenberg: „Russische Nuklearkarten können Berlin erreichen.“

Das Ziel ist erreicht. Mit den Ängsten werden Feindbilder erzeugt und bereits bestehende weiter vertieft. Zur Frage, wozu das alles, äußerte der Vorstandschef der Rüstungsfirma Rheinmetall, Armin Papperger, im Handelsblatt, man wolle zu den weltweit führenden Unternehmen der Branche aufschließen. „Dafür brauchen wir einen Jahresumsatz von 40 Milliarden Euro.“ Von mehr Größe verspricht sich Papperger „besseren Zugang zu politischen Entscheidungsträgern“. Mehr Umsatz, mehr Macht, mehr Profit, mehr Tod kann man da nur sagen. Deutschland soll „kriegstüchtig“ gemacht werden und das geht nur mit massiver Aufrüstung, modernsten Waffen, mit Plänen zur Wiedereinführung der Wehrpflicht etc. Laut Chemnitz Freie Presse informierten sich kürzlich knapp drei Dutzend Oberbefehlshaber von NATO-Landstreitkräften in Dresden über neue Waffensysteme. Im Mittelpunkt stand – so der Beitrag – das Interesse der Militärs am sogenannten Skyranger, ein System zur besseren Drohnenbekämpfung. Kosten pro Stück 18 Mio. Euro. Hersteller natürlich Rheinmetall.

Diese exorbitante Hochrüstung sei notwendig, da „Rußlands Krieg gegen die Ukraine womöglich nur der erste Schritt sein könnte“ ... Rüstungs- und Kriegswirtschaft werden hochgefahren, während die restliche Wirtschaft immer weiter in die Krise rutscht. Man bewilligt Kriegskredite in Höhe von 100 Milliarden Euro, die als „Sondervermögen“ verkauft werden. Parallelen zur Zeit vor dem 1. und 2. Weltkrieg

sind unübersehbar. Bei Wikipedia kann man unter „Aufrüstung der Wehrmacht“ u.a. lesen, daß sie aufgrund der Wiedereinführung der Wehrpflicht auf 1,1 Mio. Mann erstarken konnte, daß die Wirtschaft auf „Kriegsfähigkeit“ erweitert wurde. „Die Militärausgaben waren bald so hoch, daß eine reguläre Deckung aus Steueraufkommen nicht mehr möglich war und die gewaltigen Rüstungsvorhaben sich nur mittels kreditexpansiver Staatsverschuldung finanzieren ließen.“

In diesem Zusammenhang spielt Propaganda eine entscheidende Rolle. Der britische Politiker und Pazifist Arthur Ponsonby verfaßte nach dem 1. Weltkrieg die „Zehn Grundsätze der Kriegspropaganda“, die in erschreckender Weise auch heute aktuell sind.

„Das erste Opfer des Krieges ist die Wahrheit. 1. Wir wollen den Krieg nicht. 2. Das gegnerische Lager trägt die Verantwortung 3. Der Führer des Gegners ist ein Teufel. 4. Wir kämpfen für eine gute Sache. 5. Der Gegner kämpft mit unerlaubten Waffen. 6. Der Gegner begehrt mit Absicht Grausamkeiten, wir nur versehentlich ...“ in der heutigen Berichterstattung zur Schaffung des Feindbildes Rußland wird man kaum einen Unterschied zu diesen Grundsätzen feststellen können. Doch das gewünschte Echo scheint es besonders im Osten Deutschlands nicht so wie gewollt zu geben. Deshalb muß die Manipulation der Bevölkerung fortgesetzt, die „Angstdosis“ durch Presse, Funk und Fernsehen erhöht werden. Daß die NATO-Mitgliedsstaaten mehr als 1,1 Billionen Dollar pro Jahr für die Rüstung ausgeben werden, wird dabei als notwendig akzeptiert. Ebenso die Rolle der Großbanken, der DAX-Unternehmen, des gesamten Finanzkapitals, die die finanzielle Bereitstellung für die Aufrüstung, letztlich für die Kriegsvorbereitung, garantieren. Wir wollen keine Feindbilder, keine Lügen, keine Ängste, keine Kriege. Wir brauchen Frieden, damit unsere Erde Heimat ohne Ängste sein kann.

Dietmar Hänel
Flöha



BEICHTGEHEIMNIS *

Herr Pistorius, Boris beichtet,
Robert Habeck spendet Trost.
Sind vorbei die guten Zeiten
Mit Hurra, Helau und Prost?

Großeinkäufe steigern Preise.
Krieg macht das Verdienen leicht.
Frage: Wohin geht die Reise?
Börse meldet: Ziel erreicht!

Affen kennen keine Waffen.
Frieden nur im Urwald möglich?
Mönche rufen: „Röcke raffen!
Auf ins Stadtbad, einmal täglich!“

* Bildquelle:
www.globallookpress.com
Verteidigungsminister Boris Pistorius
und Wirtschaftsminister Robert
Habeck

Copyright des Originalbildes bei
Juliane Sonntag / Photothek Media Lab
Satirisch mit einer Beichtkerze
versehen und eingerahmt durch
II Diagnostico.

Lutz Jahoda
4.8.24

Jugendbündnis „Wir sagen nein zur Wehrpflicht“ gebildet

Ange­sichts der Regie­rungspläne zur schrittweisen Wiedereinführung der Wehrpflicht hat sich in den letzten Wochen ein bundesweites Jugendbündnis gegen die Wehrpflicht formiert. Das Bündnis, dem bislang der BAK Klassenkampf, die Internationale Jugend, die SDAJ, der SDS, das Studierendenkollektiv und die Linksjugend Solid Berlin angehören und das mit weiteren Jugendorganisationen, Gewerkschaftsjugendstrukturen und Schülervertretungen im Kontakt steht, hat den folgenden Gründungsaufruf verabschiedet:

Wir sagen: Nein zur Wehrpflicht!

Am 12. Juni hat Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) die Pläne für einen „neuen Wehrdienst“ vorgestellt. In Zukunft müssen alle 18jährigen Männer einen Fragebogen zur Bereitschaft und Fähigkeit zum Wehrdienst ausfüllen, Frauen können grundgesetzlich noch nicht dazu verpflichtet werden. Doch dabei wird es nicht bleiben. Nach der Bundestagswahl sollen weitere Schritte in Betracht gezogen werden. Die Wiedereinführung der Wehrpflicht ist nicht im Interesse von uns Jugendlichen:

Die Wehrpflicht wird uns ein Jahr unseres Lebens nehmen, über das wir nicht länger selbst entscheiden dürfen. Wir sollen in Kasernen zu Drill und Gehorsam erzogen und „kriegstüchtig“ gemacht werden – in einer Institution, in der sich „Skandale“ wie Mobbing, sexualisierte Gewalt und faschistische Netzwerke häufen und viele psychische Probleme davontragen. Die Bundeswehr bietet keine Perspektive für Persönlichkeitsentwicklung. Wir wollen statt dessen lernen, kritisch zu denken und uns für den Frieden einsetzen! Wir wollen über unser Leben und unseren Körper selbst verfügen!

Eine mögliche Wehrpflicht auch für Frauen, also der gemeinsame Dienst in der Kaserne oder im Zweifel im Schützengraben, bringt keine Gleichberechtigung. Wir kämpfen statt dessen für die tatsächliche ökonomische, juristische und politische Emanzipation der Frau. Die Wehrpflicht steigert die Gefahr eines großen Krieges auf europäischem Boden. Sie steht im Kontext von Aufrüstung und Militarisierung. Noch mehr Aufrüstung und noch direktere Kriegsvorbereitung werden aber

keinen Frieden schaffen. Wir brauchen Entspannung und Diplomatie statt Krieg!

Die Wiedereinführung von sozialen oder anderen Ersatzdiensten für die Wehrpflicht, die gerade in Diskussion ist, verbessert die Situation in den unterbesetzten Bereichen nicht. Denn statt qualifizierter Fachkräfte werden Ungelernte eingestellt. Für uns Jugendliche bedeutet das, als billige Arbeitskräfte und unter miesen Arbeitsbedingungen zu arbeiten. Wir brauchen statt dessen Entlastung durch mehr Personal, bessere Arbeitsbedingungen und mehr zivile Ausbildungsplätze!

Jede Investition in die Aufrüstung ist eine Entscheidung gegen höhere Ausgaben für Bildung, Umweltschutz und Soziales und damit gegen unsere Bedürfnisse und Interessen. Es braucht mehr Geld für Soziales, Bildung und Gesundheit!

Wir streben eine breite, gemeinsame Aktionstätigkeit gegen die Wehrpflicht und gegen die Militarisierung der Jugend mit all denjenigen an, die das nicht hinnehmen wollen. Wir wollen keinen Zwangsdienst! Nein zu Aufrüstung und Kriegstüchtigkeit! Nein zur Wehrpflicht!

Die mentale Vorbereitung auf den erneuten Ostlandritt

Der deutsche Bundeswehrertüchtiger muß mit seinen Mannen bis spätestens 2029 oder 2030 kriegseinsatzbereit sein. Der Feind steht schon lange fest – der „Russe“. Bis dahin, meint Pistorius, ist jeder Euro für die Aufrüstung besser angelegt als in der ohnehin nicht mehr zu rettenden deutschen Infrastruktur. Bis dahin braucht das hiesige Establishment, inklusive der gleichgeschalteten Medien, Zeit, um dem Volk die Vorteile von Krieg und Zerstörung schmackhaft zu machen, damit es wieder mit Hurra gen Osten zieht.

Bei den Jüngeren, allen voran bei den Grünen, hat man diesbezüglich schon eine ganze Menge erreicht. Sie wissen ja nicht aus eigener Erfahrung, was Krieg wirklich bedeutet. Bei den älteren Generationen, die den Krieg als Kinder und die Nachkriegszeit miterlebten, gilt es, die Russenangst, die sie schon einmal hatten, aufzufrischen. Das dürfte im westlichen Teil des Landes entschieden einfacher sein als im Osten. Momentan reicht dafür die Zustimmung zur Kriegsbereitschaft unter der Bevölkerung jedoch noch nicht. Deshalb muß Angst vor den russischen Horden geschürt werden. Und das kann der Bundeswehrertüchtiger hervorragend.

Er erwartet den Angriff der Russen auf die baltischen Zwergstaaten, weshalb schon mal eine Bundeswehreinheit dort dauerhaft stationiert wurde. Aber diese stellen Bedingungen, die das gesamte Vorgehen erschweren und den Minister vor schier unlösbare Aufgaben stellt: So möchte man z.B. ordentliche und saubere Unterkünfte, WLAN, Toiletten für das 3. Geschlecht, Infrastruktur mit Einkaufsmöglichkeiten, Gaststätten und andere

Vergnügungsmöglichkeiten, Arbeitsstellen für die Familienangehörigen und Schulen für die Nachwuchssoldaten. Aber nicht irgendwo im Busch, sondern schon ein bißchen zentral. Und dann wollen die Ehefrau, Freundin, Kinder etc. nicht mal mit, weil sie sich fragen, was sie dort wohl sollen. Das fragen sich allerdings immer mehr Deutsche auch.

Aber wenn nach Lesart der Bundeswehr und der Mainstreammedien der „Russe“ sowieso kommt, wozu will dann die NATO die in Richtung Osten führende militärische Infrastruktur (Brücken, Straße, Bahngleise u.a.) ausbauen und erneuern? Die Logik wäre doch, alles zu lassen wie es ist, damit der „Russe“ über marode Brücken, Straßen und Bahngleise sich unter Verlusten abmühen müßte, um nach Berlin zu kommen. Hier stimmt doch etwas mit der Logik nicht.

Man fragt sich, was in den Denkstuben der politisch Verantwortlicher im Lande und in der EU wohl vor sich gehen mag, wenn sie in gebückter Haltung ihrem transatlantischen Oheim widerspruchslos folgen und sich langsam aber sicher zum Gespött der eigenen Bevölkerung machen. Sehenden Auges treten und beschleunigen sie eine politische Entwicklung, die letztlich zu einem Krieg führen wird. Das kapitalistische System kennt keine völkerverbindende Politik in den internationalen Beziehungen, weil es dem Kapital verpflichtet ist und meint, das dieses Herrschaftsmodell noch weitere 500 Jahre Bestand haben soll. Sobald die Kapitalverwertungsbedingungen im eigenen Machtbereich nicht mehr den Erwartungen entsprechen, wird man aggressiv und kriegerisch. Somit

stehen Ländern, die sich diesem unipolaren Anspruch nicht unterordnen wollen, auf dem Speiseplan. Deshalb zündeln der Westen, allen voran die USA mitsamt der NATO, an allen Ecken und Enden der Welt.

Vorauselend gibt der Außenbeauftragte der EU, Borell, schon mal zur Kenntnis: „Wir müssen häufiger die Sprache der Macht sprechen – nicht um zu erobern, aber um einen Beitrag zu einer friedlicheren, wohlhabenderen und gerechteren Welt zu leisten.“ Wie das geht, zeigt die EU gegenwärtig in der Ukraine. Sie will die Ukraine nicht erobern, sondern nur die Rohstoffe des Landes und gleichzeitig die Schwächung Rußlands, das angeblich einen „unprovokierten“ Krieg führt. Zugleich wirbt Borell für die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips in der EU-Außenpolitik, dies solle nicht gelten für Entscheidungen zur Entsendung von Soldaten in Kampfeinsätze. Sieht so Friedfertigkeit der EU und der NATO aus? Es sei daran erinnert: Mitte der 50er Jahre hat die Sowjetunion Bundeskanzler Adenauer empfangen, um mit Deutschland einen Friedensvertrag abzuschließen. Welch ein entgegenkommendes Verhalten der sowjetischen Führung nach diesem entsetzlichen, vom deutschen Militarismus geführten 2. Weltkrieg, der mehr als 27 Millionen Opfer auf sowjetischer Seite forderte. Wer verhinderte den Friedensvertrag?

Dieses russische Entgegenkommen konnte man 2001 durch Putin wieder erleben. Wer hat es langsam ausgehebelt? War es Rußland oder war es der Westen, der durchgängig Verständigung verhinderte?

Reiner Neubert, Berlin

„Ewiger Frieden“ im 21. Jahrhundert?

Nächstes Jahr jährt sich zum 230. Mal Immanuel Kants berühmter Aufsatz über den „Ewigen Frieden“ (1795). Der große deutsche Philosoph stellte eine Reihe von Leitprinzipien auf, um ewigen Frieden unter den Nationen seiner Zeit zu erreichen. In einer Welt, die sich im Krieg befindet und in der sogar ein nukleares Armageddon droht, sollten wir Kants Ansatz für unsere eigene Zeit nutzen. Kants zentrale Vorschläge konzentrierten sich auf drei Ideen. **Erstens:** Er lehnte stehende Heere ab. Stehende Heere „bedrohen unaufhörlich andere Staaten durch ihre Bereitschaft, jederzeit kriegsbereit zu erscheinen.“ **Zweitens** forderte Kant die Nicht-



Kants Schrift von 1795

einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Nationen. Damit wandte sich Kant gegen jene Art von verdeckten Operationen, welche in unserer Zeit die USA unermüdlich einsetzen, um ausländische Regierungen zu stürzen. **Drittens** forderte Kant eine „Föderation freier Staaten“. Nach dem 2. Weltkrieg wurden diese zu den Vereinten Nationen, einer „Föderation“ von 193 Staaten, die sich verpflichtet haben, nach der UN-Charta zu handeln.

Kants Kerngedanken über den immerwährenden Frieden haben dazu beigetragen, daß sich die Welt im 20. Jahrhundert auf das Völkerrecht, die Menschenrechte und die Einhaltung bestimmter Normen im Krieg (wie die Genfer Konventionen) zubewegt hat. Dennoch ist die Menschheit weiter denn je vom Frieden entfernt. Aus diesem Grund ist es an der Zeit, eine neue Reihe von Grundsätzen anzunehmen, die der Friedenssicherung dienen können.

Warum?

Erstens: Wir leben mit dem nuklearen Damoklesschwert über unseren Köpfen.

Zweitens haben wir eine echte Multipolarität erreicht. Zum ersten Mal seit dem 19. Jahrhundert hat Asien den Westen bei der Wirtschaftsleistung überholt. Der „unipolare Moment“, den die USA nach dem Zerfall der Sowjetunion 1991 für sich beanspruchten, ist längst vorbei. Heute sind die USA eine von mehreren Supermächten, darunter Rußland,

China und Indien, sowie mehrere Regionalmächte (darunter Iran, Pakistan und Nordkorea). Die USA und ihre Verbündeten können nicht einseitig ihren Willen in der Ukraine, im Nahen Osten oder im indopazifischen Raum durchsetzen. Die USA müssen lernen, mit den anderen Mächten zusammenzuarbeiten.

Drittens verfügen wir heute über ein umfangreiches Instrumentarium an internationalen Institutionen zur Formulierung und Verabschiedung globaler Ziele (z. B. in den Bereichen Klima, nachhaltige Entwicklung und nukleare Abrüstung), zur Rechtsprechung in internationalen Angelegenheiten und zur Äußerung des Willens der Weltgemeinschaft (z. B. in der UN-Generalversammlung und im UN-Sicherheitsrat). Obwohl diese internationalen Institutionen immer noch schwach sind, könnten sie ein Instrument für den Aufbau einer echten Föderation der Nationen im Sinne Kants sein.

Viertens: Das Schicksal der Menschheit ist enger denn je miteinander verbunden. Globale öffentliche Güter – nachhaltige Entwicklung, nukleare Abrüstung, Schutz der biologischen Vielfalt der Erde, Kriegsverhütung, Pandemieprävention und -bekämpfung – sind für unser gemeinsames Schicksal von weitaus größerer Bedeutung als je zuvor in der Geschichte der Menschheit.

Folgende Grundsätze und Handlungsprinzipien halte ich für tragfähig, um Frieden auf unserem Planeten zu schaffen:

Die ersten fünf Grundsätze sind auf Prinzipien der friedlichen Koexistenz aufgebaut, die vor 70 Jahren von China vorgeschlagen und später von den blockfreien Staaten übernommen wurden.

1. Gegenseitige Achtung aller Nationen vor der territorialen Integrität und Souveränität der anderen Nationen;
2. gegenseitige Nicht-Aggression aller Nationen gegenüber anderen Nationen;
3. gegenseitige Nichteinmischung aller Nationen in die inneren Angelegenheiten anderer Nationen (z.B. durch gewählte Kriege, Operationen zum Regimewechsel oder einseitige Sanktionen);
4. Gleichheit und gegenseitiger Nutzen in den Beziehungen zwischen den Nationen;
5. friedliche Koexistenz aller Nationen.

Diese Grundsätze müssen durch konkrete Handlungsprinzipien verwirklicht werden:

1. Die Schließung von Militärbasen in Übersee, von denen die USA und das Vereinigte Königreich bei weitem die größte Anzahl haben.
2. Die Beendigung verdeckter Regimewechsel-Operationen und einseitiger wirtschaftlicher Zwangsmaßnahmen, die einen schweren Verstoß gegen den Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Nationen darstellen.
3. Die Einhaltung von Artikel VI des Atomwaffensperrvertrages durch alle Atommächte (USA, Rußland, China, Großbritannien, Frankreich, Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea): „Alle Vertragsparteien müssen nach Treu und Glauben Verhandlungen über wirksame Maßnahmen zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens und zur

nuklearen Abrüstung sowie über einen Vertrag über allgemeine und vollständige Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle führen.“

4. Die Verpflichtung aller Länder, „ihre Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer Länder zu stärken“ (gemäß der OSZE-Charta). Die Staaten werden keine Militärbündnisse eingehen, die ihre Nachbarn bedrohen, und verpflichten sich, Streitigkeiten durch friedliche Verhandlungen und Sicherheitsvereinbarungen zu lösen, die durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen unterstützt werden.
5. Die Verpflichtung aller Nationen zur Zusammenarbeit beim Schutz der globalen Gemeingüter und der Bereitstellung globaler öffentlicher Güter, einschließlich der Erfüllung des Pariser Klimaabkommens, der Ziele für nachhaltige Entwicklung und der Reform der UN-Institutionen.

Die heutigen Konfrontationen zwischen Großmächten, insbesondere die Konflikte der USA mit Rußland, China, dem Iran und Nordkorea, sind größtenteils auf das fortgesetzte Streben der USA nach Unipolarität durch Regimewechsel-Operationen, gewählte Kriege, einseitige Zwangssanktionen und das globale Netzwerk von US-Militärbasen und Allianzen zurückzuführen.

Die Umsetzung der genannten Prinzipien würde dazu beitragen, die Welt zu einem friedlichen Multilateralismus zu führen, der durch die UN-Charta und die internationale Rechtsstaatlichkeit geregelt wird.

Jeffrey D. Sachs

Redaktionell gekürzt

Der Autor ist Universitätsprofessor und Direktor des Zentrums für nachhaltige Entwicklung an der Columbia University. Er war Berater von drei Generalsekretären der Vereinten Nationen und fungiert derzeit als SDG-Berater unter Generalsekretär Antonio Guterres.

<https://www.commondreams.org>, 24.7.24

Liebknecht über den Hauptfeind – heute mehr denn je –

Die Bombenleger im eigenen Land
Gehn mit der Rüstung Hand in Hand.
Versichert allseits für den Tod
Stehn Höchstprofite als Gebot.
Du glaubst es nicht – wirst ausgebombt?
Der Grund dazu von hier nur kommt.
Im Land Raketen bilden ihn:
Der NATO-Krieg bedroht Berlin!

Und Russenangst schür'n täglich die Parolen
Wie einst im Wahn. Nur aber heimzuholen
Die Leichen braucht man nicht mal mehr,
Denn wo der Angriff selbst kommt her,
Dort feiert auch der Tod sein Fest
Für Steinzeit, Mittelalter, Pest.
Dies drum gilt jetzt verinnerlicht:
Üb keineswegs Protestverzicht!

E.Rasmus

Gefährliche Schuldverschiebung

Die Hauptursache des Ukrainekrieges ist neben der profaschistischen ukrainischen Systemausrichtung und der Unterdrückung der ethnisch-russischen Bevölkerung der vom Westen angestrebte NATO-Beitritt der Ukraine. Das begründet der US-Politikwissenschaftler John J. Mearsheimer von der University of Chicago in seinem nachfolgenden, redaktionell gekürzten Artikel.

Die Debatte darüber, wer den Ukrainekrieg verursacht hat, ist kürzlich aufgeflammt, als zwei prominente westliche Politiker – der ehemalige US-Präsident Donald Trump und der britische Abgeordnete Nigel Farage – das Argument vorbrachten, daß die NATO-Erweiterung die treibende Kraft hinter dem Konflikt sei. Es überrascht nicht, daß ihre Äußerungen von den Verfechtern der konventionellen Meinung mit einem heftigen Gegenangriff beantwortet wurden.

Mein Ziel ist es, einen Überblick über die wichtigsten Punkte zu geben, die die Ansicht stützen, daß Putin nicht in die Ukraine einmarschiert ist, weil er ein Imperialist ist, der die Ukraine zu einem Teil eines größeren Rußlands machen will, sondern vor allem wegen der NATO-Erweiterung und der Bemühungen des Westens, die Ukraine zu einer westlichen Hochburg an der Grenze Rußlands zu machen.

Erstens gibt es schlicht und ergreifend keine Beweise aus der Zeit vor dem 24. Februar 2022, daß Putin die Ukraine erobern und in Rußland eingliedern wollte. Vertreter dieser Meinung können keine Schriftstücke oder Aussagen von Putin nennen, die darauf hindeuten, daß er die Ukraine erobern wollte.

Wenn man sie zu diesem Punkt befragt, liefern sie Hinweise, die wenig oder gar nichts mit Putins Motiven für die Invasion der Ukraine zu tun haben. Einige betonen zum Beispiel, daß er sagte, die Ukraine sei ein „künstlicher Staat“ oder kein „echter Staat“. Solche undurchsichtigen Äußerungen sagen jedoch nichts über die Gründe für seinen Kriegseintritt aus. Dasselbe gilt für Putins Aussage, er betrachte Russen und Ukrainer als „ein Volk“ mit einer gemeinsamen Geschichte. Andere weisen darauf hin, daß er den Zusammenbruch der Sowjetunion als „die größte geopolitische Katastrophe des Jahrhunderts“ bezeichnete.

Doch es gibt in den öffentlichen Aufzeichnungen keine Beweise dafür, daß Putin erwog, geschweige denn beabsichtigte, die Ukraine als unabhängigen Staat zu beenden und sie zu einem Teil Großrußlands zu machen, als er am 24. Februar 2022 seine Truppen in die Ukraine schickte.

Tatsächlich gibt es erhebliche Beweise dafür, daß Putin die Ukraine als unabhängiges Land anerkannte. In seinem bekannten Artikel vom 12. Juli 2021 über die russisch-ukrainischen Beziehungen, der von Befürwortern der konventionellen Meinung oft als Beweis für seine imperialen Ambitionen angeführt wird, sagt er dem ukrainischen Volk: „Ihr wollt einen eigenen Staat gründen: Ihr seid willkommen!“

Zur Frage, wie Rußland die Ukraine behandeln sollte, schreibt er: „Es gibt nur eine Antwort: mit Respekt.“ Er schließt seinen langen Artikel mit den folgenden Worten ab: „Und wie die Ukraine aussehen wird — das müssen ihre Bürger entscheiden.“

In demselben Artikel vom 12. Juli 2021 und erneut in einer wichtigen Rede am 21. Februar 2022 betonte Putin, daß Rußland „die neue geopolitische Realität, die nach der Auflösung der UdSSR entstanden ist“, akzeptiere. Diesen Punkt wiederholte er ein drittes Mal am 24. Februar 2022, als er ankündigte, Rußland werde in die Ukraine einmarschieren. Insbesondere erklärte er: „Wir haben nicht vor, ukrainisches Territorium zu besetzen“, und machte deutlich, daß er die ukrainische Souveränität respektiere, allerdings nur bis zu einem gewissen Punkt: „Rußland kann sich nicht sicher fühlen, sich nicht entwickeln und nicht existieren, wenn es sich einer ständigen Bedrohung durch das Territorium der heutigen Ukraine ausgesetzt sieht.“ Putin war also nicht daran interessiert, die Ukraine zu einem Teil Rußlands zu machen, sondern er wollte sicherstellen, daß sie nicht zu einem „Sprungbrett“ für westliche Aggressionen gegen Rußland wird.

Zweitens gibt es keinerlei Hinweise dafür, daß Putin eine Marionettenregierung für die Ukraine vorbereitete, in Kiew prorussische Führungspersonlichkeiten aufbaute oder irgendwelche politischen Maßnahmen verfolgte, die eine Besetzung des gesamten Landes und dessen letztendliche Eingliederung in Rußland ermöglichen würden.

Drittens: Putin hatte nicht annähernd genug Truppen, um die Ukraine zu erobern.

Ich schätze, daß die Russen mit höchstens 190 000 Soldaten in die Ukraine einmarschiert sind. Der derzeitige Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte Oleksandr Syrskyi sagte kürzlich in einem Interview mit dem Guardian, daß die russische Invasionstruppe nur 100 000 Mann stark war. The Guardian hatte diese Zahl bereits vor Beginn des Krieges genannt. Es ist unmöglich, daß eine Truppe von 100 000 oder 190 000 Mann die gesamte Ukraine erobern, besetzen und in ein Großrußland eingliedern könnte.

Abgesehen von den Zahlen stellt sich die Frage nach der Qualität der russischen Armee. Zunächst einmal handelte es sich um eine militärische Streitkraft, die in erster Linie dazu bestimmt war, Rußland vor einer Invasion zu schützen. Es handelte sich nicht um eine Armee, die für eine Großoffensive zur Eroberung der gesamten Ukraine, geschweige denn zur Bedrohung des übrigen Europas, gerüstet war.

Der russischen Führung war klar, daß das ukrainische Militär kein Papiertiger war, der schnell und entschlossen besiegt werden konnte, zumal es über eine starke Rückendeckung durch den Westen verfügte.

Im Laufe des Jahres 2022 waren die Russen gezwungen, aus Charkiw und Cherson abzuziehen. Damit gab Moskau Gebiete auf, die seine Armee in den ersten Tagen des Krieges erobert hatte. Es steht außer Frage, daß der

Druck der ukrainischen Armee eine Rolle dabei spielte, den russischen Rückzug zu erzwingen. Die Russen zogen sich also zurück und schufen besser kontrollierbare Verteidigungspositionen.

Viertens: In den Monaten vor Kriegsbeginn versuchte Putin, eine diplomatische Lösung für die sich anbahnende Krise zu finden.

Am 17. Dezember 2021 sandte Putin ein Schreiben an Präsident Joe Biden und NATO-Chef Stoltenberg, in dem er eine Lösung der Krise auf der Grundlage einer schriftlichen Garantie vorschlug, daß erstens die Ukraine der NATO nicht beitreten würde, zweitens keine Angriffswaffen in der Nähe der russischen Grenzen stationiert würden und drittens die seit 1997 nach Osteuropa verlegten NATO-Truppen und -Ausrüstung nach Westeuropa zurückverlegt würden. Was auch immer man von der Machbarkeit einer Einigung auf der Grundlage von Putins Eröffnungsforderungen halten mag, über die die Vereinigten Staaten keine Verhandlungen führen wollten, es zeigt, daß er versuchte, einen Krieg zu vermeiden.

Fünftens: Unmittelbar nach Beginn des Krieges hat Rußland der Ukraine die Hand gereicht, um Verhandlungen zur Beendigung des Krieges und zur Ausarbeitung eines Modus Vivendi zwischen den beiden Ländern aufzunehmen.

Die Verhandlungen zwischen Kiew und Moskau begannen in Weißrußland nur vier Tage nach dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine. Diese weißrussische Schiene wurde schließlich durch eine israelische und eine Istanbuler Schiene ersetzt. Alle verfügbaren Beweise deuten darauf hin, daß Rußland ernsthaft verhandelte und nicht an der Übernahme ukrainischen Territoriums interessiert war, mit Ausnahme der Krim, die es 2014 annektiert hatte, und möglicherweise des Donbaß. Die Verhandlungen endeten, als die Ukrainer auf Drängen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten die Verhandlungen abbrachen, die zum Zeitpunkt ihrer Beendigung gute Fortschritte gemacht hatten. Darüber hinaus berichtet Putin, daß er, als die Verhandlungen stattfanden und Fortschritte machten, gebeten wurde, als Geste des guten Willens die russischen Truppen aus dem Gebiet um Kiew abzuziehen, was er am 29. März 2022 tat. Keine westliche Regierung und kein ehemaliger Politiker hat diese Behauptung Putins angefochten, die in direktem Widerspruch zu seiner Behauptung steht, er wolle die gesamte Ukraine erobern.

Sechstens: Abgesehen von der Ukraine gibt es nicht den geringsten Hinweis darauf, daß Putin die Eroberung anderer osteuropäischer Länder ins Auge gefaßt hat.

Außerdem ist die russische Armee nicht einmal groß genug, um die gesamte Ukraine zu überrennen, ganz zu schweigen von dem Versuch, die baltischen Staaten, Polen und Rumänien zu erobern. Außerdem sind alle diese Länder NATO-Mitglieder, was mit ziemlicher Sicherheit einen Krieg mit den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten bedeuten würde.

Siebens: Kaum jemand im Westen behauptete, Putin habe imperiale Ambitionen, seit er im Jahr 2000 die Macht übernahm, bis zum Beginn der Ukraine-Krise am 22. Februar 2014. Zu diesem Zeitpunkt wurde er plötzlich zum imperialen Aggressor. Warum? Weil die westlichen Staats- und Regierungschefs einen Grund brauchten, ihm die Schuld für die Krise zu geben.

Der wohl beste Beweis dafür, daß Putin in den ersten vierzehn Jahren seiner Amtszeit nicht als ernsthafte Bedrohung angesehen wurde, ist die Tatsache, daß er auf dem NATO-Gipfel im April 2008 in Bukarest ein geladener Gast war, auf dem das Bündnis bekannt gab, daß die Ukraine und Georgien schließlich Mitglieder werden würden.

Putin war natürlich erzürnt über diese Entscheidung und machte seinem Unmut Luft. Sein Widerstand gegen diese Ankündigung hatte jedoch kaum Auswirkungen auf Washington, da das russische Militär als zu schwach eingeschätzt wurde, um eine weitere NATO-Erweiterung zu verhindern, so wie es auch bei den Erweiterungswellen von 1999 und 2004 zu schwach gewesen war, um sie aufzuhalten.

Erst als im Februar 2014 die Ukraine-Krise ausbrach, begannen die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten plötzlich, Putin als gefährlichen Führer mit imperialen Ambitionen und Rußland als ernsthafte militärische Bedrohung zu beschreiben, die die NATO eindämmen müsse. Dieser abrupte Wechsel der Rhetorik sollte einem wesentlichen Zweck dienen: dem Westen die Möglichkeit zu geben, Putin für die Krise verantwortlich zu machen und den Westen von der Verantwortung freizusprechen. Es überrascht nicht, daß diese Darstellung Putins nach dem Einmarsch Rußlands in die Ukraine am 24. Februar 2022 deutlich an Zugkraft gewann.

Ich sehe folgende Hauptgründe, die dafür sprechen, daß die NATO-Erweiterung die Hauptursache für den Ukrainekrieg war.

Zum einen sagten russische Führer aller Art vor Kriegsbeginn wiederholt, daß sie die NATO-Erweiterung in die Ukraine als eine existenzielle Bedrohung betrachten, die beseitigt werden muß.

Putin hat diese Argumentation bereits vor dem 24. Februar 2022 mehrfach öffentlich dargelegt. In einer Rede vor dem Vorstand des Verteidigungsministeriums am 21. Dezember 2021 erklärte er:

„Was sie in der Ukraine tun oder versuchen oder planen, findet nicht Tausende von Kilometern entfernt von unserer Landesgrenze statt. Es geschieht direkt vor unserer Haustür. Sie müssen verstehen, daß wir uns einfach nirgendwo mehr hin zurückziehen können. Glauben sie wirklich, daß wir diese Bedrohungen nicht wahrnehmen? Oder glauben sie, daß wir tatenlos zusehen werden, wie Bedrohungen für Rußland entstehen?“

Man hört oft das Argument, die russischen Befürchtungen seien unbegründet, weil es keine Chance gebe, daß die Ukraine dem Bündnis in absehbarer Zukunft beitreten würde, wenn überhaupt. Tatsächlich wird behauptet, die Vereinigten Staaten und ihre europäischen Verbündeten hätten der Aufnahme der Ukraine in die NATO vor dem

Krieg wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Aber selbst wenn die Ukraine dem Bündnis beitreten würde, wäre dies keine existenzielle Bedrohung für Rußland, da die NATO ein Verteidigungsbündnis ist. Daher kann die NATO-Erweiterung weder eine Ursache der ursprünglichen Krise gewesen sein, die im Februar 2014 ausbrach, noch des Krieges, der im Februar 2022 begann.

Diese Argumentation ist falsch. Tatsächlich



John J. Mearsheimer

bestand die westliche Reaktion auf die Ereignisse von 2014 darin, die bestehende Strategie zu verdoppeln und die Ukraine noch näher an die NATO heranzuführen. Das Bündnis begann 2014 mit der Ausbildung des ukrainischen Militärs und bildete in den folgenden acht Jahren durchschnittlich 10 000 Soldaten pro Jahr aus. Im Dezember 2017 beschloß die Trump-Regierung, Kiew mit „Verteidigungswaffen“ zu versorgen. Andere NATO-Länder zogen bald nach und lieferten noch mehr Waffen an die Ukraine. Darüber hinaus begannen die ukrainische Armee, Marine und Luftwaffe, an gemeinsamen Militärübungen mit NATO-Streitkräften teilzunehmen.

Die Bemühungen des Westens, das ukrainische Militär zu bewaffnen und auszubilden, erklären zu einem großen Teil, warum es im ersten Kriegsjahr so gut gegen die russische Armee abschnitt.

Eine Schlagzeile im Wall Street Journal vom April 2022 lautete: „Das Geheimnis des militärischen Erfolgs der Ukraine: Jahrelange NATO-Ausbildung.“

Abgesehen von den laufenden Bemühungen des Bündnisses, das ukrainische Militär zu einer schlagkräftigeren Kampftruppe zu machen, die an der Seite der NATO-Truppen operieren kann, gab es im Westen im Laufe des Jahres 2021 eine neue Begeisterung für die Aufnahme der Ukraine in die NATO. Gleichzeitig vollzog Präsident Selenskyj, der nie viel Enthusiasmus für eine Aufnahme der Ukraine in das Bündnis gezeigt hatte und im März 2019 auf der Grundlage einer Plattform

gewählt wurde, die zur Zusammenarbeit mit Rußland bei der Beilegung der anhaltenden Krise aufrief, Anfang 2021 einen Kurswechsel und befürwortete nicht nur die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine, sondern vertrat auch eine harte Linie gegenüber Moskau.

Präsident Biden, der im Januar 2021 ins Weiße Haus einzog, hatte sich seit langem für die Aufnahme der Ukraine in die NATO eingesetzt und war ein Superfalke gegenüber Rußland. Die NATO gab am 14. Juni 2021 auf ihrem jährlichen Gipfel in Brüssel ein Kommuniqué heraus, in dem es hieß:

„Wir bekräftigen den auf dem Gipfel von Bukarest 2008 gefaßten Beschluß, daß die Ukraine Mitglied des Bündnisses wird.“

Am 1. September 2021 besuchte Selenskyj das Weiße Haus, wo Biden klarstellte, daß die Vereinigten Staaten „fest entschlossen“ seien,

„die euro-atlantischen Bestrebungen der Ukraine zu unterstützen“. Am 10. November 2021 unterzeichneten Außenminister Antony Blinken und sein ukrainischer Amtskollege Dmytro Kuleba ein wichtiges Dokument – die „Charta der strategischen Partnerschaft zwischen den USA und der Ukraine“. Das Ziel beider Parteien, so heißt es in dem Dokument, ist es, „das Engagement für die Durchführung tiefgreifender und umfassender Reformen in der Ukraine zu unterstreichen, die für eine vollständige Integration in die europäischen und euro-atlantischen Institutionen erforderlich sind.“ Es bekräftigt auch ausdrücklich das Engagement der USA für die „Bukarester Gipfelerklärung von 2008“.

Zum anderen wird die zentrale Bedeutung der tiefen Angst Rußlands vor einem NATO-Beitritt der Ukraine durch zwei Entwicklungen seit Kriegsbeginn verdeutlicht:

Während der Istanbul Verhandlungen, die unmittelbar nach Beginn der Invasion stattfanden, machten die Russen deutlich, daß die Ukraine eine „dauerhafte Neutralität“ akzeptieren müsse und der NATO nicht beitreten könne. Die Ukrainer akzeptierten die Forderung Rußlands ohne ernsthaften Widerstand, sicherlich weil sie wußten, daß es sonst unmöglich wäre, den Krieg zu beenden. In jüngerer Zeit, am 14. Juni 2024, stellte Putin zwei Forderungen, die die Ukraine erfüllen müsse, bevor er einem Waffenstillstand und der Aufnahme von Verhandlungen zur Beendigung des Krieges zustimmen würde. Eine dieser Forderungen war, daß Kiew „offiziell“ erklärt, „daß es seine Pläne, der NATO beizutreten, aufgibt“.

Das alles ist nicht überraschend, denn Rußland hat die Ukraine in der NATO immer als existenzielle Bedrohung gesehen, die um jeden Preis verhindert werden muß. Diese Logik ist die treibende Kraft hinter dem Ukrainekrieg.

Schließlich ist aus der Verhandlungsposition Rußlands in Istanbul sowie aus Putins Äußerungen zur Beendigung des Krieges in seiner Ansprache vom 14. Juni 2024 klar ersichtlich, daß er nicht daran interessiert ist, die gesamte Ukraine zu erobern und sie zu einem Teil eines größeren Rußlands zu machen.

John J. Mearsheimer

Quelle: Manovas Weltredaktion, 5.8.24

Können sich die Ukraine und Israel auf Selbstverteidigung berufen?

Von Wolfgang Bittner

Der Krieg in der Ukraine begann nach dem Putsch 2014 und der Krieg in Gaza nach einem Terrorangriff der Hamas im Herbst 2023. Sowohl die Ukraine als auch Israel haben als Grund ihres Handelns in diesen die ganze Welt beunruhigenden Konflikten Selbstverteidigung nach der Charta der Vereinten Nationen geltend gemacht.¹

Notwehr und Nothilfe nach Artikel 51 der UN-Charta

Artikel 51 lautet: „Diese Charta beeinträchtigt im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen keineswegs das naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung, bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen getroffen hat. Maßnahmen, die ein Mitglied in Ausübung dieses Selbstverteidigungsrechts trifft, sind dem Sicherheitsrat sofort anzuzeigen; sie berühren in keiner Weise dessen auf dieser Charta beruhende Befugnis und Pflicht, jederzeit die Maßnahmen zu treffen, die er zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit für erforderlich hält.“²

Der Artikel gewährt im Falle eines bewaffneten Angriffs ein Recht zur Selbstverteidigung in Form von Notwehr und Nothilfe. Auf Nothilfe (kollektive Selbstverteidigung) berief sich Russland 2022 nach einer Großoffensive gegen Donezk und Luhansk beim Einmarsch in die Ukraine, die aufgerüstet wurde, um gegen die beiden Volksrepubliken sowie gegen die nach einem Referendum zur Russischen Föderation gehörende Krim militärisch vorzugehen. Der UN-Sicherheitsrat wurde dementsprechend informiert, wie es Artikel 51 der Charta verlangt.³ Des Weiteren konnte sich Russland bei seiner Intervention auf seine Schutzverantwortung (Responsibility to Protect, kurz RtoP)⁴ für die russischsprachige Bevölkerung in der Ostukraine und auf der Krim berufen, ein völkerrechtlich allgemein anerkanntes Gebot zur Verhinderung schwerer Menschenrechtsverletzungen.⁵ Nachdem die ukrainische Armee sowie Freiwilligenverbände und faschistische Truppen die Menschen in Donezk und Luhansk jahrelang beschossen und bombardiert hatten,

wobei etwa 13 000 Menschen getötet wurden, wäre statt der überbordenden Polemik und Hetze zu prüfen gewesen, ob für Russland bei seinem Vorgehen gegen die Kiewer Ukraine nach internationalem Recht RtoP wie auch Artikel 51 der UN-Charta in Betracht kamen.

Kiew und Israel

Auch die Ukraine und Israel berufen sich bei ihren Kriegen auf Selbstverteidigung nach Artikel 51 der UN-Charta. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass in beiden Fällen der Tatbestand eines Genozids erfüllt ist. In Paragraf 6 des Völkerstrafgesetzbuches heißt es zum Völkermord: „Wer in der Absicht, eine nationale, rassische, religiöse oder ethnische Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören, ein Mitglied der Gruppe tötet, einem Mitglied der Gruppe schwere körperliche oder seelische Schäden, insbesondere der in § 226 des Strafgesetzbuches bezeichneten Art, zufügt, die Gruppe unter Lebensbedingungen stellt, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen ... wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe bestraft.“⁶

Die Kiewer Regierung versuchte nach dem Maidan-Putsch seit 2014 einen innerstaatlichen Konflikt mit militärischen Mitteln zu lösen, obwohl die Oblasten Donezk und Luhansk damals lediglich mehr Autonomie innerhalb der Ukraine forderten. Damit legte Kiew mit den USA im Rücken Feuer an der ukrainisch-russischen Grenze, woraus sich der verheerende Stellvertreterkrieg entwickelte, dessen Ende noch nicht abzusehen ist.⁷ Und die israelische Regierung führt unter Ministerpräsident Benjamin Netanjahu einen mörderischen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser in den besetzten Gebieten. Israel hat – im Gegensatz zu 138 anderen Staaten – Palästina nicht als Staat anerkannt. Insofern ist das Vorgehen in Gaza für Israel kein Krieg gegen einen anderen Staat, aber auch kein innerstaatlicher Konflikt. Der Terrorangriff der Hamas vom 7. Oktober 2023 gibt Israel nicht das Recht, in völlig unverhältnismäßiger Weise gegen die palästinensische Bevölkerung vorzugehen, wobei es zu Zehntausenden von Toten und Verletzten gekommen ist.⁸ Berücksichtigt man diese Umstände und Fakten, so können sich weder die Ukraine noch Israel bei ihren Kriegen auf Selbstverteidigung

gemäß Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen berufen. Politiker und Journalisten, die eine andere Meinung vertreten, sind aufgefordert, sich entsprechend zu informieren. Beide Kriege müssen von der internationalen Gemeinschaft unverzüglich gestoppt werden, um die entsetzlichen Gräueltaten zu beenden.

Von Dr. jur. Wolfgang Bittner erschienen 2014 „Die Eroberung Europas durch die USA“, 2019 „Die Heimat, der Krieg und der Goldene Westen“ sowie „Der neue West-Ost-Konflikt“, 2021 „Deutschland – verraten und verkauft“ und 2023 „Ausnahmezustand“.

Der vorstehende Beitrag ist ein Auszug aus dem soeben erschienenen Buch „Niemand soll hungern, ohne zu frieren“, s. RF S. 3

Hinweise und Quellen

- 1 Vgl. www.stern.de/panorama/video-vereinte-nationen--selenskyj-spricht-vor-sicherheitsrat--gegen-den-widerspruch-russlands--33846692.html sowie www.welt.de: Gazastreifen: Benjamin Netanjahu nennt israelische Aktionen „Selbstverteidigung“
- 2 <https://unric.org/de/charta/>
- 3 Vgl. hierzu Wolfgang Bittner: Ausnahmezustand, S. 97 ff.
- 4 Vgl. Andreas von Arnould: Völkerrecht. Heidelberg 2016, S. 134
- 5 RtoP ist allerdings eine problematische Doktrin, die ursprünglich von den USA und der NATO ins Völkerrecht eingebracht wurde, um den Angriffskrieg gegen Jugoslawien zu rechtfertigen.
- 6 Völkerstrafgesetzbuch in der Fassung vom 26.6.2022; www.gesetze-im-internet.de/vstgb/VStGB.pdf
- 7 Vgl. hierzu Wolfgang Bittner: Der neue West-Ost-Konflikt, S. 197-223
- 8 Der US-amerikanische Ökonom und Politiker Lyndon LaRouche (1922-2019) hat bereits 1975 einen genialen Plan zur Entwicklung des Nahen und Mittleren Ostens vorgelegt: Vgl. <https://schillerinstitute.com/de/blog/2024/02/14/petition-unterstuetzung-des-larouche-oasenplans-fuer-frieden-und-entwicklung-in-suedwestasien/>; das Projekt ist in letzter Zeit wieder ins Gespräch gekommen, vgl. <https://schillerinstitute.com/de/blog/2024/03/12/internetkonferenz-der-oasenplan-die-larouche-loesung-fuer-frieden-durch-entwicklung/>

„Ein langsamer, aber qualvoller Niedergang“

Ein aktuelles Papier des ehemaligen EZB-Präsidenten Mario Draghi sagt der EU wirtschaftlich eine düstere Zukunft voraus. Während Chinas Wirtschaft unverändert wachse und gegenüber dem Westen aufhole, falle die EU gegenüber den USA seit zwei Jahrzehnten zurück. Ursache sei vor allem, daß die EU die „digitale Revolution und die damit verbundenen Produktivitätsgewinne

weitgehend verpaßt“ habe. Nun müsse dringend die Produktivität erhöht werden; dies erfordere EU-Investitionen in Höhe von 750 bis 800 Milliarden Euro pro Jahr – nahezu fünf Prozent der EU-Wirtschaftsleistung. Im Rahmen des Marshallplans seien nach dem Zweiten Weltkrieg ein bis zwei Prozent der Wirtschaftsleistung bereitgestellt worden – erheblich weniger, als heute nötig sei.

Unterblieben die Investitionen, dann drohe ein weiterer Abstieg; dann sei auch „das europäische Sozialmodell“ nicht mehr finanzierbar. „Wenn die EU jetzt nicht handelt“, sagt Draghi voraus, „steht ihr ein langsamer, aber qualvoller Niedergang bevor.“

Auszug aus: *german-foreign-policy.com*, 12.9.24

Gelingt es der RF, den Ukraine-Konflikt mit ihren neuen politischen und militärischen Initiativen zu beenden?

Wladimir Putin äußerte sich am 5. September auf der Plenarsitzung des Östlichen Wirtschaftsforums, in Wladiwostok u.a. auch zur gegenwärtigen politischen und militärischen Lage rund um den Ukraine-Konflikt.

Auf militärischem Gebiet führt Rußland die Kursk-Offensive der Ukraine nicht nur in die Ausgangslage zurück, sondern befreit parallel den Donbass und andere Gebiete und antwortet auf das Vorhaben von USA, GB und Ukraine, den Einsatz weitreichender Flugkörper in die Tiefe der Russischen Föderation (RF) zu gestatten. Auf dem Forum wurde durch Putin aber auch eine neue Kriegsbeendigungsinitiative gestartet.

In der Region Kursk und im Donbass bestätigen die Ereignisse Putins neue Strategie, daß eine vernichtende Niederlage der ukrainischen Truppen und deren NATO-Verstärkungskräfte an den Kampfschwerpunkten in der Ukraine und in der Region Kursk unweigerlich zum Verlust der Angriffsfähigkeit der gesamten Streitkräfte der Ukraine führen würde, ganz im Sinne der Erfüllung der Hauptaufgaben der Spezialoperation der RF-Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine.

Angaben zum Ukraine/NATO-Überfall auf Kursk

Ukr./NATO-Aggressor: 6000 bis 41 000 Mann, 12 Kampfbrigaden, darunter solche der Nationalgarde (ASOW), Pioniere und Spezialtruppen, darunter tausende versöldnerte NATO-Soldaten als Kämpfer, Waffenspezialisten, Instruktoren

Zeitweilig besetztes Territorium: 1000 qkm, ca. 2500 russische Gefangene

Personelle Verluste Ukraine (18.9.24): fast 15 000 Mann, bis 450 durchschnittlich an einem Tag sowie einige tausend Gefangene.

Verluste Ukraine an meist westl. Militärtechnik (13.9.24): Panzer: ü. 100, Schützenpanzer u. ä.: 125, gepanzerte Fahrzeuge: ca. 700, Fahrzeuge: 480, Geschütze: ca. 100, MPLS und Himars: 29, LV-Systeme: 8, Geräte zur elektronischen Kampfführung: 24, Artillerie-Aufklärungs- u.a. Radare: 12, Pionier- und Minenräumtechnik: 18

RF, Region Kursk: 2000 bis 30 000 Mann, Grenztruppen, territoriale Formationen, Luftlandetruppen und fünf Kampfbrigaden

Personelle Verluste: ca. 3500, davon über 2000 Gefangene, Evakuierung von über 200 000 zivilen Personen

Ab 1.9. Rückeroberungen von Ortschaften (11.9.: 11 Orte an zwei Tagen), bereits einige tausend ukrainische Gefangene und Söldner, darunter auch Deutsche. Am 15. 9. gab es aber auch wieder ukrainische kleinere Landgewinne, denen wiederum harte existentielle Kämpfe folgten.

Die Situation in der Region Kursk befindet sich heute tatsächlich an einem Wendepunkt, allerdings aus einem ganz anderen Grund:

Die russischen Streitkräfte haben die Torheit von Ukraine und NATO, deren Elitebrigaden und „wertvolle westliche Waffen“ in die Region Kursk zu verlegen – wo Personal und NATO-Technik gezielt durch die immer stärker werdende russische Armee dezimiert werden – dazu genutzt, eine unumkehrbare Ausgangslage (größere Landgewinne und Positionsverbesserungen) an den Kampfschwerpunkten im Süden, Osten und Norden der Ukraine sowie in der Region Kursk zu erlangen. Die Streitkräfte der RF erschlossen sich viele erfolgversprechende Optionen für ihre zukünftigen Handlungen, wodurch die Ukraine und der Westen plötzlich wieder in „Zugzwang“ kommen.

Im Nachhinein hat sich Selenskyjs Kursk-Offensive als ein „russischer Fleischwolf und ein schwarzes Loch“ erwiesen, die den Krieg auf einen Wendepunkt zu Gunsten Rußlands gebracht hat.

Aussagen Putins im Spätsommer 2024

Das Verhältnis der personellen Verluste der RF zur Ukraine beträgt unter den derzeitigen Bedingungen (ein Mix aus Angriff und Verteidigung auf beiden Seiten) 1 : 5. Die Ukraine soll an allen Fronten derzeit täglich bis zu 2500 und monatlich bis 50 000 Soldaten verlieren, aber nur 30 000 ersetzen können. Der Verlust von bis zu 450 Mann (Tote, Verletzte und Gefangene) täglich in der Region Kursk ist für die Ukraine ein unlösbares Dilemma. Diese Verluste an der bis auf 1300 km überdehnten Front, die laut dem entlassenen Salushnij mit 500 000 Mobilisierten wieder aufgefüllt werden müßten, können aber ohne die sich im Ausland befindlichen Wehrpflichtigen nur zu 30 % ersetzt werden.

Da die Ukraine nur über begrenzte zentrale strategische Reserven verfügt, mußte sie bis zu 50 000 Mann aus den Frontabschnitten Cherson, Donezk, Saporischja u. a. abziehen, um den Blitzkrieg auf die Region Kursk beginnen zu können. Dadurch wurde die Donbass-Verteidigung stark geschwächt, wodurch die Streitkräfte der RF (SK RF) erfolgreich angreifen können. Die neu formierten SK der RF in der Region Kursk sind durch eigene Initiativen dabei, die vor Ort brutal handelnden ASOW-Nazis zu vernichten.

Trotz ihres Personal- und Materialmangels bekam die Ukraine von den USA Mitte Juni die Anweisung, noch im Sommer neue Offensiven in den Grenzregionen von Ukraine und RF durchzuführen. Die Erklärung, über diese, wo Westen mit vorbereiteten und mit Echtzeitdaten und mit NATO-Soldaten verstärkten Kursk-Offensive nichts gewußt zu haben, war eine Lüge.

Feststellungen zu den Spezialeinheiten der ukrainischen Nationalgarde ASOW, die faschistisch handeln, im Staat Führungsrollen einnehmen und von den USA gefördert werden:

Die ASOW-Formationen sind Teile des neonazistischen Netzwerks des glühenden Bandera-Anhängers Andrei Bilezki. Nach der Zerschlagung des ASOW-Regiments in Mariupol kämpfen heute in den ASOW-Brigaden verbliebene und rekrutierte „ASOWER“ sowie aus türkischer Gefangenschaft entlassene Kämpfer. (Rußland hatte über die in Mariupol gefangengenommenen westlichen Söldner und ASOW-Leute eine Vereinbarung mit der Türkei, die diese, als sie die ASOW-Soldaten in die Ukraine zurückschickte, gebrochen hat).

Derzeit versucht ASOW rechtsradikale Kämpfer (auch ausländische) für ihren Vernichtungskrieg gegen das „unzivilisierte“ Rußland zu rekrutieren, indem gezielt Videos, welche die Tötung russischer Gefangener in aller Brutalität zeigen, ins Netz gestellt werden.

Sie attackierten ihre russischsprachigen Landsleute in Odessa, der Krim u. a. Regionen, sie beschossen über Jahre Donezk und Lugansk mit Artillerie und Raketen bis zum Genozid. Diese Neonazis wurden bereits vor dem Maidan vom CIA ausgerüstet, ausgebildet und finanziert und so zur militärischen Hauptkraft der ukrainischen Streitkräfte, auf welche sich die USA stützen.

Sie verstehen sich als moralische Hüter der Armee und der Ukraine. ASOW hat Selenskyj zum Neonazi erpreßt, der ihnen hörig ist. Sie beaufsichtigen, kontrollieren und „disziplinieren“ die Streitkräfte. Sie machen bewohnte Wohngebiete zu Schutzschilden und sehen sich als ukrainische SS.

Sie bilden den Kern der Geheimdienste der Ukraine, foltern und morden Gegner und Eigene, besonders russische Gefangene, wie man in ihren zur Schau gestellten menschenverachtenden Werbevideos sehen kann. Sie haben ihre Hände bei allen Terroranschlägen von Ukraine und NATO im Konfliktgebiet im Spiel.

Die Ukraine ist keine Demokratie, wie in westlichen Medien beschrieben, sondern eine korrupte autokratische Diktatur, die westlich dominiert, von neonazistischen Kräften – wie ASOW – beherrscht und geführt wird.

Kräfte, Mittel und Methoden zur Offensive der RF „Herbst 24“

- Vergrößerung der RF-SK in der Ukraine und Kursk auf 700 000 Soldaten;
- Bereitstellungen: 3000 Panzer, 7000 gepanzerte Fahrzeuge, 5000 Artilleriesysteme, 1200 MRW sowie 600 Hubschrauber, Kampfflugzeuge und Hubschrauber, Hyperschall- u. a. Raketen, Drohnen, Gleitbomben, FEK-Mittel und unterstützende Geräte;
- Sicherung des Bedarfs an Artilleriemunition: Verhältnis (täglich): RF-10: Ukr.-1;
- Weiterführung der Befreiung von besetzten Territorien der RF, besonders

im Donbass (Pokrowsk, Torezk, Ugledar) und der Region Kursk sowie Halten aller acht Fronten. Befreite Territorien Mai bis Juli über 1000 qkm, August/September das 2-fache;

- weitere Anwendung von erfolgreichen Kampfmethoden: Halbkesseltechnologie, Einsatz von Sturmgruppen und von neuen und modernisierten Waffen im Verbund, Sputniks, Mittel der KLV und des FEK, Laserwaffen, Raketen und Raketenerwerfer verschiedener Bestimmungen, Masseneinsatz von Drohnen, selbstlenkende Gleitbomben, Komplexe zur automatischen Ver- und Entminung u.a.

Putins Reaktion auf mögliche US- und GB-Raketenbeschußgenehmigungen

Die „Genehmigungen“ des Westens für die Ukraine zum Beschuß von militärischen Zielen in der Tiefe der RF wurden von Biden und Starmer (GB) in Washington nicht erteilt. Eine Begründung für diesen plötzlichen vorläufigen Rückzug kann man von Scott Ritter erfahren, der meint, daß dieser eine Reaktion auf Putins Kontakt mit Biden am 14.9.24 sein könnte. Über Geheimdienstkanäle von USA und RF soll Biden von Putin darüber „informiert“ worden sein, daß die RF eine bedeutende Entscheidung getroffen hat. Im Falle der Genehmigung des Beschusses der RF mit weitreichenden Waffen der USA u. a. westlicher Partner durch die Ukraine würde die RF Antwortschläge mit weitreichenden konventionellen Hypererschallwaffen (26 KT) auch auf konkrete Ziele der Entscheiderländer durchführen. Da die Ukraine nicht die Einsatzfähigkeiten für diese Waffen besitzt, können Letztere nur mit aktiver operativer und technischer Hilfe von USA und NATO in Anwendung gebracht werden, was bedeutet, daß diese sich dann im Krieg mit Rußland befinden würden.

Es scheint, daß es sich nicht um einen Bluff handelt. Scott Ritter unterstreicht: Die Welt war der Gefahr eines Atomkrieges noch nie so nah wie heute.

Einige spezielle Bemerkungen zu Putins Rede in Wladiwostok

a) Neue – alte – Friedensvorschläge an die Ukraine

Der indische Analyst Bhadrakumar hob hervor, daß Putin die ukrainischen Gesprächspartner nicht mehr als das „Kiewer Regime“ bezeichnet. Statt dessen verwendete er den Ausdruck „Kiewer Regierung“. Die Frage, ob die RF bereit ist, mit ihr zu verhandeln, bejahte Putin. Putin nahm dabei zur Kenntnis, daß „offizielle Stellen“ in Kiew neuerdings feststellen, daß der Krieg längst beendet wäre, wenn sie sich an das beiderseitig „paraphierte offizielle Dokument“ von Istanbul im April 2022 gehalten hätten, anstatt auf ihre „Lenker und Sponsoren“ aus anderen Ländern zu hören“.

Putin merkte an, daß Kiew seine Souveränität zurückgewinnen müsse.

Die versöhnlichen Worte schienen mit Blick auf die Kämpfe der politischen Fronten

innerhalb der herrschenden Ordnung in Kiew wohl dosiert. Das bedeutet, daß Putin zwar „Selenskyjs Friedensplan ablehnt, aber bereit ist, die Verhandlungen zu den Bedingungen wieder aufzunehmen, die erstmals bei den Gesprächen in Istanbul im März 2022 zu Beginn des Konflikts ertört und von beiden Seiten parafiert worden waren.

Erinnerung: Die RF hatte sich bereit erklärt, seine Streitkräfte auf den Stand vom 23.2.22 zurückzuziehen. Die Ukraine hatte sich verpflichtet, neutral zu sein, auf eine NATO-Mitgliedschaft zu verzichten und keine Stationierung ausländischer Truppen oder militärischer Einrichtungen zuzulassen. Dafür sollte sie Sicherheitsgarantien von Staaten ihrer Wahl erhalten. Die Zukunft der besetzten Gebiete sollte innerhalb von 15 Jahren unter Verzicht auf militärische Gewalt (mittels Referenden und verbindlichen Absprachen) gelöst werden. (H. Kujat)

Im russischen Verteidigungsrat wird von dessen Stellvertreter D. Medwedjew eine ergänzende Sichtweise einer großen Gruppe von Patrioten Rußlands vertreten, die der Meinung ist, daß es mit der Ukraine erst dann zu Verhandlungen kommen könne, wenn es keine ukrainischen Truppen mehr in der Region Kursk gibt. Auch könne es nicht sein, daß die bereits in die RF integrierten Republiken kein Verhandlungsgegenstand sein sollen.

b) Haltung der RF zu BRICS und Staaten des Globalen Südens

Putin ging auch auf mögliche Vermittler ein. Er nannte drei BRICS-Mitglieder – China, Brasilien und Indien –, zu denen Rußland vertrauensvolle Beziehungen unterhält und mit welchen er in „ständigem Kontakt“ steht, um zum Verständnis dieser komplexen Prozesse beizutragen und zu tragfähigen Kompromissen zu kommen.

Präsident Putin bedauere allerdings, sagte Bhadrakumar, daß viele BRICS-Länder den Ursprung des Konflikts wie den von den USA unterstützten Staatsstreich in der Ukraine im Jahr 2014 oder die bedrohlichen Großmanöver 2021 an den Grenzen der RF übersehen. Rußland, welches sich auf den BRICS-Gipfel in Kasan vorbereitet, auf dem es u. a. um ein alternatives Zahlungssystem für den internationalen Handel gehen soll, sieht eine Aufgabe darin, die BRICS-Partner davon zu überzeugen, daß der Konflikt in der Ukraine eine zivilisatorische Auseinandersetzung ist, die bereits Jahrhunderte andauert.

Putin bezog angesichts des Erklärungsbedarfs der Staaten des Globalen Südens zum Ukraine-Konflikt eine überzeugende Position (Beendigungsverhandlungen in Istanbul und Geheimverhandlungen in Katar, die durch den Westen abgebrochen wurden), die Rußland für einen Dialog mit der Ukraine offen sieht. Aber er setzt keine allzu großen Hoffnungen darauf, daß Selenskyj und vor allen Dingen der Westen, dieses Mal auf die neuen – alten – Vorschläge des Präsidenten Rußlands in Wladiwostok eingehen werden.

c) Ukraine, Ramstein und Washington

Auf dem am 6.9.24 unter US-Kommando stattgefundenem Ramstein-Format, an dem Militärs aus 50 Ländern teilnahmen, um Waffenlieferungen für Kiew zu koordinieren, forderte Selenskyj, wie auch bei seinem Besuch bei Biden, von den westlichen Partnern erneut mehr militärische Unterstützung. Diese ergebe sich aus den politischen, militärischen und wirtschaftlichen Niederlagen sowie aus der Zerstörung der Ukraine, aber auch aus den schleppenden Lieferungen von oftmals nicht besonders neuen und zu wenigen westlichen Waffen und versprochenen Leistungen. Dazu komme – da besonders im Osten Deutschlands viele Bürger gegen den Krieg seien – die schwankende Haltung der BRD-Regierung sowie die politische Krise mit unsicherem Ausgang des jetzigen Kriegsbeiworters Frankreich. Das Schlimmste für Selenskyj sei aber, daß der Kurs der US-Politik gegenüber der Ukraine nach den dortigen Präsidentschaftswahlen am 5. November unabsehbar ist. Deutschland, USA, GB, Kanada und viele NATO-Länder schnürten zwar neue, aber merklich kleinere militärische u.a. „Hilfspakete“, wollen aber dennoch die früher beschlossenen Rüstungs- und Ausbildungsvorhaben sowie die zur Basierung von neuen NATO-Truppen in der Nähe der belarussischen und russischen Grenzen realisieren.

Resümierend stellte Putin fest:

Die russischen Streitkräfte haben die Lage in Kursk stabilisiert und damit begonnen, den Feind aus den gerade erst als Tauschobjekt für Verhandlungen annektierten Grenzgebieten wieder zu verdrängen und bei ihrer Donbass-Offensive große Landgewinne erzielt. Die RF kommt dabei voran, Verständnis für ihren Kampf bei den BRICS-Staaten und denen des Globalen Südens zu erreichen. Rußland hält das Pulver für einen von der NATO entfachten möglichen konventionellen oder auch Atomkrieg NATO–Rußland trocken, den die RF mit allen Mitteln, auch mit weitreichenden Kompromissen, verhindern will.

Die RF hat einen Großteil ihrer militärischen Ziele erreicht, die politischen hingegen noch nicht. Für die Erfüllung beider Ziele muß weiter, möglichst international, gekämpft werden.

Selenskyj kann nach den Kämpfen im Süden, Osten und Norden sowie in der Region Kursk nichts außer schmerzhafteste Verluste und gewaltige Zerstörungen vermelden.

Die NATO/Ukraine-Streitkräfte haben ihre politischen Ziele, darunter die NATO-Mitgliedschaft und die militärischen Ziele, nicht erreicht.

Die Spionagechefs von CIA und Mi6, Burns und Moore, haben in einem gemeinsamen Beitrag in der *Financial Times* vom 7.9.24 ausgeführt, daß sich die anglo-amerikanische Strategie in einer Sackgasse befindet. Sie deuteten an, daß die verdeckten terroristischen Operationen von Krylo Budanow, dem Chef des ukrainischen Militärgeheimdienstes, die einzige Option ist, die in diesem Stellvertreterkrieg noch Wirkung zeigt.

Was für ein totaler Sturz für die westliche Supermacht und einen ihrer Pudel.

Oberst a.D. Gerhard Giese

Über den Beginn des Befreiungskampfes der Frauen in Zentralasien

Anna Strömer (-Hornik) erinnert sich an den zweiten internationalen Frauenkongreß in Moskau (1921)

Die 25jährige Wiener Textilarbeiterin Anna Strömer (geb. 13. Mai 1890 in Wien, gest. 8. März 1966 in Wien) organisierte sich im Dezember 1915 mit Franz Koritschoner (1892–1942) und mit wenigen anderen revolutionär denkenden Menschen als Mitglied eines von der „Zimmerwalder Linken“ beeinflussten „Aktionskomitees der Linksradikalen“. Es war die Reaktion in Wien auf das von Wladimir I. Lenin (1870–1924) angeprangerte völlige Versagen der sozialdemokratischen Kader im Kampf gegen den für den kriegerischen Massenmord verantwortlichen Imperialismus. Ihre emotionale Ablehnung der Tötung von Leben war literarisch wissenschaftlich begleitet von Selbststudium im Rahmen des Wiener Vereins „Karl Marx“, zu dessen prominenten Mitgliedern Friedrich Adler (1879–1969) gehört hat. Aus Protest gegen die Vorfälle bei der Ausrufung der Republik (12. November 1918) und die Verhaftungen der Kommunisten erklärten am 7. Dezember 1918 die Mitglieder dieses Aktionskomitees unter Führung von Franz Koritschoner, der Lenin persönlich kennengelernt hat, und von Anna Strömer ihren Beitritt zu der am 3. November 1918 gegründeten kommunistischen Partei Deutschösterreichs.

Von Beginn an kämpfte Anna Strömer mit und in der kommunistischen Bewegung für die allseitige Befreiung der Frau aus den überlieferten feudalen, kapitalistischen und religiösen Ketten. Auf der ersten internationalen Konferenz kommunistischer Frauen in Moskau vom 30. Juli bis 1. August 1920 war Anna Strömer österreichische Delegierte und hielt als solche bei deren Eröffnung eine Rede. Teilgenommen haben Frauendelegierte aus 16 Ländern, zur Leiterin des internationalen Frauensekretariats war Clara Zetkin (1857–1930) gewählt worden. Clara Zetkin hat sich mit Lenin, für den der Grundsatz der Gleichberechtigung der Frauen ein außerhalb der Diskussion stehender kommunistischer Grundsatz war, wiederholt über die Frauenfrage ausgetauscht. (...)

Am 7. Mai 1921 wurde Anna Strömer von der österreichischen Frauenkonferenz zur Frauendelegierten für die 2. Internationale Frauenkonferenz in Moskau gewählt, die am 6. Juni 1921 mit Alexandra Kollontai (1872–1952) als Vorsitzende eröffnet wurde. Ihre dabei gewonnenen Eindrücke von den Frauen aus den zentralasiatischen Ländern der Sowjetunion haben Anna Strömer darin bestärkt, daß ihr Weg, der der Weg der kommunistischen Frauen war, der richtige ist. Die konkreten Probleme der Frauen in der kleinen Republik Österreich waren andere als jene der Frauen in Kirgisien oder Kasachstan, aber gemeinsam war ihnen der Kampf um die Gleichberechtigung in der Gesellschaft. Natürlich konnten nicht alle Frauen in der riesigen Sowjetunion per Sowjetdekret von den

patriarchalischen Traditionen der Nomadenvölker befreit werden. Der kirgisische Schriftsteller Tschingis Aitmatow (1928–2008) erzählt wunderschöne Geschichten von der zur Zukunft sich wendenden Tradition seiner kirgisischen Heimat. Für Louis Aragon (1897–1982) hat Tschingis Aitmatow mit „Dshamilja“ einer der weltweit schönsten Liebesgeschichten geschrieben, „in der Mann und Frau sich erkennen und das Kind dunkel das Licht ahnt“. Jahrzehnte nach Anna Strömer sind in der Mitte der 70er Jahre der aus Harlem stammenden afroamerikanischen Aktivistin Audre Lorde (1934–1992) auf ihrer Reise in der Sowjetunion Frauen aus dem usbekischen Samarkand und anderen zentralasiatischen Städten und Gebieten begegnet. Viele von diesen waren ohne Männer, weil das Blutopfer der Roten Armee zur Befreiung von den deutschen Mordbrigaden noch nicht Geschichte war. Audre Lorde schreibt: „Alle Frauen, denen ich auf meiner Reise begegnet bin, haben eine große Sicherheit ausgestrahlt, sie waren sich ihrer weiblichen Macht bewußt, ihres Einflusses als Produzentinnen und Menschen – eine sehr ermutigende Eigenschaft“.

Dokument:

Stimme der Frau, November 1953

Anna Hornik

Der Weg zur Höhe

Es war zur Zeit der zweiten internationalen Frauenkonferenz in Moskau im Jahre 1921. Der große, helle Saal war dichtbesetzt: neben Frauen aus allen Ländern saßen russische Arbeiterinnen, Bäuerinnen, Intellektuelle. Auch Männer nahmen an der Konferenz teil.

Plötzlich entstand eine Bewegung am Eingang des Saales. Die Vorsitzende, Alexandra Kollontai, die spätere sowjetische Gesandte in Schweden, erhob sich und verkündete stolz lächelnd: „Die Frauen aus dem Osten sind gekommen.“

Wir alle standen von den Sitzen auf und sahen den Frauen entgegen. Und da kamen sie aus dem dunklen Hintergrund in das helle Licht des Saales: ein Zug langsam dahinschreitender Gestalten, die sich unbeholfen fortbewegten. Fast alle waren in dunkle, sackartige Kleider gehüllt und ein langer, schwarzer, dichter Roßhaarschleier hing ihnen vom Kopf bis zu den Füßen herunter und hinderte sie am Gehen und Sehen. Und wie dieser Zug so langsam einerschritt, aus dem Dunkel in die Helle des Saales, war es, als ob alle diese Frauen aus einer Gruft kämen, als ob sie dem Grabe entstiegen wären und nun langsam den Weg ins Leben zurückfänden. Der Eindruck dieses Zuges verhüllter Gestalten war erschütternd. Alle Anwesenden waren tief aufgewühlt. Einige Frauen bekamen Weinkrämpfe, einige schrien laut und entsetzt auf. Mir selbst rannen unaufhaltsam die Tränen herunter. Waren diese Geschöpfe, die man so entwürdigend hinter den Schleier zwang,

Frauen wie wir, mit einem eigenen Willen, einem eigenen Leben?

Sie hatten alle eine weite Reise hinter sich, die Frauen aus Usbekistan, Kasachstan, aus dem märchenhaften Samarkand, aus Buchara und all den anderen Oststaaten der großen Sowjetrepublik. Sie wurden zur Tribüne geleitet, auf der sie Aufstellung nahmen. Und nun sahen wir den Unterschied zwischen den Frauen des Ostens und den Frauen des Westens in seiner ganzen Grausamkeit: Unbeweglich wie eine schwarze Mauer standen diese Frauen oben, die Vertreterinnen von Frauen aus einer anderen, einer unterdrückten Welt. Eine der Frauen trat ans Rednerpult, um in ihrer Sprache ein paar Begrüßungsworte an die Versammelten zu richten. Sie schlug auch jetzt nicht den Schleier zurück, waren doch Männer im Saale. Und hinter dem dichten Schleier kamen die gutturalen Laute der fremden Sprache wie das verzweifelte Weinen eines Tieres an unser Ohr. ...

Später hörten wir, daß es einigen dieser Frauen bei ihrer Rückkehr sehr schlimm ergangen ist. Die Ehemänner haben sie, aufgestachelte von den Mullas (den Geistlichen) ermordet und ihre Köpfe zum abschreckenden Beispiel auf die Gartenzäune gesteckt.

Trotz dieser Grausamkeiten nahmen die Frauen des Ostens den Kampf um ihre Befreiung auf. Und die Sowjetmacht unterstützte sie dabei. Sie half ihnen nicht nur in ihrem Kampf gegen die verhetzten Männer, sie half ihnen auch wirtschaftlich, um sie so vom Manne unabhängig zu machen. Sie gab ihnen Wolle zur Gründung von Teppichknüpferei-Genossenschaften und so – einmal wirtschaftlich unabhängig – fanden die Frauen sehr bald den Weg zu ihrer vollständigen Befreiung. Sie legten den Schleier ab, besuchten Versammlungen, Kurse, Schulen und heute sind die Frauen des Ostens in der Sowjetunion wirklich frei und die treuesten Anhänger der Sowjetmacht. Denn diese hat sie herausgeführt aus ihrer Versklavung und sie zu Menschen gemacht, die sich ihrer Kraft und ihres Wertes bewußt sind.

Hätte Großmutter, die noch als kirgisische Nomadenfrau im Zelt hauste, sich jemals gedacht, daß Tochter und Enkelkind gebildete Menschen sein werden, denen alle Wege offenstehen?

In Kasachstan wurden mehr als 20 000 Frauen in die Ortssovjets (Gemeinderäte) gewählt. 149 Frauen sind Abgeordnete des Obersten Sowjets der Republik und 13 Abgeordnete des Obersten Sowjets der UdSSR. In Tadshikistan, wo früher von 1000 Einwohnern nur fünf lesen und schreiben konnten, sind jetzt über 4000 Frauen als Lehrerinnen, 1140 als Ärztinnen und zirka 800 als Ingenieure und Techniker tätig.

Prof. Dr. Gerhard Oberkofler

Redaktionell gekürzt

Die Befreiung der Ukraine, der Krim und Sewastopols im Großen Vaterländische Krieg (GVK) 1943 und 1944 (Teil II)

Ende 1943 hatte das Hauptquartier der Sowjetischen Armee die bisherigen Ergebnisse des Jahres 1943 analysiert und den Plan für die Winteroffensiven festgelegt. Diese waren eine Reihe aufeinanderfolgender strategischer und Frontoperationen von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, die dem Gegner nicht die Möglichkeit geben sollten, am sogenannten Ostwall oder anderen Abschnitten zur strategischen Verteidigung überzugehen. Das Ziel bestand weiterhin, die Blockade Leningrads zu beenden, günstige Bedingungen für die Befreiung der baltischen Staaten zu schaffen, Belorußland, die Ukraine und die Krim vollständig zu befreien sowie bis an die ehemalige Staatsgrenze des Deutschen Reiches vorzustoßen. Einer der Schwerpunkte dieser Operationen war die südliche Richtung zur Befreiung der Ukraine. Dazu standen zu Beginn des Jahres 1944 in der Ukraine den sowjetischen Streitkräften mehr als 2.365.000 Mann, über 28.847 Geschütze und Granatwerfer, 2.037 Panzer und SFL sowie 2.367 Flugzeuge zur Verfügung. Der Gegner hatte mit den Heeresgruppen (HGr) „Süd“ und „A“ 1.760.000 Mann, 16.840 Geschütze und Granatwerfer, 2.200 Panzer und Sturmgeschütze und 1.462 Flugzeuge im Bestand. (1) Am 5. Januar 1944 griffen die Truppen der 2. Ukrainischen Front (Ukr-Fr.) in Richtung Kirowograd an. Nach 10 Tagen waren die feindlichen Truppen der 8. deutschen Armee zerschlagen und fast 50 km von Dnepr in westlicher Richtung zurückgedrängt. Im Raum Kanew und Kriwoi Rog wurden dabei 9 Infanterie-, eine Panzerdivision und eine Brigade mit 80.000 Mann in einem Kessel bei nicht geschlossenen Flanken fast eingeschlossen, ungeachtet eines versuchten Gegenangriffs mit 8 Panzer- und 6 Infanteriedivisionen von außen am 27. Januar, um die Eingeschlossenen aus dem Kessel herauszuschlagen. Eine Aufforderung an die eingekesselten Truppen, ihre Kampfhandlungen einzustellen, wurde nicht beantwortet. Diese befanden sich mittlerweile in einem Streifen von bis zu 25 km von ihren eigenen Truppen entfernt. In der Kesselschlacht von Korsun-Schewtschenko durch die 2. Ukr-Front am 25.1. mit zwei Armeen und der 5. Garde-Panzerarmee unter General Rotmistrow und 2 Tage später durch die 1. Ukr-Front mit der 40. und 27. Armee sowie der neu aufgestellten 6. Panzerarmee unter dem Kommando von General Kraftschenko, konnte am 28.1. der Kessel fest geschlossen werden. Mehrere Versuche, aus dem Kessel auszubrechen oder die Eingesesselten aus der Luft zu versorgen, waren erfolglos. Eine am 8. Februar erfolgte ultimative Aufforderung zur Kapitulation wurde wiederum abgelehnt. In harten Kämpfen hörte am 17. Februar die eingekreiste Gruppierung auf zu existieren. Der Gegner hatte 55.000 Mann verloren, mehr als 18.000 gingen in die Gefangenschaft. Mehr

als 1.600 Geschütze und 270 Panzer waren für die Wehrmacht verloren. Während in Korsun-Schewtschenko noch gekämpft wurde, griffen der rechte Flügel der 1. Ukrainischen Front am 27.1. in Richtung Rowno-Luzk an und stieß bis 100 km vor, nahm den Raum Rowno-Luzk ein und bedrohte die Nordflanke der HGr „Süd“. Die 3. und 4. Ukrainischen Fronten griffen den Brückenkopf des Gegners bei Nikopol an und befreiten am 8.2. die Stadt. Die 3. Ukrainische Front setzte den Angriff fort und befreite am 20.2. Kriwoi Rog. Somit hatten die sowjetischen Truppen trotz der schwierigen Wetterbedingungen, der Schlamperperiode, Ende Februar die Städte Shitomir, Kirowograd, Korsun-Schewtschenko, Rowno, Luzk, Nikopol und Kriwoi Rog befreit und den Gegner, bei hohen Verlusten, 80 bis 350 km vom Dnepr nach Westen zurückgeworfen. Hitler forderte nun von den Truppen in einem System von Festungen und Stützpunkten zur Verteidigung überzugehen und ein weiteres Vordringen der Roten Armee unbedingt zu verhindern. Dies zeugte wiederum nur von dem Irrglauben an einen Sieg, obwohl es keine Chance gab, den weiteren Verlauf des Krieges zu bestimmen. In der westlichen Ukraine handelten in dieser Zeit auch die Bandera-Banditen und die Aufstandsarmee des Stellvertreters von Bandera, Schuschewytsch. Sie mordeten, verübten Attentate und arbeiteten eng mit der Wehrmacht zusammen. Am 29.2. wurde der Oberbefehlshaber der 1. Ukrainischen Front Armeegeneral Nikolai Watutin bei der Rückfahrt nach einer Inspektion bei der 60. Armee bei der Einfahrt in das Dorf Miljatin von Bandera-Banditen schwer verwundet. Er starb trotz bester ärztlicher Hilfe am 15.4. und wurde in Kiew bestattet. Den Titel „Held der UdSSR“ erhielt er erst lange nach seinem Tode, 1965. (2) Am 4. 3. begannen die Truppen der 1. Ukrainischen Front, jetzt unter dem Oberbefehl von Shukow, die Offensive in Richtung Tschernowzy und Poskurow, kreisten den Gegner im Raum Ternopol ein und vernichteten diesen. Am 17.4. waren die Truppen 80 bis 350 km tief vorgestoßen, hatten den Dnepr forciert und das Karpatenvorland erreicht. Die 2. Ukrainische Front hatte am 5.3. ihre Offensive begonnen und überschritt am 25.3. mit Vorkräften und mehreren Divisionen den südlichen Bug und den Dnepr. Sie erreichten am 25./26. 3. im Raum nordwestlich Kalineschty und Lopatnik die Staatsgrenze der UdSSR und auf einem 85 km breiten Streifen von Lopatnik bis Skuljay die Staatsgrenze zu Rumänien. Mitte April 1944 hatten die sowjetischen Truppen auf einer Breite von 400 km die Staatsgrenze der UdSSR wieder hergestellt. (3) Mit diesem Erfolg begann auch die Befreiung der Moldauischen Sozialistischen Sowjetrepublik und der nordöstlichen Gebiete Rumäniens. Die 2. Ukrainische Front forcierte Mitte März den südlichen Bug und befreite am 28.4. Nikolajew.

Am 6. April begann im Rahmen der strategischen Angriffsoperation zur Befreiung der Krim die 3. Ukrainische Front mit Unterstützung der Schwarzmeerflotte und Partisanenverbänden, mit Luftunterstützung durch die 17. Luftarmee den Angriff zur Befreiung von Odessa.

Die Angriffsoperation gegen die faschistische AGr „A“, (ab 5.4. HGr „Südukraine“) unter Befehl von Generaloberst Schörner, einem der



Denkmal zu Ehren der Marineinfanterie in Odessa

brutalsten faschistischen Generale der Wehrmacht, zielte zuerst auf den Raum Odessa. Das Ziel der Operation war es, die Stadt nicht direkt anzugreifen, sondern zuerst zu umgehen, die dortigen Ortschaften einzunehmen und so auch die Eisenbahnverbindungen der Wehrmacht zu unterbrechen. Damit war der Nachschub für die verteidigenden Armeen unterbunden. In der Nacht zum 10.4. begann, mit Unterstützung von Partisanenverbänden, durch die 8. Gardarmee, die 6. und 5. Stoßarmee der direkte Angriff auf Odessa, die am gleichen Tag in den Morgenstunden von den faschistischen Truppen befreit war. In der Schlacht um Odessa verlor die Wehrmacht die wiederaufgestellte 6. Armee und die 3. rumänische Armee, wovon 10 Divisionen vollständig vernichtet waren. Insgesamt verlor die Wehrmacht hier eine halbe Million an Personal. Damit gingen auch ein weiteres wichtiges Industriegebiet und ein noch wichtigerer Schwarzmeerhafen für die Faschisten verloren. Die Stadt erhielt auf Beschluß des Präsidiums der UdSSR den Ehrentitel „Heldstadt“ verliehen.

Im April 1944 begann die entscheidende Schlacht um die Krim. Die Krim hatte für die faschistische Führung eine besondere Bedeutung. Wer die Krim beherrschte, bestimmte über das Schwarze Meer. Das hatte außerdem große Bedeutung für die Sicherheit und den Schutz der rumänischen Erdölraffinerien und der Erdölverarbeitung sowie deren Häfen in Rumänien und Bulgarien als militärische Stützpunkte. Mit dem Besitz der Krim konnte

durch Deutschland auch ein politischer Druck auf die Türkei ausgeübt werden.

Die Krim wurde von der faschistischen deutschen 17. Armee besetzt gehalten, die von General Jaeneck befehligt wurde, einem Spezialisten für Infanterie in Odessas Befestigungsanlagen. Die 17. Armee hatte in ihrem Bestand mehr als 200.000 Mann mit etwa 5.400 Maschinengewehren, ca. 3.600 Geschützen und Granatwerfern, 200 Panzern und Sturmgeschützen sowie 150 Flugzeugen, die auf der Krim stationiert waren. Sie sollten weiterhin von Flugbasen in Bessarabien und Rumänien unterstützt werden.

Die Befreiung der Krim sollte von der 4. Ukrainischen Front, jetzt unter dem Oberbefehl von General Tolbuchin, der selbständigen Küstenarmee, Befehlshaber General Jeremenko, der Schwarzmeerflotte unter dem Befehl von Admiral Oktjaberski und der Asowflottille, unter dem Befehl von Konteradmiral Gorschow, durchgeführt werden. Durch Verbände der Fernfliegerkräfte und der Seefliegerkräfte der Seekriegsflotte sollten die Handlungen unterstützt werden. Die 4. Ukrainische Front und die Küstenarmee hatten zusammen im Bestand 470.000 Mann, 5.982 Artilleriegeschütze und Granatwerfer, 560 Panzer und SFL sowie 1.250 Flugzeuge. (4) Die Koordinierung der Land-, See- und Luftstreitkräfte lag in den Händen der Vertreter des Hauptquartiers, den Marschällen der UdSSR Woroschilow und Wassilewski, die der speziellen Handlungen der Fliegerkräfte bei General Falalejew.

Am 8.4. begannen nach einer fast dreistündigen Artillerievorbereitung und Schlägen der Fliegerkräfte der Angriff der 4. Ukrainischen Front und der selbständigen

Küstenarmee zum Durchbruch der Verteidigung des Gegners bei Perekop und Siwasch. Sie durchbrachen diese erfolgreich und befreiten die Städte Armjansk, Dshemkoi und Jewpatoria.

Am 13.4. wurde Simferopol befreit, der Hauptstützpunkt des Gegners zur Deckung der Zugänge zu den Häfen an der Südküste der Krim. Damit waren auch die feindlichen Kräfte auf der Halbinsel Kertsch an ihren Flanken und im Rücken bedroht. Da sie eine Einkreisung befürchteten, gingen ihre Truppen zurück. Am 11.4. konnte somit die Küstenarmee Kertsch befreien.

Am 5.5. begann der Sturm auf Sewastopol. Die Kämpfe um die Stadt waren hartnäckig. Mit dem Eindringen der sowjetischen Truppen von der Nordbucht wurde der Widerstand trotz Stahlbetonverteidigungsanlagen am 12.5. gebrochen und die Festung Sewastopol eingenommen. Versuche der geschlagenen Reste der Wehrmacht, mit Schiffen zu entkommen, wurden durch die Schwarzmeerflotte und durch Schläge der Fernfliegerkräfte verhindert. Der Gegner erlitt hierbei große Verluste. Mehr als 100.000 Mann, davon allein bei der Evakuierung über das Meer 40.000 Mann, über 3.000 Geschütze und über 7.000 Fahrzeuge. In die Gefangenschaft gingen 61.580 Mann. (5) Damit war die Herbst-Winter Offensive der Roten Armee, die von Oktober 1943 bis Mai 1944 dauerte, erfolgreich beendet, womit sich die militärische und politische Lage für das faschistische Deutschland wesentlich verschlechtert hatte. Mehr als 2.400.000 Mann, 23.400 Panzer und Sturmgeschütze, über 46.000 Geschütze und Granatwerfer und 15.000 Flugzeuge waren verloren. Auch die

in dieser Periode von der Westfront an die Ostfront verlegten 80 Divisionen konnten die Lage nicht verbessern, verhalfen aber den Alliierten in Italien zu deren Kriegsausritt.

Die Kampfhandlungen im 3. Kriegsjahr demonstrierten die gewachsene Überlegenheit der sowjetischen Kriegskunst, die gewachsenen Fähigkeiten zur Planung und Organisation großer, aufeinander folgender Operationen durch das Oberkommando und die sowjetischen Heerführer.

Durch eine zweite Front, die gewachsenen ökonomischen Möglichkeiten zur Produktion von Waffen und materiellen Mitteln, den hohen moralischen Geist, den Siegeswillen der Roten Armee und des gesamten Volkes war die Sowjetunion allein in der Lage, ihr Land von den Okkupanten zu befreien und den Faschismus zu schlagen. Alle Versuche, die Geschichte mit Lügen und Verdrehungen zu fälschen, können die wahren Fakten nicht beseitigen.

Das Land ehrte zu recht seine Kämpfer und Helden für diese Siege.

Generalmajor a.D. Sebald Daum
Leipzig

Literaturhinweise:

- *Der Große Vaterländische Krieg, Militärverlag der DDR 1975, 1. Halbband, Seite 390*
- *Marschal der Sowjetunion G.K. Schukow, Erinnerungen und Gedanken, Deutscher Militärverlag, Band II Seite 184/185*
- *Der Große Vaterländische Krieg, Militärverlag der DDR 1975, 1. Halbband, Seite 398 und 399*
- *Der Große Vaterländische Krieg, Militärverlag der DDR 1975, 1. Halbband, Seite 410*
- *Zur Geschichte der UdSSR und der KPdSU, Klaus Hesse Leipzig 2012, Teil 1.2, Seite 326*

China-Afrika-Gipfel bietet Westen die Stirn

Sie hat den alten westlichen Herren der Welt, die ihre globale Dominanz immer stärker wanken sehen, sicherlich nicht gefallen: die Rede, die UN-Generalsekretär António Guterres auf dem 9. Forum von China-Africa Cooperation (FOCAC) hielt, das vom 4. bis zum 6. September in Peking durchgeführt wurde. Zu dem Treffen, das seit 2000 alle drei Jahre stattfindet, waren fast alle afrikanischen Staatschefs gekommen, und die wenigen, die fehlten, ließen sich durch ihre Stellvertreter oder Ministerpräsidenten vertreten. Trotz einer gewissen Gipfelmüdigkeit, von der auf dem afrikanischen Kontinent zuweilen die Rede ist, ist die Attraktivität der Zusammenkunft mit China ungebrochen. Sie sei, lobte Guterres nun, „eine Säule“ der Süd-Süd-Kooperation, die wiederum „notwendig“ sei, um die UN-Entwicklungsziele sowie die Energiewende zu erreichen. Sie werde daher umfassend von den Vereinten Nationen unterstützt.

Im Grundsatz boomen die Wirtschaftsbeziehungen zwischen China und den Staaten Afrikas ungebrochen. Die Volksrepublik und ihre Unternehmen investieren kräftig weiter; der Handel hat im vergangenen Jahr ein Allzeithoch von 282 Milliarden US-Dollar erreicht. Es gibt aber auch Korrekturbedarf. So übersteigt Chinas Export nach Afrika (173 Milliarden US-Dollar) den

Import vom afrikanischen Kontinent (109 Milliarden US-Dollar) deutlich; und auch wenn die Volksrepublik nicht bloß Konsumgüter liefert, sondern etwa auch Maschinen zum Bau von Infrastruktur oder Fabriken: Das Handelsdefizit belastet die Staaten Afrikas. Zudem scheint die Ära voluminöser chinesischer Kredite zum Bau teurer Großanlagen, Kraftwerke etwa, vorüber. Zwar gehen lediglich 12 Prozent aller afrikanischen Außenschulden auf Kredite in China zurück; doch drückt die Schuldenlast eine Reihe afrikanischer Staaten und zugleich benötigen chinesische Banken ihre Kapazitäten zur Zeit mehr, um die heimische Wirtschaft anzukurbeln.

Auf dem FOCAC kündigte Chinas Präsident Xi Jinping zehn Schwerpunkte der chinesischen Afrika-Aktivitäten für die nächsten drei Jahre an. Einer davon sieht vor, den afrikanischen China-Export deutlich zu steigern; so senkt Peking seine Einfuhrzölle – und dies bei den 33 afrikanischen Staaten, die zu den am wenigsten entwickelten Ländern der Welt gehören, auf Null. Zudem plant China, Cluster zur industriellen Kooperation auf dem afrikanischen Kontinent zu schaffen und die digitale Infrastruktur zu stärken. Kredite sollen auch weiterhin fließen; Xi sprach von 210 Milliarden Yuan, zuzüglich 150 Milliarden Yuan als

Zuschüsse oder Privatinvestitionen. Daß Chinas Präsident die Summe in Yuan angab und nicht mehr in US-Dollar, zeigt: Peking beabsichtigt die eigene Währung auch in Afrika zu stärken. Bis zu 60 000 Bürger afrikanischer Staaten sollen berufliche Aus- und Fortbildung erhalten; 1000 Politiker sollen zwecks Stärkung der Beziehungen zu ähnlichen Maßnahmen nach China eingeladen werden. Neu ist, daß Peking auch seine militärischen Aktivitäten in Afrika aufstocken will – vor allem in Form von Trainingsprogrammen und Rüstungsexporten.

Neu war auch, daß Xi die westlichen Mächte offen anging. Zwar sei die „Modernisierung“ ein „unveräußerliches Recht aller Länder“, konstatierte er; doch habe der Westen mit seinem Ansatz dazu dem Globalen Süden „immenses Leid“ zugefügt. China und Afrika kämpften nun dafür, „das historische Unrecht des Modernisierungsprozesses zu überwinden“. Und das sei keineswegs ein aussichtsloses Unterfangen, gab Xi sich hoffnungsvoll: Eine „Welle der Modernisierung im Globalen Süden“ sei, sofern man sich Seite an Seite für sie einsetze, machbar.

Jörg Kronauer

Redaktionell gekürzt
Aus: Unsere Zeit, 13.9.24

Nigeria in Aufruhr

Der im Mai letzten Jahres gewählte Präsident Bola Tinubu wußte, was er mit der vom Weltwährungsfonds verschriebenen neoliberalen „Schocktherapie“ tut. Wie der kenianische Präsident Ruto richtet er seine Wirtschaftspolitik nach Westen aus – und baut gleichzeitig mit dem ersten afrikanischen zwischenstaatlichen Komitee die Kooperation mit China aus (Vanguard vom 24. Juni). Zum Beispiel hatte Nigeria im letzten Jahr seinen Export nach China um 22,5 % steigern können.

Auch die GTAI, die deutsche Außenhandels-Agentur, sah soziale Proteste voraus. Gegen die rapiden Preissteigerungen von mehr als 40 % bei Lebensmitteln – der Preis für Treibstoff und Strom hat sich seit Freigabe der Währung und Streichung der staatlichen Subventionen verdreifacht – begehrt eine Massenbewegung in den Städten auf, vor allem im djihadistenbedrohten Norden Kano und Borno, aber auch in anderen Bundesstaaten wie Yobe, Katsina, Jigawa unter dem Slogan #EndBadGouvernanceinNigeria“ (Schluß mit der schlechten Regierungsführung). Angesichts der horrenden Gehälter von Politikern und Managern haben sich die Antikorruptions-Wahlversprechen von Präsident Bola Tinubu in Luft aufgelöst. Auch die Erfolgsmeldung der Anti-Korruptions-Behörde EFCC im April, knapp 30 Millionen Dollar zurückerhalten zu haben, nachdem sie eine Untersuchung wegen Betrugs im für die Armutsbekämpfung zuständigen Ministerium eingeleitet hatte, konnte so wenig beruhigen wie die Entlassung der zuständigen Ministerin Betta Edu – wartet doch neben anderem der angeprangerte Mißbrauch des Covid-Fonds auf Aufklärung. Angesichts der korrupten Selbstbedienungsmoralität der politisch-ökonomischen Eliten sind die Feststellungen der nationalen Statistikbehörde Peanuts, nigerianische Beamte seien im vergangenen Jahr mit 721 Mrd. Naira (etwa 1,3 Mrd. US-\$) geschmiert worden. Der neugeschaffene Rat zur wirtschaftlichen Koordination – eingesetzt zur Beratung der Regierung – war dennoch optimistisch: „Die Wirtschaft kann innerhalb weniger Monate wieder in Schwung gebracht werden und ich denke, wir sind auf dem richtigen Weg,“ so Aliko Dangote, der reichste Mann Afrikas als Sprecher.

Akinwuma Adesina, der Präsident der BAD, hatte noch davor gewarnt, „die Grenzen für massive Lebensmittelimporte zu öffnen, nur um kurzfristig gegen steigende Lebensmittelpreise anzukämpfen ... Nigeria sollte mehr Lebensmittel produzieren, um die Preise zu stabilisieren, und gleichzeitig Arbeitsplätze schaffen und die Ausgaben für Devisen reduzieren, was zu einer weiteren Stabilisierung des Naira beitragen wird.“ Die Bank stellt dementsprechend 134 Mio. \$ zur Verfügung. Damit weiß er sich einig mit IPES, dem

International Panel of experts on sustainable food systems, die Länder nicht nur von ihrer hohen Schuldenlast zu befreien, sondern auch die Widerstandsfähigkeit lokaler Nahrungsmittelsystem zu stärken.

Die Freigabe der nigerianischen Währung auf dem Devisenmarkt, die eine massive Abwertung des „Naira“ zur Folge hatte, bewirkte eine Inflationsspirale, die vor allem die Lebenshaltungskosten gnadenlos in die Höhe trieb. (Der in den Händen von US-Unternehmen liegende Import-Großhandel rieb sich die Hände.) Die Beruhigungsspiel, das Streichen der Importsteuer für verschiedene Lebensmittel, hat die Preise nicht spürbar gedämpft. Dagegen verbilligten sich Investitionen von Multis in Erdöl und Bergbau bedeutend – die USA ist der größte ausländische Investor in



13. August: In ganz Nigeria finden Protestversammlungen gegen schlechte Regierungsarbeit statt

Nigeria in diesen Sektoren.

Wut und Zorn allenthalben, und das seit Monaten – Nigeria im Aufruhr, in Wellen. Der eintägige Generalstreik im Juni hatte das Land lahmgelegt. Der einwöchige Generalstreik im Juli für die Anhebung des Mindestlohns brachte mit etwa 40 Dollar pro Monat wenig Entlastung (weniger als ein Fünftel des Mindestlohns in Gabun). Und jetzt treibt die anhaltende Not vor allem junge Menschen „mit einer enormen Entschlossenheit“, auf die Straßen des Landes wie Saeed Husaini, Forscher am „Centre pour la democratie et le developpement“ in der Hauptstadt Abuja feststellt. Sie ignorieren halbherzige Drohungen der Regierung und Appelle muslimischer Führer. Die tödliche Gewalt der Sicherheitskräfte – dreizehn Opfer bisher – schreckte die Schüler und Studenten, die Straßenhändler und Arbeiter nicht. Die Bewegung „#EndSARS“ fordert, die auffallend brutale „Special Anti-Robbery Squad“ abzuziehen. Auch wenn die großen Oppositionsparteien wie die „Parti democratique populaire“ (PDP) und die Arbeiterpartei (Parti Travailleiste), „nur beobachten, während sie auf eine Reaktion der Regierung warten“, so Saeed Husaini. Nur die kleinen Parteien wie die linke „African Action Congress“ fordern vehement den Rücktritt: „Tinubu go“.

Die schockierenden Preiserhöhungen für Treibstoff trieb besonders die informell tätigen Straßenhändler auf die Barrikaden. In dem erdölexportierenden Land mußte Benzin und Diesel bislang gegen rare Devisen importiert werden – ein Milliardengeschäft der multinationalen Konzerne wie Texaco, Shell, BP und Total – das Aliko Dangote mit der größten Ölraffinerie Afrikas bedroht. Von Anbeginn bekämpft, aber insbesondere seit Inbetriebnahme im Januar, herrscht offener Krieg mit den internationalen Erdöl-Konzernen im Lande. Edwin Devakumar, Vizepräsident bei Dangote Industries beschuldigte sie, seine Raffinerie zu sabotieren. Die lokalen Ölmultis weigerten sich, die nur zur Hälfte ausgelastete Raffinerie zu beliefern, die staatliche Ölgesellschaft NNPC ebenso wenig – ein deutliches Indiz für deren Abhängigkeit. Infolgedessen musste sich die Raffinerie an ausländische Lieferanten (Senegal, Elfenbeinküste) wenden, was aber auch noch behindert wurde. (Die staatliche libysche Ölgesellschaft NOC sah sich zu einem formellen Dementi veranlaßt). Erst unter dem Eindruck der Protestbewegung hat nunmehr wenigstens die staatliche Ölgesellschaft ihren Ölhahn für die Raffinerie geöffnet, was monatlich 50 Mio. Dollar an Devisen für den Import ersparen wird, immerhin das Doppelte, was die Sicherung der Ölanlagen kostet.

Demgegenüber kritisiert die „Human Rights Writers Association of Nigeria“ HURIWA, die Vereinigung der Schriftsteller für Menschenrechte in Nigeria, Präsident Bola Tinubu „für die Kehrtwende und bezeichnet sie als Verrat an seinen früheren Prinzipien“, die die wirtschaftliche Unabhängigkeit Nigerias gefährde. Die Regierung gebe die Kontrolle über das Finanzsystem des Landes an externe Kräfte, was nicht nur die wirtschaftliche Autonomie gefährde, sondern Nigeria auch dem internationalen Druck ausliefere.

Nicht nur der Business-Analyst Adekunle Adekoya in der Zeitung „Vanguard“ ist der Meinung: „Der Versuch, es dem IWF und der Weltbank auf Kosten des Wohlergehens der Menschen recht zu machen, wird nicht funktionieren; Kenia ist ein Beispiel dafür.“ Dort nahm Präsident Ruto das Gesetz zurück, während Präsident Bola Tinubu versucht, mit einem Gesprächsangebot zu beruhigen. Wird ein „Nationaler Dialog“ zustandekommen? Wird Bola Tinubu eventuell die Stromsubventionierung wieder (wenigstens zum Teil) zurücknehmen? Die Afrikanische Entwicklungsbank sprang ihm letzte Woche zur Seite: Der Verwaltungsrat der BAD hat dazu einem Kredit von 500 Mio. \$ zugestimmt, die erste Phase der 10jährigen Strategie, die Infrastruktur zur Stromversorgung zu erweitern – bisher haben nur 40 % der Bevölkerung Zugang.

Georges Hallermayer

Klimawandel in Afrika

Grüner Neokolonialismus oder panafrikanisch-patriotische Entwicklung

Die Lage

Obwohl die afrikanischen Länder kaum für die globale Erwärmung verantwortlich sind, ist Afrika unproportional hoch mit den Folgen des Klimawandels belastet, stellt die UN-Weltorganisation für Meteorologie in ihrem Report „State of the Climate in Africa 2023“ fest. Das vergangene Jahr war eines der drei wärmsten Jahre in der 124-jährigen Aufzeichnung, extreme Hitzewellen beeinflussten im Juli und August Nordafrika, z.B. in Marokko mit 50,4° C. Das Meer rund um den Kontinent stieg um 3,4 mm/Jahr höher als global und damit auch die Bodenerosion an den Küsten, in Westafrika etwa zwei Meter/Jahr. Der Fonds der Weltbank von 220 Mio. Dollar für die Region bei errechnetem Bedarf von jährlich 3,8 Mrd. Dollar reicht bei weitem nicht. Die Erwärmung der Meere schädigt die Meeresfauna und die Fischbestände und damit die Ernährung der Küstenbewohner. So ist eine tausend Jahre alte Tradition in Mali, das „Sanké mon“-Treffen, das eine zum immateriellen Kulturerbe der UNESCO gehörende uralte Feier des kollektiven Fischfangs ist, bedroht. Nordafrika, aber auch viele Länder quer über den Kontinent von Nigeria bis Äthiopien, von Angola, RD Congo, Sambia bis Mozambique litten unter schwerer Trockenheit – eine Katastrophe für die Landwirtschaft. Die Getreideproduktion Nordafrikas fiel um 10 % im Fünfjahresvergleich. In Tunesien war die Getreideernte zu 80 Prozent verloren. Dem stellt sich die in China entwickelte „Hybrid-Reis-Technologie“ entgegen, die mittlerweile in 20 afrikanischen Ländern eingeführt ist.

Die Sahara drängt Hunderte von Meter jährlich nach Süden, verwüstet ganze Landstriche. Der „Green Wall“, die Wiederaufforstung verbleibt vereinzelt nationalen Initiativen, die jedoch auf Chinas erfolgreiche Erfahrungen zurückgreifen. Nationale Aufforstungskampagnen häufen sich (Äthiopien, AES, Congo). Diese Hitzewellen gingen mit verheerenden Dürren und Überschwemmungen einher und verschärften die Ernährungssicherheit. So kosteten Überschwemmungen in Kenia, Somalia und Äthiopien mehr als 350 Menschen das Leben (2,4 Mio. Flüchtlinge). Der Zyklon „Daniel“ verursachte mindestens 4700 Tote, über 8000 sind noch vermisst.

Nicht nur, daß die Wetterextreme häufiger und gewaltiger auftreten, die Jahreszeiten, die Folge von Regen- und Trockenzeit, verschieben sich. Dadurch werden die Bauern zu einer Anpassung von Saat- und Erntezeiten gezwungen. Aber auch der jahrzehntelange generationenübergreifende Friede um Weidflächen und Wanderkorridore zwischen Rinderzüchtern und Ackerbauern ist erheblich gestört, was bis zu blutigen Kämpfen ums Überleben führt.

Diese Wetterextreme zu bewältigen, kostet die afrikanischen Volkswirtschaften zwei bis fünf Prozent ihres Bruttosozialprodukts. Ohne angemessene Maßnahmen könnten bis 2030 bis zu 118 Mio. arme Menschen extremen Wetterbedingungen ausgesetzt sein, was die Bekämpfung der Armut noch schwieriger macht. Genau vor einem Jahr hatte der erste Afrika-Klima-Gipfel (ACS23) in Kenia gefordert – wie bereits auf mehreren UN-Klimagipfeln zuvor –, die Industriestaaten sollten verstärkt in den Klimafonds einzahlen, um die in der Hauptsache von ihnen verursachten Klimaschäden zu bewältigen. Dem Aufruf des kenianischen Präsidenten William Ruto folgten Zusagen in



8. September 2022: Mozambik wird von verheerenden Überschwemmungen heimgesucht

Höhe von 23 Mrd. Dollar. Was dem ZDF beachtlich erschien, ist doch nur ein Tropfen auf dem heißen Stein: Der Klimagipfel COP 27 in Ägypten stellte 2022 fest, daß nur 5,5 Prozent der globalen Klimahilfen nach Afrika flossen. 3 000 Mrd. Dollar müßten bis 2030 mobilisiert werden, die Zahl legte Josefa Correia Sacko, Kommissarin der Afrikanischen Union für „Landwirtschaft, ländliche Entwicklung, blaue Ökonomie und nachhaltige Umwelt“, als aktuellste Schätzung vor. Dies erklärte sie im Vorfeld von COP 29 in Aserbaidshjan im November auf der „12. Konferenz zum Klimawandel und Entwicklung in Afrika“ (CCDA-XII) am 30. August in Abidjan, Elfenbeinküste.

Grüner Kapitalismus ...

Man will einen Markt für Treibhausgas-Emissionen mittels eines auf Profit basierenden Systems schaffen, die CO₂-Bepreisung und den Emissionshandel mit einem „grünen“ Kapitalismus. Die Absicht, die Nutzung fossiler Brennstoffe aufzugeben, stehe allerdings im Widerspruch, diese in eine Einkommensquelle zu verwandeln, so u.a. Professor Victor Wallis aus Boston. Auch E-Autos seien ein Beispiel für grünen Kapitalismus, denn bei der Verarbeitung und Gewinnung der für den Bau erforderlichen Materialien würden fossile Brennstoffe verwendet.

Abgesehen von den technischen Problemen: Wissenschaftler werteten in 44 Ländern

1500 Instrumente gegen die Erderwärmung aus, wovon nicht einmal 10 Prozent zu einem meßbaren Erfolg geführt hätten. Dr. Hamza Hamouchene, Koordinator des Nordafrika-Programms des Transnational Institute (TNI) spricht von „fossilem Imperialismus und grünem Kolonialismus“ als Strategie nach dem gescheiterten „Krieg gegen den Terror“. Denn im Kontrast zu ökologisch bewegten Bemühungen „finanzierten seit dem Pariser Gipfel 2015 die großen multinationalen Banken ein Mehrfaches, von ‚nachhaltiger Energie‘, nämlich fossile Energieprojekte in Höhe von 6900 Mrd. Dollar“, rechnete die angolische Ökonomin und Diplomatin Josefa Sacko vor.

Als größter Investor sticht „BlackRock“ heraus, für Afrika die französische „TotalEnergies“. Dabei haben afrikanische Staaten einen unstillbaren Hunger nach Investitionen in die Stromversorgung. Allerdings sind z.B. die Projekte des US-Programms „Power Africa“ nur zu einem Bruchteil realisiert worden. Dennoch waren die USA 2022 nach der Weltbank der größte Geber von „Öffentlicher Entwicklungshilfe“ (ODA). Deutschland und die Europäische Union verfolgen in Afrika nicht nur die Absicht, Migrantenströme über Westafrika und Libyen austrocknen zu lassen, sondern auch das Ziel, sich Energiequellen für die Zukunft zu sichern. Die Europäische Investitionsbank bestätigte 2022 Afrikas außergewöhnliches Potential an grünem Wasserstoff, und „Deutschland setzt auf Wasserstoff aus Namibia“, titelte die FAZ im September. Im Januar nächsten Jahres werde mit dem Bau begonnen, um von 2029 an die Produktion von grünem Wasserstoff anzukommen, der in Namibia zu Ammoniak weiterverarbeitet und exportiert werden soll. Dabei müssen noch fast die gesamte Infrastruktur wie Straßen, ein neuer Tiefwasserhafen und eine Meerwasserentsalzungsanlage geschaffen werden – abgesehen davon, daß die Chemiefabrik mitten in einen Nationalpark gebaut werden soll. Das letzte Wort ist dazu noch nicht gesprochen ...

Doch auf die größten Proteste international stoßen Projekte, die Öl- und Gasressourcen per Pipeline außer Landes schaffen sollen. Die beiden von Nigeria ausgehenden Gas-Projekte Transsahara Gaspipeline (TSGP) und die Nigeria-Marokko-Gas-Pipeline (NMGP) haben das Planungsstadium noch nicht beendet und auch die Finanzierung noch nicht aufgebracht. Die TSGP mit 4100 km über Niger durch die Sahara nach Algerien hat die Priorität von NEPAD, der Entwicklungsorganisation der Afrikanischen Union. Allerdings hätte das Konkurrenzprojekt NMGP um den Golf von Guinea herum nach Marokko die Versorgung von 15 westafrikanischen Küstenstaaten im Auge, wäre allerdings mit 5660 km bedeutend länger und dementsprechend teurer. Doch die Kolonialpolitik Marokkos, sich die

...

Westsahara einzuverleiben – zwar von den USA anerkannt, aber vom Nachbarn Algerien heftig bekämpft – steht außerdem hemmend im Weg.

Die geplante 1443 km lange East African Crude Oil Pipeline (EACOP) soll nach ihrer voraussichtlichen Fertigstellung im Jahr 2025 die längste beheizte Ölpipeline der Welt werden und Rohöl von Hoima im Westen Ugandas zur Hafenstadt Tanga in Tansania transportieren. Im Lake-Albert-Becken an der Grenze zwischen Uganda und der Demokratischen Republik Kongo wurden rund 1,7 Milliarden Barrel Öl entdeckt, das aus den Kingfisher- und Tilenga-Feldern gefördert wird, die von der französischen TotalEnergies und China National Offshore Oil Corporation betrieben werden. Das geförderte Öl wird in Uganda für den lokalen Verbrauch raffiniert und über die EACOP auf den internationalen Markt exportiert.

Ein Klima-Aktivisten-Team ging für den Ta-gesspiegel der Frage nach, was die EACOP für die nationale Wirtschaft und die Bevölkerung in Uganda bringe. Ihre Prognose fiel sehr skeptisch aus, den Hauptnutzen würden Total und chinesische Unternehmen haben. Die lokalen Einwohner sind die ersten Opfer, deren Vertreibung die NGO „Climate Rights International“ anprangert. Die NGO „Helvetas“ sieht den Westen in der Verantwortung. Die Umweltverschmutzung bedroht nicht nur den Albertsee, in den kontaminiertes Wasser

abgelassen wurde, sondern auch die Gesundheit der umliegenden Gemeinden. Mit den Anschuldigungen konfrontiert, versuchte Total die Kritiker zu beruhigen. Es will die Umsiedlungs- und Entschädigungsprogramme evaluieren lassen. Doch diese Versuche scheinen nicht auszureichen, um die Spannungen abzubauen. In Frankreich wurden von Initiativen Gerichtsverfahren eingeleitet, um eine Wiedergutmachung für die von der ugandischen Bevölkerung erlittenen Schäden zu erreichen. Gegen die beteiligten multinationalen Unternehmen wurde außerdem eine Klage wegen „Climaticide“ (Klima-Mord) eingereicht.

... oder partnerschaftliche Entwicklung?

50 Mrd. über drei Jahre hat der chinesische Präsident Xi Jinping am 4. September zur Eröffnung des alle drei Jahre stattfindenden Forums der chinesisches-afrikanischen Zusammenarbeit FOCAC zugesagt. Investitionen in Industrieprojekte, technologische Entwicklung und die „grüne Transformation“ stehen im Fokus. Zwischenbilanz der Energiekooperation: 120 Mio. Kilowatt installierter grüner Energie und 66 000 Kilometer Starkstromleitung. Neben Leuchtturm-Projekten wie die „Sosian Geothermal Power Plant“ in Kenia, der „NOOR Solar Complex“ in Marokko und Angolas „Three Gorge Project of Africa“, die „Caculo Cabaca Hydropower Station“ sind die zig-Tausende von „boda-bodas“ auf dem Kontinent, elektrisch

betriebene dreirädrige Moped-Taxis, Beispiele für die grüne Kooperation Chinas mit Afrika. Im Unterschied zu westlichen Projekten liegt die Planungshoheit bei afrikanischen Partnern und die Finanzierung ist nicht an politische Bedingungen gekoppelt. So hat zum Beispiel Äthiopien in der Stadt Debre Berhan (Amhara Region) eine E-Auto Montagefabrik mit chinesischen Komponenten in Betrieb genommen, nachdem vor einem Jahr der Import von nicht-elektrischen Autos verboten worden war, meldete Foreign Policy.

Eine weitere Tendenz wird deutlich und sucht Investoren: Die Kernenergie gilt international als grüne Quelle. Das bislang einzige AKW läuft in Südafrika. In Ägypten wird seit 2022 gebaut, in Ostafrika soll Kenia 2027 und Uganda ans Netz gehen, in Westafrika sind in Burkina Faso, Mali und Ghana Planungen angesetzt.

Es ist kein Wunder, wenn 82 % der jungen Afrikaner den Einfluß Chinas für positiv halten, nach einer gerade herausgekommenen Umfrage der südafrikanischen Ichikowitz-Familien-Stiftung in 16 Ländern, wobei 8 % meinten, ihre Regierung müsse mehr tun, grüne Energiequellen zu erschließen. Als Faktoren, die hinderten, die Klimaziele zu erreichen, nannten 21 % die Inaktivität westlicher Regierungen und 21 % das Lobbying der Öl- und Gasindustrie.

Georges Hallermayer
10.9.2024

Weshalb wählt ein 83-jähriger, in Wien lebender Tiroler die „Liste Gaza“?

„Zu Mantua in Banden der treue Hofer war, in Mantua zum Tode führt ihn der Feinde Schar. Es blutete der Brüder Herz, ganz Deutschland, ach, in Schmach und Schmerz, mit ihm das Land Tirol, – mit ihm das Land Tirol, – mit ihm das Land Tirol, – mit ihm das Land Tirol.“ In der vom „Deutschen Reich“ besetzten Hauptstadt des „Heiligen Landes Tirol“ 1941 geboren und römisch-katholisch getauft, erinnert sich der Autor, daß ihm in der nach dem Feldprediger Joachim Haspinger benannten Buben-Volksschule dieses Lied von der Lehrerin im gleichen Rang wie vom Katecheten aus dem Stift Wilten die „Zehn Gebote“ als Ergebnis der Vertreibung der Menschen aus dem „Paradies“ eingeübt wurde. An der Ecke Haspingerstraße zu der nach dem Kriegshelden Josef Speckbacher benannten Straße wuchs der Autor in einer bombengeschädigten Erdgeschoßwohnung mit darunterliegendem, während der Bombenangriffe als Luftschutzkeller benützten Kohlenkeller auf. Seit 1945 war das „Heilige Land Tirol“ nicht mehr „großdeutsch“. Es war, von den gegen die deutschen Faschisten siegreich kämpfenden Alliierten befreit, wieder ein föderales Land der Republik Österreich geworden. Im Zwielfelt des Alters werden Kindheitserinnerungen öfters präsent, zumal wenn sie sich mit der Gegenwart von Kindern in unserer Welt konfrontieren. Weshalb hat es „Bombenkinder“

gegeben und weshalb gibt es solche auch heute noch? Das Fundament für Kriege um Annexionen, für Unterdrückung und Völkermord ist



im Jetzt nicht anders als vor 1945, weil die dafür verantwortlichen imperialistischen Herrschaftsstrukturen sich nicht geändert haben. Denken wir zum Beispiel nur an den von den USA-Imperialisten durch ihr Militär exekutierten Völkermord mit Napalm in Vietnam. Ein Unterschied zu den von den deutschen Faschisten in Charkow 1942/43 erstmals ausprobierten „Gaswagen“ zur Tötung friedlicher Sowjetfrauen mit ihren Kindern mittels Gas ist aus Sicht der Opfer nicht erkennbar. Oder denken wir, wie mit

unseren zivilisatorischen Werten zugesehen wird, wie im Mittelmeer Hunderte von flüchtenden Frauen und Kinder mit ihren Träumen auf ein menschliches Leben ertränkt werden. Unsere wahlwerbenden Parteien lassen mit ihrer korruptierten Journaille und mit ihren intellektuellen Kommis, die sich mit Berufung auf die Stilistik unserer Republikverfassung sammeln, bewußt wegschauen, weil die reichen Systemeliten in Österreich und Europa das für die Erweiterung und Sicherung ihres Profits eben wünschen und daraus Nutzen ziehen. Es gibt bei den anstehenden Parlamentswahlen nicht wirklich eine Wahl zwischen „rechts“ oder „links“. Das sind austauschbare Etiketten. Die Gelegenheit dieser Wahl nimmt aber eine „Liste Gaza“ zum Anlaß, um das Volk in Österreich auf den von unseren Parlamentsparteien totgeschwiegenen, wenn schon nicht wie von AfD, Ampelparteien und CDU/CSU unterstützten Völkermord der israelischen Militärs (vgl. Oskar Lafontaine auf NachDenken-Seiten vom 13.8.2024) gegen das palästinensische Volk aufmerksam zu machen. Dessen Hintergrund ist nackter Rassismus und Kolonialismus. Deshalb wähle ich die „Liste Gaza“.

Prof. Dr. Oberkofler

Quelle: Zeitung der Arbeit, Wien, 12.9.24
Unser Autor ist Universitätsprofessor i. R. für Geschichte an der Universität Innsbruck.

Regierungssturz und Farbrevolution in Südasiens

In den letzten beiden Jahren haben die USA in zwei geostrategisch wichtigen Ländern, Pakistan und Bangladesch, einen Regierungssturz orchestriert. Pakistan und Bangladesch sind beide Nachbarländer von Indien, eins links, eins rechts davon. Die Fäden im Hintergrund zog der ehemalige Botschafter der USA in Kirgisistan, Donald Lu, den Biden 2021 zum Stellvertretenden Staatssekretär für süd- und zentralasiatische Angelegenheiten ernannt hatte. Sowohl Lu als auch seine Brötchengeber bestreiten zwar, etwas damit zu tun zu haben, aber wer genauer hinschaut, findet erdrückende Beweise. Dafür sprechen u.a. die Recherchen von Ben Norton und Jeffrey Sachs, nachzuverfolgen unter https://www.youtube.com/watch?v=irlrT3zvsqQ&t=36s&ab_channel=GeopoliticalEconomyReport, https://www.youtube.com/watch?v=WBdjGFVAKiY&ab_channel=International und https://www.youtube.com/watch?v=g7Rx1cxMkpc&ab_channel=acTVismMunich

Unruhestifter USA

Die Amis haben weltweit bereits mehr Putsch angezettelt als New York Einwohner hat. Der Putsch in Bangladesch war kein alleinstehendes Ereignis. Er ist Teil der Strategie der USA zur „Eindämmung Chinas“, sprich zur Vorbereitung eines Krieges gegen das Land. Einen Krieg gegen China können die USA ohne Verbündete in der Region nicht gewinnen, schon gar nicht, wenn die Länder der Region sich hinter China stellen. Die USA versuchen deshalb, die Regierungen der Region auf ihre Seite zu ziehen, durch Anschmeicheln, durch Drohungen und Sanktionen oder durch den Sturz „unbelehrbarer“ Machthaber. Zudem unterzeichnen sie militärische Beistandspakte mit reaktionären pro-amerikanischen Regierungen wie Japan, Südkorea, Taiwan und kürzlich auch den Philippinen, um im Falle eines Konfliktes dieser Länder mit China einen Vorwand zu haben, selber einzugreifen. Damit diese auch möglichst eskalieren und sie dann von den Vertragspartnern „zu Hilfe“ gerufen werden, gießen sie ständig Öl ins asiatische Feuer.

Bangladesch

Der derzeitige Regierungschef in Bangladesch, Yunus, wurde von den Amerikanern aufgebaut. Er ist Bangladescher, ein neoliberaler Wirtschaftswissenschaftler, weltbekannt und ein Erzfeind der gestürzten Premierministerin Hasina. Yunus kehrte nach Bangladesch zurück, um „demokratische Reformen zu steuern und die Stabilität im Land wiederherzustellen“, aber er hat nicht die Fähigkeiten, aus Bangladesch wieder das florierende Land zu machen, das es im Vergleich zu seinen Nachbarländern einmal war. Yunus ist überwiegend der Mann der USA in Bangladesch, sonst nichts. Die Amis fördern seit 30 Jahren Yunus' Grameen Bank, die Milliarden Dollar als Darlehen ohne Sicherheiten (zu einem

Zinssatz um die 20 %) an Menschen in Not in Entwicklungsländern vergab und gleichzeitig ein riesiges Einflußnetzwerk in Bangladesch aufbaute.

Nach Hasinas Flucht wurde innerhalb von zwei Tagen eine Übergangsregierung gebildet. Yunus, der neue Regierungschef, flog sofort von Paris zurück nach Dhaka, die neue, nicht gewählte, Regierung wurde noch am Tag ihrer Bildung von den USA anerkannt. Das kann nur so schnell gehen, wenn bereits vorher alles abgemacht war. Die USA werden nun das neue Regime auf Biegen und Brechen an der Macht halten. Wie in Islamabad seit 2022. Was gerade in Bangladesch passiert ist, ähnelt dem „EuroMaidan“, wo berechtigter Unmut zu einer landesweiten Protestbewegung führte,



2. August, Dacca: Vier Tage vor der Auflösung des Parlaments

die dann von politischen Opportunisten, Radikalen und externen Kräften vereinnahmt wurde, um einen Regimewechsel im Interesse des Westens herbeizuführen.

Die AL-Regierung unter Hasina in Bangladesch war zweifellos eine autoritäre und korrupte Regierung, und es gab viel an ihrer Regierungsführung zu kritisieren. Aber das war nicht der Grund für ihren Sturz. Wie Imran Khan in Pakistan verfolgte auch Sheik Hasina eine neutrale Außenpolitik und pflegte Beziehungen sowohl zu den USA als auch zu Rußland und China. Die beiden Regierungen in Pakistan und Bangladesch weigerten sich, zur Marionette der USA zu werden. Damit wurden sie für die USA zum geopolitischen Hindernis für ihre Anti-China-Strategie. Deshalb hat man die „unfreundliche“ AL-Regierung durch eine „freundliche“ Regierung mit Yunus und seinen Kumpanen ersetzt. Am 17. Mai besuchte der oben genannte Donald Lu Bangladesch und führte nicht nur Gespräche mit der Regierung, sondern auch mit Vertretern der Zivilgesellschaft und mit NGO's, die Hauptakteure bei allen Farbrevolutionen also, die auch die Protestdemonstrationen gegen Hasina anführten.

Nun werden die USA ihre Militärstützpunkte, die für ihre Indopazifikstrategie zur Eindämmung Chinas wichtig wären und die Hasina ihnen verweigert hatte, wohl bekommen. Yunus wird mit Sicherheit auch die Militärabkommen mit den USA unterzeichnen, auf die diese seit zwei Jahren drängen. Daß die neue Regierung

den Lebensstandard der kleinen Leute nicht verbessern wird, spielt keine Rolle. Die alten Eliten werden an der Macht festhalten und die Exportgeschäfte zu Dumpingpreisen mit Hungerlöhnen in der Bekleidungsindustrie werden bleiben. Yunus hat eine umfassende Säuberung der wichtigsten Institutionen eingeleitet und einen ehemaligen IWF-Ökonomen zum Gouverneur der Zentralbank ernannt. Ändern wird sich nur die Außenpolitik.

Pakistan

In Pakistan konnte die Maidan-Strategie nicht funktionieren, die große Mehrheit der Bevölkerung stand und steht immer noch hinter Imran Khan. Die Vorgehensweise mußte geändert werden. Da das Militär und die Eliten des Landes des Premierministers Khan überdrüssig und größtenteils pro-amerikanisch waren, wurde im März 2022 kurzerhand der pakistanische Botschafter in den USA einbestellt, um ihm den Unmut der USA über Khan mitzuteilen. Sollte Khan weiterhin im Amt bleiben, hätte das schwerwiegende Folgen für die Beziehungen zwischen beiden Ländern. Wenn sie ihn aber entfernten, würde „alles vergessen“ sein. Donald Lu empfahl ein Mißtrauensvotum im Parlament.

In der Oktober-Ausgabe 2023 des RF hatten wir bereits darauf hingewiesen, daß es die USA waren, die die Beseitigung von Premierminister Khan gefordert und in die Wege geleitet hatten. Im Gegensatz zu Bangladesch liegen hier konkrete

schriftliche Beweise in Form einer Depesche des Pakistanischen Botschafters in den USA vor, die der Intercept veröffentlichte: <https://theintercept.com/2023/08/09/imran-khan-pakistan-cypher-ukraine-russia/>.

Seit dem Sturz von Imran Khan im April 2022 ist in Pakistan das Militär wieder an der Macht, wenn auch über die zivile Scheinregierung von Shebaz Sharif als Feigenblatt. Auch Khan hatte sich geweigert, den Forderungen Washingtons zu gehorchen und gute Beziehungen sowohl zu Rußland als auch zu China gepflegt. Deshalb wurde er gestürzt. Pakistan ist nach wie vor pleite, von Krediten des IWF abhängig und muß seine Politik nach dessen Vorgaben ausrichten. Um IWF-Kredite zu bekommen, braucht es die Fürsprache der USA, die im IWF das Sagen haben. Als Gegenleistung für IWF-Kredite hat übrigens auch Pakistan Waffen an die Ukraine geliefert. Zehntausende von PTI-Anhängern haben am 8. September für die Freilassung von Imran Khan demonstriert, der bereits seit über einem Jahr wegen lächerlichen Anschuldigungen im Gefängnis sitzt. Zahlreiche Menschen wurden verhaftet. Die Regierung ist entschlossen, in Absprache mit ihrem amerikanischen Herrn und Meister, Khan und die PTI weiterhin von der Macht fernzuhalten. Auch in Pakistan hat China bedeutende Investitionen getätigt und Kredite an das Land vergeben. Die Beziehungen Pakistans zu den USA hatten sich nach 2007 wegen der Politik der USA im Nachbarland Afghanistan

verschlechtert und Pakistan wandte sich China zu. 2013 wurde der Vertrag über den Chinesisch-Pakistanischen Wirtschaftskorridor (CPEC) geschlossen. Neben vielen anderen Infrastrukturprojekten hat China in Gwadar einen Tiefseehafen sowie den Karakorum Highway gebaut, der auf teils abenteuerlichen Straßen durch den Himalaya, von Kashgar in der chinesischen Provinz Xinjiang zu den Häfen von Gwadar und Karachi am arabischen Meer führt. Gwadar könnte ein blühender Hafen sein, läge er nicht in der Unruheprovinz Belutschistan. Die Bevölkerung dort, eine der ärmsten der Welt, hat nichts von den großen Projekten in ihrer Provinz, und die Regierung in Islamabad unterdrückt brutal alle Proteste. Regelmäßig lassen die Sicherheitskräfte dort Menschen spurlos „verschwinden“, und terroristische Organisationen verüben Anschläge gegen die chinesischen Projekte und die chinesischen Arbeiter, die dort arbeiten.

Seit Imran Khan beseitigt wurde, interessieren sich die USA wieder verstärkt für den von China finanzierten Hafen von Gwadar und vorgeblich auch für die Not der Menschen in Belutschistan. Im Februar letzten Jahres besuchte ein Berater des US-Außenministeriums Pakistan und kündigte ein Hilfspaket in Höhe von 30 Millionen Dollar an. Danach kam Samantha Power, die Leiterin der Behörde für internationale Entwicklung (USAID), und im September 2023 besuchte der US-Botschafter Belutschistan. Die USA leisten in Belutschistan Entwicklungshilfe auf amerikanisch. USAID betreibt nämlich nicht nur Entwicklungshilfe, sondern auch Spionage und politische Einflußnahme. Bei USAID gib es Entwicklungshilfe niemals gratis, sondern nur dann, wenn sie im Interesse der US-Außenpolitik steht. Leiterin von USAID ist ausgerechnet die unselige Samantha Power. Sie qualifizierte sich für diesen Posten nicht wegen ihrer Hilfsbereitschaft für notleidende Menschen, sondern wegen ihrer reaktionären

Gesinnung und ihrer Skrupellosigkeit, wenn es um die Vorherrschaft der USA geht.

Indien

Der Regierungssturz in Bangladesch ist auch ein Rückschlag für Indien, was ganz im Sinne Washingtons sein dürfte, das sauer darüber ist, daß Indien sich ihnen nicht als Vasall unterwirft. Bangladesch grenzt an die sieben nordöstlichen Bundesstaaten Indiens, die durch den Siliguri-Korridor, der an seiner schmalsten Stelle nur 15 km breit ist, mit dem „Festland“ verbunden sind. Am Siligurikorridor grenzt Indien an China, Nepal, Bhutan und Bangladesch. Im Grenzstreit zwischen Indien und China kam es bereits zu Auseinandersetzungen in dieser Region, in dessen Nähe das bekannte Teeanbaugelände von Darjeeling liegt. Sollte der Siligurikorridor gesperrt werden, so wären sieben Provinzen vom Rest Indiens abgeschnitten. Indien befürchtet zudem, daß Bangladesch unter einer rechten BNP-Regierung, die an den USA orientieren, wieder zu einem unfreundlichen Land wird und terroristische Gruppen in Nordostindien unterstützt. Die BNP, die höchstwahrscheinlich nach Neuwahlen die nächste Regierung bilden wird, steht der extremistischen islamischen Bewegung Jamaat-al-Islami nahe, die in Pakistan und Bagladesch, aber auch in Indien aktiv ist, und der Verbindungen zu anderen terroristischen islamischen Organisationen nachgesagt werden. Die Jamaat-al-Islami unterstützte auch aktiv die neuesten gewalttätigen Proteste gegen Hasina. Da Indien Hasinas Regierung bis zuletzt zur Seite stand, ist in der Bevölkerung von Bangladesch eine starke anti-indische Stimmung aufgekommen. Die Beziehungen zu Indien sind wegen Dhakas Auslieferungsantrag für Hasina, die nach Indien geflohen ist, zusätzlich angespannt. Indien wird dem Antrag kaum nachkommen. Hasinas Leute in

Bangladesch verstecken sich derweil aus Angst oder fliehen ins Ausland.

Myanmar

Die St. Martininsel, welche die USA unter ihre Kontrolle bringen wollen, um dort eine Militärbasis zu errichten, liegt nur wenige Kilometer vor der Küste von Myanmar und etwa 180 km nördlich von Kyaukpyu, einem Zentralpunkt des Chinesisch-Myanmarischen Wirtschaftsprojektes (CMEC). Dort beginnen die Öl- und Gaspipelines, die in die chinesische Provinz Kunming führen. Das Gas stammt aus den Gasfeldern von Shwe vor der Küste von Myanmar, während das Erdöl meist aus dem Nahen Osten kommt, mit Tankern nach Kyaukpyu angeliefert und dort in die Pipelines eingespeist wird. In Kyaukpyu sollen auch ein Tiefseehafen und eine Sonderwirtschaftszone entstehen. Wegen des Putsches in Myanmar und dem Bürgerkrieg ist das Projekt aber in Verzug geraten. Von St. Martin aus könnten die USA den Golf von Bengalen und die Straße von Malakka überwachen, durch die drei Viertel der Öl- und Gaslieferungen an China gehen. Der enge Schiffsweg könnte im Kriegsfall leicht gesperrt werden, die größte Sorge Chinas, das sich deshalb um alternative Transportwege bemüht.

Die beiden Regierungsumstürze sind eine Gefahr für die Stabilität in der Region und für den Weltfrieden. Unruhestifter sind einmal mehr die USA. Verdeckte Operationen zum Sturz einer fremden Regierung sind natürlich rechtswidrig, weshalb Jeffrey Sachs eine Untersuchung der schwerwiegenden Beschuldigungen gegen die USA von Imran Khan und Sheik Hasina durch die UN fordert. Da die USA wahrscheinlich ein Veto dagegen im Sicherheitsrat einlegen würden, müßte die UN-Generalsversammlung mit der Untersuchung befaßt werden. Es sei ein Wunschdenken, so Sachs, daß die USA sich an das Völkerrecht halten werden.

KLJ, 11.9.2024

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats Oktober!

Zum 98. Geburtstag

Eberhard Georgi (Strausberg) am 29. Oktober

Zum 96. Geburtstag

Ursula Söder (Panketal) am 15. Oktober

Zum 94. Geburtstag

Dr. Werner Haltinner (Berlin) am 3. Oktober

Zum 93. Geburtstag

Charlotte Gehrman (Frankfurt/Oder) am 31. Oktober

Zum 92. Geburtstag

Heinz Behrendt (Plauen) am 12. Oktober
Brunhilde Bauer (Berlin) am 30. Oktober

Zum 91. Geburtstag

Willi Vinzing (Malchin) am 14. Oktober

Zum 90. Geburtstag

Dieter Kartmann (Strausberg) am 23. Oktober
Gerhard Hentze (Berlin) am 31. Oktober

Zum 85. Geburtstag

Klaus Eichler (Berlin) am 11. Oktober
Eberhard Pätzold (Berlin) am 12. Oktober
Siegfried Michaelis (Wismar) am 17. Oktober
Henry Schönherr (Torgau) am 23. Oktober
Heinz Borchert (Prora) am 24. Oktober
Wolfgang Schmidt (Berlin) am 24. Oktober

Zum 80. Geburtstag

Marianne Hoffmann (Réunion) am 9. Oktober
Ingrid Lämmrich (Dessau-Roßlau) am 27. Oktober

Zum 70. Geburtstag

Burkhard Knoll (Eberswalde) am 5. Oktober
Mario Häsler (Frankfurt/Oder) am 13. Oktober

Zum 65. Geburtstag

Raimund Krieger (Delitzsch) am 18. Oktober

**WIE IMMER GILT UNSERE GRATULATION AUCH ALLEN
ANDEREN GEBURTSTAGSKINDERN DES MONATS.**



**„RotFuchs“ abonnieren
einfach gemacht**

**Für den Bezug des RF
als Printausgabe
genügt ein Anruf bei**

**Rainer Behr: 030-98 38 98 30
Wolfgang Dockhorn: 030-241 26 73**

**oder die formlose Bestellung
per E-Mail:**

vertrieb@rotfuchs.net

Zog die politische Elite Lehren aus dem Afghanistandesaster?

Der Carola Hartmann Miles-Verlag hat sich u.a. auf die Veröffentlichung von Büchern von Bundeswehroffizieren, die „Deutschland am Hindukusch verteidigen“ sollten, spezialisiert. Das kritischste unter ihnen war bisher das Buch von Oberst Rainer Buske: „Kunduz“. Anstatt ihn zum General zu befördern, entschied man sich für Oberst Georg Klein, der am 14.9.2009 durch Bombardierung der von den Taliban entführten Tanklastler, die am Kunduz-Flußbett stecken geblieben waren, über 142 Zivilisten, darunter auch Kinder, zerfetzen ließ. Diese wollten lediglich aus den Tanklastern Benzin abzapfen. Jetzt wurde ein weiteres themenbezogenes Buch herausgegeben. General Kurt Helmut Schiebold berichtet in „99 Tage in Afghanistan“ über die tägliche Arbeit eines Offiziers, was eigentlich nur für Soldaten vielleicht von Interesse sein könnte.¹ Es ist aber der Aspekt erwähnenswert, daß sein erster Gesprächspartner der selbsternannte General Mohammad Daud war, den er bis zuletzt nicht mehr losgeworden ist. Daud war ein Warlord, der von dem Warlord, Kriegsverbrecher und Verteidigungsminister Mohammad Qasim Fahim zum General ernannt worden war. Daud sollte als Polizeichef für drei Provinzen im Norden u.a. Drogen bekämpfen. In der Tat war seine ganze Familie ins Drogengeschäft verwickelt, wie Senator Mohammad Kabir Marzban im afghanischen Oberhaus enthüllte. Dies dürfte General Schiebold nicht unbekannt gewesen sein. Zu den Neuerscheinungen gehört auch das Buch von Oberst André Uzulis „Der vergebliche

Krieg – 20 Jahre Bundeswehr in Afghanistan“.² Da Uzulis Historiker und Journalist ist, hat er minutiös den Verlauf des 20jährigen NATO- und Bundeswehreinsetzes nachgezeichnet. Infolge der Verkündung der „uneingeschränkten Solidarität“ seitens Bundeskanzler Gerhard Schröder, sollten Bundeswehrsoldaten nach Afghanistan entsandt werden, obwohl „die US-Regierung kein Interesse daran“ hatte. Aber „Schröder war willens und bereit“ nach dem ersten deutschen Kriegseinsatz seit 1945 gegen Serbien, auch am Hindukusch in den Krieg zu ziehen. „Afghanistan (bot) die Chance“ international Flagge zu zeigen. „Es war nicht so, daß Deutschland in Afghanistan lediglich uneigennützig und humanitäre Ziele verfolgte.“ Die afghanische Bevölkerung lehnte die NATO-Interventen ab, weil die USA „wieder die alten Warlords in Amt und Würden brachten“, die seit 1992 Kabul in Schutt und Asche bombardiert hatten und diese keinerlei Interesse hatten, einen funktionsfähigen Staat aufzubauen. Der korrupte Hamid Karzai wurde durch gefälschte Wahlen an die Spitze des Staates gehievt. In dieser Atmosphäre „Vertrauen aufzubauen (war) unmöglich“. Darüberhinaus hat „es zu keinem Zeitpunkt eine zentrale Führung des Afghanistan-Engagements“ gegeben. Die US-NATO-Armee bewegte sich am Hindukusch so wie ein orientierungsloser Hühnerhaufen. Das primäre Ziel der USA war, so viele Taliban wie möglich zu töten. Der selbsternannte Afghanistan-Experte und frühere

Bundestagabgeordnete der Grünen, Winfried Nachtwei, behauptete, daß die kriegführenden westlichen Mächte „zentrale strategische Ziele“ verfehlt haben. Er hat aber von der US-NATO-Strategie am Hindukusch soviel Ahnung wie ein Blinder von der Farbe. Ein Strategiepapier der USA hat er offenbar nie gelesen.

Afghanistan wurde zum Testgelände für neue Waffengattungen der NATO und der Bundeswehr. Zum Beispiel wurde die Innentemperatur des 38 Tonnen schweren Schützenpanzers *Marder*, die auf 80 Grad Celsius angestiegen war, an das afghanische Klima angepaßt.

Bis Juli 2007 hatte die „Internationale Gemeinschaft“ bereits 11 Milliarden US-Dollar in den Wiederaufbau am Hindukusch investiert. Deshalb waren die mit den Warlords engstens verbündeten Nichtregierungsorganisationen wie Pilze aus dem Boden geschossen.

Der Aufbau der afghanischen National Armee (ANA) ähnelte den „Potemkinschen Dörfern“. Die Militärführung gab die Zahl der Soldaten höher an, um deren Sold in die eigene Tasche zu stecken. Bis 2019 sollten es 352 000 Soldaten gegeben haben, tatsächlich waren es jedoch nur 272 000.

Am 31. Dezember 2014 endete der Einsatz von International Security Assistance Force (ISAF). Bis dahin hatten 3300 Bundeswehrangehörige und 130 000 Soldaten aus 48 NATO-Staaten am Hindukusch Krieg geführt. Dieser ging aber unter einem anderen Namen unter formaler afghanischer Führung und Verantwortung noch sechs Jahre weiter und endete „in einer einzigartigen Schmach“, so André Uzulis. Das hindert die westlichen Mächte nicht, andere Länder bis heute mit Krieg zu überziehen.

Dr. Matin Baraki

1 Schiebold, Kurt Helmut: 99 Tage in Afghanistan, Carola Hartmann Miles-Verlag Berlin, 2022, 152 S.

2 Uzulis, André: Der vergebliche Krieg – 20 Jahre Bundeswehr in Afghanistan – Geschichte und Bilanz, Carola Hartmann Miles-Verlag Berlin, 2024, 180 S.

Berlin und die Menschenrechte

Mit dem Beginn von Abschiebungen nach Afghanistan bricht die Bundesregierung zentrale Menschenrechtskonventionen und reißt die von ihr selbstgefällig proklamierte „Werteordnung“ ein. Diesen Vorwurf beinhalten Stellungnahmen von Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen zur Abschiebung von 28 Afghanen am 30.8. Die Bundesregierung hatte den Schritt, der offenbar schon seit Monaten geplant war, mit dem Terroranschlag von Solingen legitimiert und hervorgehoben, man habe nur Personen nach Kabul zwangsverbracht, die wegen Straftaten verurteilt worden seien. Die Europäische Menschenrechtskonvention und andere auch von der Bundesregierung offiziell anerkannte Rechtsdokumente stufen Menschenrechte als etwas Universelles ein, das allen Menschen zusteht – auch Straftätern. Der Leiter des Jesuiten-Flüchtlingsdienstes in Deutschland warnt, das Vorgehen Berlins sei „mit unserer Werteordnung nicht vereinbar“. Mittlerweile werden Forderungen laut, in Zukunft auch Menschen aus Afghanistan

sowie aus Syrien abzuschieben, die sich keines Vergehens schuldig gemacht haben. Bereits die von Berlin forcierte Abschottungspolitik an den EU-Außengrenzen umfaßt seit Jahren auch völkerrechtswidrige pushbacks – zuweilen mit Todesfolge – sowie das Aussetzen von Menschen in der Wüste, von denen ebenfalls eine hohe Anzahl ums Leben kommt. Mit der Brutalisierung der Flüchtlingsabwehr geht ein Abbau von Menschen- und Bürgerrechten im Inland einher. So konstatierte Amnesty International kürzlich, immer wieder würden in der Bundesrepublik auch friedliche Demonstranten „stigmatisiert, kriminalisiert und angegriffen“; es gebe zahlreiche Fälle schwerer Polizeigewalt, und wer zivilen Ungehorsam leiste, müsse damit rechnen, als „Terrorist“ oder „ausländischer Agent“ diffamiert zu werden. Zudem lege das Vorgehen der deutschen Behörden einen „institutionalisierten Rassismus“ offen, der vor allem „auf Araber und auf Muslime zielt“.

Auszug aus: german-foreign-policy.com, 2.9.24

XI. Gesamtmitgliederversammlung

**am Sonnabend,
dem 19. Oktober 2024,
um 10 Uhr**

Ort: Münzenberg-Saal des Bürogebäudes Franz-Mehring-Platz 1 (ND-Gebäude), 10243 Berlin-Friedrichshain

Der kubanische Gigant

Als erster Athlet gewann der Schwergewichtsringer Mijaín López Núñez fünfmal in Folge Gold bei den Olympischen Spielen in Paris.

Von *ARD* und *ZDF* nahezu ignoriert, wurde in Paris Sportgeschichte geschrieben: Im olympischen Finale im Schwergewicht schlug der kubanische Ringer Mijaín López Núñez den Chilenen Yasmani Acosta Fernández nach Punkten mit 6:0. López blieb damit seit Beijing 2008 16 Jahre lang bei Olympischen Spielen ungeschlagen und hat nunmehr fünf Olympiasiege in Folge in der 120-bis 130-Kilogramm-Klasse im griechisch-römischen Stil gewonnen. Noch nie zuvor war es einem männlichen Ringer gelungen, fünf olympische Titel zu erobern. Noch beeindruckender ist jedoch ein weiterer Rekord, den der Kubaner nun hält: Er ist auch der einzige Athlet, der bei Olympia fünf Goldmedaillen in Folge in derselben Einzeldisziplin gewann. Der mit 1,95 Metern imposante López wurde am 20. August 1982 in Herradura in der Provinz Pinar Del Río an der Westspitze Kubas

geboren. Wegen seiner hünenhaften Gestalt wird er auch als „Riese von Herradura“ bezeichnet. López gewann seinen ersten großen Titel bei den Panamerikanischen Spielen 2003 in Santo Domingo. Seither hat er diesen Titel dreimal verteidigt, 2007, 2011 und 2015. Zudem wurde er 2005, 2007, 2009, 2010 und 2014 Weltmeister im griechisch-römischen Stil im Schwergewicht. Er war bei den letzten vier olympischen Eröffnungszeremonien jeweils der Fahnenträger seines Landes. López setzte seinen beeindruckenden Siegeszug bei den verschobenen Olympischen Spielen in Tokio im Jahr 2021 fort und gewann im selben Monat, in dem er 39 Jahre alt wurde, sein viertes olympisches Gold. Nach dem Sieg sagte er: „Ich muß unserem Comandante (Fidel Castro, S. B.) und der kubanischen Revolution für dieses Ergebnis danken.“ Kuba ist das erfolgreichste lateinamerikanische Land bei den Olympischen Spielen: 244 Medaillen, darunter 86 goldene, sind angesichts von nur elf Millionen Einwohnern eine beeindruckende Bilanz. Das erinnert an die Erfolge der Sportnation DDR. Die

herausragenden kubanischen Ergebnisse kamen zustande, nachdem dank der Revolution der Zugang zum Sport demokratisiert und ein staatlicher Plan eingeführt wurde, der allen Einwohnern kostenlosen Zugang zu Sporteinrichtungen gewährte. Hervorragend ausgebildete Trainer, die an der Deutschen Hochschule für Körperkultur (DHfK) in Leipzig studierten, begründeten das hohe Niveau des kubanischen Sports. Die Leichtathleten Javier Sotomayor, Iván Pedroso und der Boxer Teófilo Stevenson erlangten weltweiten Ruhm. Vor der Revolution gewann Kuba zwischen 1896 und 1960 nur zwölf Medaillen – alle Goldmedaillen entfielen dabei auf das Fechten, einem der Oberschicht vorbehaltenen Sport. 232 Medaillen wurden nach der Revolution errungen, die meisten davon in den Sportarten, die von der Arbeiterklasse ausgeübt wurden: Boxen und Ringen.

Sören Bär

Redaktionell gekürzt

Aus: *junge Welt*, 15.8.24

Ein Hoch der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba

Die kubanische Revolution war 15 Jahre alt, als die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba gegründet wurde. Damals, 1974, hatten die Worte von Marx und Engels aus dem „Manifest der Kommunistischen Partei“ von 1848, „alle Mächte des alten Europa haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dies Gespenst“, nämlich das des Kommunismus, eine globale Bedeutung erhalten: Alle Mächte der alten Welt hatten sich seit 1917, um die Oktoberrevolution und den Sozialismus in der Sowjetunion rückgängig zu machen, daran beteiligt. Eine Ausnahme war die Antihitlerkoalition im Zweiten Weltkrieg. Der gemeinsame Sieg über den Faschismus und das militaristische Japan hatte allerdings zur Folge, daß sich der Sozialismus in Europa ausbreitete, mit der Gründung der Volksrepublik China 1949 in Asien Fuß faßte und zehn Jahre später mit der Revolution auf Kuba bis vor die Küste der Vereinigten Staaten gelangte. Die Linie zwischen den kapitalistischen Großmächten, allen voran die USA, sowie den sozialistischen Ländern und ihren Verbündeten im globalen Süden verläuft seit 1959 auch zwischen Havanna und Key West in Florida. Die Ausweitung des sozialistischen Versuches auf mehrere Kontinente und die Veränderung des Kräfteverhältnisses auf dem Globus prägte die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts – trotz des Endes der Sowjetunion 1991.

Für den Generalkurs der kapitalistischen Großmächte, jede Art von antikapitalistischer Befreiung und erst recht sozialistischen Aufbaus zum Scheitern zu bringen, ist die bloße Existenz des sozialistischen

Kubas Provokation und Herausforderung. Daher wird die Revolution mit ihren Errungenschaften, werden die Kubaner mit Terror, Sabotage und Krieg in allen Varianten überzogen. Das geschieht gegenwärtig wieder einmal in einem nie dagewesenen Ausmaß. Aber der Aufstieg der Volksrepublik China, die Stabilisierung Russlands, die Herausbildung solcher Mächte wie Indien oder Brasilien verändern entgegen den Strategien des Imperiums das Kräfteverhältnis in der Welt, untergraben seine globale Vormachtstellung und die seiner Verbündeten. Die imperialistische Führungsmacht ist im Niedergang und setzt auf Krieg, um den Verlust ihrer Dominanz zu bremsen. Das ist eine Gefahr für die Menschheit, die bis jetzt erfolgreich abgewendet werden konnte. Daran hat die kubanische Revolution einen großen Anteil. Ihr Beitrag zur Befreiung Afrikas insgesamt, im besonderen von den Hilfstruppen des westlichen Kolonialismus sowie vom Rassistenregime Südafrikas, ist unvergessen. In der Schlacht von Cuito Cuanavale 1988 zerbrachen maßgeblich die kubanischen Kämpfer das Rückgrat der Apartheidarmee. Das war, wie Nelson Mandela damals im Gefängnis auf Robben Island sofort erkannte, „ein Wendepunkt der afrikanischen Geschichte“. Das wiederholte er bei seiner Reise nach Kuba, der ersten nach seiner Befreiung. Heute wissen wir: Der Sieg über die besonders brutalen kolonialistischen Ausbeuter Südafrikas war ein Wendepunkt in der Geschichte des globalen Südens insgesamt. Für ihn hat Kuba eine Bedeutung, die weit über die Größe des Landes

und wirtschaftliche Daten – so wichtig sie sind – hinausgeht: Es ist ein Vorbild hinsichtlich der Fürsorge für die Bevölkerung, des Schutzes ihrer Interessen, der Sicherung des Friedens und hinsichtlich revolutionärer Geduld.

Kuba, seine stolzen und freundlichen Bewohner, seine revolutionäre Führung, seine Armee und Schutzorgane haben gesichert, daß die Linie zwischen der Insel und den USA gehalten hat. Sie trennt Kuba von barbarischen Verhältnissen wie denen in Haiti, aber auch solchen wie in Ostdeutschland, wo nach dem Anschluss der DDR der einheimischen Bevölkerung so gut wie kein Besitz an nennenswerten Produktionsmitteln blieb – mit verheerenden sozialen Folgen. Die Abwickler in Florida und anderswo haben die Insel längst so unter sich aufgeteilt wie die Raubritter und Treuhändler, die 1990 mit staatlicher Lizenz zum Ruinieren in die DDR einfielen. Sie müssen ferngehalten werden.

Wenn die sozialistische Revolution heute im Jahr 2024 lebt – trotz des Untergangs der Sowjetunion, trotz der Erdrosselungsversuche des Imperiums, trotz Terrors, Sabotage und Wirtschaftskrieg -, dann hat auch die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba ihren Anteil daran. Das ist Anlaß genug, sie zu feiern und ihr zum Jubiläum von ganzem Herzen zu gratulieren. Das Hoch auf sie bringe ich im Namen des „RotFuchs“-Fördervereins e. V. und der Monatszeitschrift „RotFuchs“ sehr gern aus.

Arnold Schölzel

Vorsitzender des „RotFuchs“-Fördervereins e. V.

Worin liegt die Anziehungskraft von BRICS und SCO?

Auszüge aus einer Podiumsdiskussion des iranischen Senders Press TV am 4.7.24 mit **Gilbert Doctorow**, unabhängiger Analyst für internationale Angelegenheiten aus Brüssel, und **John Bosnitch**, Journalist, Aktivist und politischer Analyst aus Fredericton (Kanada)

PressTV: Die Shanghai Organisation für Zusammenarbeit (SCO/SOZ) und die BRICS begannen mit ein paar wenigen Ländern, die sich schnell ausbreiteten und größer wurden. Die SCO hat jetzt neun ständige Mitglieder und vier Beobachter, aber sowohl die SCO als auch die BRICS wachsen schnell. Worin liegt ihre Anziehungskraft?

Gilbert Doctorow: Der Reiz liegt darin, daß die Shanghai Organisation für Zusammenarbeit allein 40 Prozent der menschlichen Bevölkerung auf der Erde ausmacht. Sie macht 20 Prozent des BSP aus. Es handelt sich also um einen sehr großen Teil menschlicher Aktivitäten und eine große Chance für ihre Mitglieder, ihre wirtschaftlichen Aktivitäten und die Sicherheitsvereinbarungen mit anderen Mitgliedern zu steigern. Die Expansion ist nicht chaotisch, die Expansion ist nicht zufällig, die Expansion der Shanghai-Organisation hat, genau wie die jüngste Expansion der BRICS, eine gewisse Logik. Und die Logik besteht darin, daß diese beiden Organisationen, wenn man sie auf mehrere Jahre hinaus projiziert, zusammenwachsen werden. Die Shanghai-Organisation wurde in erster Linie als Sicherheitsorganisation gegründet, mit einem wirtschaftlichen und handelspolitischen Interesse als zweitem Tätigkeitsfeld. Die BRICS hingegen wurden in erster Linie als Wirtschafts-, Handels- und Finanzorganisation gegründet. Die BRICS haben keine institutionelle Struktur, während die Shanghai-Organisation für Zusammenarbeit traditionelle internationale Elemente in ihrer Struktur aufweist. Diese beiden Organisationen ergänzen sich also, und es ist keineswegs zufällig, daß der Iran Mitglied in beiden ist. Die diesjährige Erweiterung der Shanghai-Organisation um Weißrußland zeigt uns, daß sich der Zweck dieser Organisation grundlegend ändert, und das ist natürlich für den Iran und die anderen Mitglieder von Interesse. Ursprünglich wurde die Organisation, die auf die chinesische und russische Gründung zurückgeht, geschaffen, um sich um Zentralasien zu kümmern und in Zeiten des grassierenden Terrorismus Sicherheitsvorkehrungen für Zentralasien zu treffen. Was wir jedoch jetzt sehen, ist eine Neufassung, eine Überarbeitung der Shanghai-Organisation im Einklang mit dem, was die Gründungsmitglieder, insbesondere Rußland, als neue Aufgabe ansehen. Rußland hatte seit 2008 daran gearbeitet, die Sicherheitsarchitektur Europas zu überarbeiten. Und es hatte Westeuropa und den Staaten Bestimmungen zur Überarbeitung dieser Sicherheitsarchitektur vorgeschlagen.

Was wir jetzt sehen ist etwas ganz anderes. Rußland hat seine Lehren aus dem Konflikt mit der NATO über die Ukraine gezogen und drängt nun auf eine gesamteurasische Sicherheitsarchitektur.

PressTV: Wie fördert die SCO eine multipolare Weltordnung, und wie stellt sie den Status quo in Frage?

John Bosnitch: Wie wir wissen, bricht das amerikanische, wir nennen es im Grunde das anglo-amerikanische Imperium, langsam zusammen. Und in dem Bemühen, eine direkte



Gilbert Doctorow spricht bei Press TV über den Ukrainekrieg (7. April 2022)

militärische Konfrontation zu vermeiden, haben sich sowohl China als auch Rußland dafür entschieden, Selbstverteidigungsmechanismen und bilaterale Handelsorganisationen zu schaffen, die sich nun über die Wirtschaftsgrenzen hinweg ausbreiten und Wirtschaft und Staatssicherheit vermischen, die mit den Maßnahmen gegen den Terrorismus begonnen hatten. Aber jetzt, da der Westen seine Operationen in der Ukraine auf die Ebene des Staatsterrors gehoben hat, nachdem er die Regierung der Ukraine durch einen Staatsstreich übernommen hat, müssen diese Organisationen weiter expandieren. Und es ist kein Zufall, daß Weißrußland das direkt an die Ukraine und an die dortige Konfliktregion grenzt – jetzt mit ins Boot geholt wurde. Das ist ein klares Indiz dafür, daß China ein großes Interesse daran hat, den Status Rußlands in der Ukraine zu schützen und die ethnischen Russen in der Ukraine zu schützen. Diese Entwicklungen, die gut durchdacht, bewußt geplant und in aller Ruhe ausgeführt werden, stellen eine ernsthafte Blockade gegen eine fortgesetzte westliche Aggression in der gesamten eurasischen Region dar. Und sie kommen genau zum richtigen Zeitpunkt, da wir sehen, daß es dem Westen nicht gelingt, die militärische Kontrolle über die gesamte Ukraine zu übernehmen, und er den Konflikt dort vielleicht ganz verlieren könnte. Es handelt sich also um eine entscheidende parallele Entwicklung im Interesse des Friedens und gegen die anhaltende militärische Aggression, die seit dem Fall der Berliner Mauer vom Westen vorangetrieben wird.

PressTV: Wie kann der Iran von seiner SCO-Mitgliedschaft in einem neuen Licht profitieren,

insbesondere angesichts der schweren Sanktionen, die ihm auferlegt wurden?

Doctorow: Was die wirtschaftliche Seite betrifft, so arbeiten bekanntlich sowohl die BRICS als auch die Shanghai-Organisation an der De-Dollarisierung. Das ist für den Iran von großem Interesse. Beide Organisationen unterstützen den Nord-Süd-Korridor, bei dem der Iran ein wichtiger Akteur und Nutznießer ist. Die Lage des Iran als logistisches Drehkreuz bietet eine große Chance für eine Ausweitung des Verkaufs von Kohlenwasserstoffen durch den Iran und für einen Ausgleich der inländischen Versorgung mit Kohlenwasserstoffen, die nicht gleichmäßig über das ganze Land verteilt ist, sondern in verschiedenen Gebieten konzentriert ist. Die Zusammenarbeit mit Rußland, sowohl als BRICS- als auch als SCO-Mitglied, im Energiebereich ist von größter Bedeutung. Wir wissen, daß russische Kohlenwasserstoffunternehmen in großem Umfang in die Exploration und Produktion im Iran investieren. Ich denke, der Iran fühlt sich durch die starke politische Unterstützung, die ihm die beiden Gründungsmitglieder und wichtigsten Mitglieder beider Organisationen, China und Rußland, gewähren, beruhigt. Und das mäßigt die iranische Politik, was allen zugutekommt.

PressTV: Die Liste der Länder, die sich von dieser Ideologie der Entdollarisierung angezogen fühlen, wächst. Warum erleben wir das?

John Bosnitch: Nun, wenn Sie dem anglo-amerikanischen Imperium erlauben, endlos Dollar zu drucken, und Sie akzeptieren, daß diese Dollar einen Tauschwert gegen reale Güter wie Gold, Öl, Gas und ähnliche Produkte haben, dann erlauben Sie dem Imperium tatsächlich, unbegrenzt Toilettenpapier zu drucken, das Sie als wertvoll akzeptieren. Sobald also die Länder, die in diesen verschiedenen größeren Wirtschaftsorganisationen versammelt sind – die sich vom Pazifik bis ins Zentrum Europas und hinunter nach Afrika und nach Südamerika erstrecken –, sobald diese Länder die Tatsache akzeptieren, daß sie dem US-Dollar einen Wert verleihen, indem sie ihn im Gegenzug für ihre massiven Ressourcen eintauschen, doch sobald sie sich weigern, dies zu tun, hat der US-Dollar nichts mehr, worauf er sich stützen kann, außer auf die Ressourcen der Vereinigten Staaten. Und wie wir wissen, sind die Vereinigten Staaten das am höchsten verschuldete Land in der Geschichte der Welt. Wenn der amerikanische Dollar nicht mehr als Wert in Form von Kohlenwasserstoffen akzeptiert wird und nicht mehr als Wert in Form von Gold akzeptiert wird, ist dies das Ende des Imperiums. Die Macht eines Imperiums wird durch die Kaufkraft seiner Währung bestimmt. Wenn der US-Dollar nicht mehr das wert ist, was er in der Vergangenheit wert war, ist das Imperium am Ende, und zwar ohne einen Schuß abzufeuern.

Redaktionell gekürzt
Quelle: <https://gilbertdoctorow.com/>

Faschistische Mimikry

Das Tricontinental-Institut für Sozialforschung hat am 15. August einen Essay von **Vijay Prashad** veröffentlicht. Darin formuliert der Autor zehn Thesen zur „extremen Rechten der besonderen Art“.

Liberalen verwenden das Wort „Faschismus“, um sich von der extremen Rechten zu distanzieren. Die Verwendung des Begriffs ist eher moralistisch als präzise, da sie die Nähe zwischen Liberalen und der extremen Rechten leugnet. Zu diesem Zweck haben wir zehn Thesen zu dieser extremen Rechten besonderer Art formuliert, von denen wir hoffen, daß sie Diskussionen und Debatten auslösen werden. Dies ist eine vorläufige Erklärung, eine Einladung zum Dialog.

These 1. Die extreme Rechte der besonderen Art nutzt die demokratischen Instrumente so weit wie möglich. Sie glaubt an den Prozess, der als „langer Marsch durch die Institutionen“ bekannt ist, durch den sie geduldig politische Macht aufbaut und die bestehenden Institutionen der liberalen Demokratie mit ihren Kadern besetzt, die dann ihre Ansichten in das Mainstreamdenken einbringen. Auch Bildungseinrichtungen sind für die extreme Rechte der besonderen Art von zentraler Bedeutung, da sie die Lehrpläne in ihren jeweiligen Ländern bestimmen. Es gibt keinen Grund für die extreme Rechte besonderer Art, diese demokratischen Institutionen beiseite zu schieben, solange sie den Weg zur Macht nicht nur über den Staat, sondern auch über die Gesellschaft bieten.

These 2. Die extreme Rechte der besonderen Art treibt den Rückbau des Staates und die Verlagerung seiner Aufgaben in den privaten Sektor voran. Der Hang zur Austerität in den Vereinigten Staaten zum Beispiel trägt dazu bei, die Quantität und Qualität der Kader in zentralen staatlichen Einrichtungen wie dem US-Außenministerium zu verringern. Viele der Aufgaben solcher Institutionen, die jetzt privatisiert sind, werden statt dessen von Nichtregierungsorganisationen wahrgenommen, die von neu entstehenden Milliardärskapitalisten wie Charles Koch, George Soros, Pierre Omidyar und Bill Gates geleitet werden.

These 3. Die extreme Rechte der besonderen Art nutzt den Repressionsapparat des Staates im Rahmen des rechtlich Zulässigen, um ihre Kritikerinnen und Kritiker zum Schweigen zu bringen sowie Bewegungen der wirtschaftlichen und politischen Opposition zu demobilisieren. Liberale Verfassungen bieten einen weiten Spielraum für diese Art des Einsatzes, den liberale politische Kräfte im Laufe der Zeit ausgenutzt haben, um jeglichen Widerstand der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und der Linken zu unterdrücken.

These 4. Die extreme Rechte der besonderen Art schürt dosierte Gewalt in der Gesellschaft durch die faschistischeren Elemente

innerhalb ihrer politischen Koalition, um Angst zu erzeugen, aber nicht genug Angst, um die Menschen gegen sie aufzubringen. Die meisten Menschen aus der Mittelschicht auf der ganzen Welt streben nach Bequemlichkeit und stören sich an Unannehmlichkeiten, die ihnen entstehen (etwa durch Unruhen usw.). Wenn es aber doch einmal geschieht, wird die Ermordung eines Gewerkschaftsführers oder die Einschüchterung einer Journalistin nicht der extremen Rechten der besonderen Art angelastet, die jegliche direkte Verbindung mit den faschistischen Randgruppen abstreitet (obschon diese organisch mit der extremen Rechten verbunden sind).

These 5. Die extreme Rechte der besonderen Art bietet eine gewisse Antwort auf die Vereinsamung, die in das Geflecht der fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaft eingewoben ist. Diese Vereinsamung rührt von der Entfremdung durch prekäre Arbeitsbedingungen und lange Arbeitszeiten her, die die Möglichkeit, eine lebendige Gemeinschaft und ein soziales Leben aufzubauen, untergraben. Diese extreme Rechte baut keine wirkliche Gemeinschaft auf, es sei denn, es handelt sich um eine parasitäre Beziehung zu religiösen Gemeinschaften. Statt dessen entwickelt sie die Idee einer Gemeinschaft: einer Internetgemeinschaft oder einer Gemeinschaft durch massenhafte Mobilisierungen von Einzelpersonen oder einer Gemeinschaft durch gemeinsame Symbole und Gesten. Der immense Hunger nach Gemeinschaft wird von der extremen Rechten scheinbar befriedigt, während die Einsamkeitsgefühle eher in Wut als in Liebe umschlagen.

These 6. Die extreme Rechte der besonderen Art nutzt ihre Nähe zu privaten Medienkonglomeraten, um ihren Diskurs gesellschaftlich zu normalisieren, und ihre Nähe zu den Besitzern sozialer Medien, um die Akzeptanz ihrer Ideen zu erhöhen. Ihre hochgradig agitatorische Rhetorik schafft einen Rausch, der Teile der Bevölkerung entweder online oder auf der Straße zur Teilnahme an Kundgebungen mobilisiert, bei denen sie dennoch eher Individuen als Mitglieder eines Kollektivs bleiben. Das Gefühl der Vereinsamung, das die kapitalistische Entfremdung hervorruft, wird für einen Moment gemildert, aber nicht überwunden.

These 7. Die extreme Rechte der besonderen Art ist eine wuchernde Organisation, die ihre Wurzeln in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft hat. Sie ist überall dort aktiv, wo Menschen zusammenkommen, sei es in Sportvereinen oder Wohlfahrtsverbänden. Sie zielt darauf ab, eine Massenbasis in der Gesellschaft aufzubauen, die in der jeweiligen Mehrheitsidentität verwurzelt ist (sei dies Ethnie, Religion oder Nationalgefühl), indem sie jede Minderheit ausgrenzt und dämonisiert. In vielen Ländern stützt sich die extreme Rechte auf religiöse Strukturen und

Netzwerke, um eine konservative Auffassung von Gesellschaft und Familie immer tiefer zu verankern.

These 8. Die extreme Rechte der besonderen Art greift die Institutionen der Macht an, die die Grundlage ihrer soziopolitischen Basis bilden. Sie erweckt die Illusion, eher plebejisch als bürgerlich zu sein, während sie in Wirklichkeit im Schoß der Oligarchie sitzt. Sie erweckt die Illusion des Volkstums, indem sie eine höchst maskuline Form des Hypernationalismus entwickelt, dessen Dekadenz in ihrer häßlichen Rhetorik durchscheint. Die extreme Rechte nutzt diesen Hypernationalismus, während sie gleichzeitig ihre angebliche Opferrolle gegenüber der Macht ausspielt.

These 9. Die extreme Rechte der besonderen Art ist eine internationale Formation, die über verschiedene Plattformen wie Steve Bannons „The Movement“ (mit Sitz in Brüssel), das „Madrid Forum“ der Vox-Partei (mit Sitz in Spanien) und die Anti-LGBTQ+ „Fellowship Foundation“ (mit Sitz in Seattle, Washington) organisiert ist. Diese Gruppen sind in einem politischen Projekt der Transatlantiker verwurzelt, das die Rolle der Rechten im globalen Süden stärkt und sie mit den Mitteln ausstattet, um rechte Ideen dort zu vertiefen, wo sie wenig fruchtbaren Boden haben. Sie schaffen neue »Probleme«, die es in diesem Ausmaß vorher nicht gab, wie die Aufregung um sexuelle Orientierung in Ostafrika. Diese neuen »Probleme« schwächen die Volksbewegungen und festigen den Einfluss der Rechten auf die Gesellschaft.

These 10. Obwohl sich die extreme Rechte der besonderen Art als globales Phänomen darstellen könnte, gibt es Unterschiede zwischen ihrer Ausprägung in den führenden imperialistischen Ländern und im globalen Süden. Im globalen Norden verteidigen sowohl die Liberalen als auch die extreme Rechte energisch die Privilegien, die sie in den letzten 500 Jahren durch Ausplünderung erlangt haben – mit militärischen und anderen Mitteln –, während im globalen Süden die allgemeine Tendenz aller politischen Kräfte darin besteht, Souveränität herzustellen.

In einer durch Hyperimperialismus geprägten Zeit entsteht eine besondere Art der extremen Rechten, die die Tatsache ihrer abscheulichen Macht verschleiert und so tut, als ob sie sich um die einzelnen Menschen kümmert, denen sie statt dessen schadet. Sie kennt die menschliche Torheit gut und macht sich diese zunutze.

Vijay Prashad

Aus: *junge Welt*, 21.8.24

Vijay Prashad ist Historiker und Journalist. Er leitet das Tricontinental-Institut für Sozialforschung.

Wütendste Offensive des Kapitals

Die Aktualität von Dimitroffs Faschismusanalyse (Teil 2 und Schluß)

Im Juli/August-Heft veröffentlichten wir den ersten Teil eines Artikels von Diether Dehm. Hier folgt der zweite, redaktionell gekürzte Teil.

Besonders der Begriff „faschistisch“ (den „woke“ Denunzianten eher ungenutzt) ist durch und durch wissenschaftlich begründbar. Er umfaßt einerseits die objektive Funktion bürgerlicher, offen terroristischer Herrschaftsformen imperialistischster Monopole. Und – damit korrespondierend – andererseits die subjektiven Beschaffenheiten ihrer sozialen Bewegungen, wofür reaktionärste Traditionen und Verklümmungen in unteren Schichten angetriggert wurden. (...) Laut Georgi Dimitroffs Referat vor dem VII. Weltkongreß der Komintern sind in die faschistische Demagogie aber nicht nur jeweils modische Fetzen reaktionärster Menschenbilder eingestrickt. Der Faschismus spekuliert dazu „auch mit den besten Empfindungen der Massen, ihrem Gerechtigkeitsgefühl und mitunter sogar ihren revolutionären Traditionen“. Dazu haben Braune einst rote Metaphern entkernt. (Wie es heute Grüne tun). Dimitroff: „Der Faschismus handelt im Interesse der extremen Imperialisten, aber vor den Massen tritt er unter der Maske des Beschützers der beleidigten Nation auf und appelliert an das gekränkte nationale Gefühl, wie zum Beispiel der deutsche Faschismus, der die Massen mit der Losung ‚Gegen Versailles!‘ mit sich riß.“ Und zwar zur „Liquidierung proletarischer Organisationen und der Überreste bürgerlicher Demokratie“. Jetzt wollen „Ampel“ kriegshetzter Arm in Arm mit der Blackrock-CDU Streikrecht, Sozialhilfe, Meinungsfreiheiten und andre erkämpfte, gesetzliche Rechte aushebeln. (Dahingegen wären übrigens AfDler die ersten Nazis in der deutschen Geschichte, die „Frieden mit Rußland“ fordern.) Sicher ist unser deutsches Regime noch kein faschistisches. (Dimitroff: „Faschismus ist zügellosester Chauvinismus und Raubkrieg.“) Aber die „Ampel“ steht mit Merz in Kiew und Tel Aviv eng an der Seite „zügellosester Chauvinisten und Raubkrieger“ – trotz ihrer Rhetorik gegen „das Völkische“.

Was ist „Linksnationalismus“?

Präziser als das diffuse „völkisch“ gibt „nationalistisch“ etwas Reales wieder. Ja, es entwickelte sich sogar seit den Jakobinern und der französischen Revolution die Bezeichnung „Linksnationalisten“. Angewendet wurde sie später auch auf Revolutionsführer wie Bolivar, den jungen Castro, Lumumba, Sukarno, Nasser, Ortega und Chávez. Die linksnationalistischen Parolen vom „Großen Vaterländischen Krieg“ der Roten Armee oder Kubas „Vaterland oder Tod“ fanden bei der internationalistischen Linken eine gewisse Toleranz, solange sie von unterlegenen Staaten genutzt wurden, um im Krieg gegen den Hauptfeind Imperialismus zu überleben. Aber nicht nur in ärmeren Ländern greifen Menschen zuweilen nach neuem Halt in alten nationalen Traditionen, sondern auch zunehmend Ärmere in reicheren Staaten. Wie vor

1933: Ohnmächtig griffen in Deutschland Weniger-Politisch-Organisierte- und -Gebildete, junge Arbeitslose, Bauern und pleitegehende Handwerker nach nationalistischen Selbstvergewisserungen. Dagegen vertieften linke Führungen mit eurozentrischem Snobismus und kulturellem Avantgardismus zunächst die Spaltung der Arbeiterbewegung. Ihnen gelang keine Volksfront und kein Aufgreifen bürgerlich-nationaler Tradition gegen den faschistischen Imperialismus.

Aus „Internationalismus“ waren so auch dogmatische Tabus für Linksintellektuelle geworden, die bis heute dem „öden Kosmopolitismus der Monopole“ (Brecht) das Kapern nationaler Begriffe erleichtern. Als ob Nation und Klassenkampf absolute Gegensätze gewesen wären! Bereits Marx und Engels hatten im „Kommunistischen Manifest“ von den Proletariern „aller Länder“ geschrieben, daß im werktätigen Alltagsverstand und „der Form nach der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie zunächst ein nationaler“ sei. Die Dialektik, daß dessen zuweilen notwendig-falsche ideologische Überhöhung, der Nationalismus, gleichzeitig und gemeinsam, aber nur behutsam abzubauen – und nicht mit Denkverböten – war, erschloß sich SPD- und KPD-Führungen so richtig erst, als sie zusammen in den Buchenwald-Baracken saßen.

Jedenfalls unterschied Dimitroff bereits 1935: „Der Hitlerfaschismus ist nicht bloß bürgerlicher Nationalismus, er ist ein tierischer Chauvinismus.“ Und Brecht schrieb 1950: „Und weil wir dies Land verbessern / lieben und beschirmen wir's / und das liebste mag's uns scheinen / so wie andern Völkern ihr's.“ In diesem Sinn wird es weltweit überfällig, den Werktätigen einen neuen Solidaritätsbegriff anzubieten. Nach der Un- und Um-Bildung seit 1989 sind auch Worte im kulturellen Nahkampf zurückzuerobert – für ein Nachdenken in gesellschaftlichen Zusammenhängen und damit für neues Terrain des Antiimperialismus. Auch hierzulande muß sich jene mehrheitsfähige Pluralität spiegeln, in der sich nunmehr viele vollkommen unterschiedliche nationale und nationalistische Bewegungen der Welt, wie die BRICS-Staaten, gegen Dollar- und Pentagon-Diktate erheben. Imperialistische Sprachpolizisten ziehen daher nicht nur gegen ärmere BRICS-Staaten, sondern gleichermaßen gegen Ärmere in reicheren Staaten zu Felde. Rebellische Empfindungen in unterlegenen Klassen und Schichten sollen erst gar nicht aufsteigen. Nationales wird derart delegitimiert, daß es nicht auf die leiseste Idee kommt, zu einem jeweils national verfaßten Internationalismus zu reifen. Dazu verhilft den Agitprop-Profis auch das Nazi-Blöd-Wort „völkisch“ gegen die AfD und Trump. Obwohl es im Bundestag keine zionistischere Fraktion gibt als die AfD und in den USA keinen zionistischen Präsidentschaftskandidaten als Trump. Das Nützliche an „völkisch“ ist zudem, daß ihm die coolen Militarisierungsprofite nicht anzuhören sind: Zwischen 1932 und 1939

stiegen die staatlichen Kriegsausgaben in Deutschland von 1,5 auf 18,1 % des Staatshaushalts. „Rheinmetall“ machte damals seine märchenhaften Rekordprofite – und deklarierte sie als „völkisch“ und gegen „die jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung“. Heute gibt sich „Rheinmetall“ ganz „antivölkisch“ und schwenkt wie Pentagon, Blackrock, Lockheed und CIA die Regenbogenfahne, aber in unverbrüchlicher Solidarität mit Selenskyj und den Fans des Juden- und Kommunistenschlächters Bandera. Und mit „Merkava-Panzern“ für die israelischen Minister Smotrich und Ben Gvir, die sich offen zu Faschismus und Genozid bekennen. Während die „Ampel“ gegen die „völkische“ AfD keift, die doch auch nur „proisraelisch“ sein will.

Gegen alte Rechtsextreme – oder neue?

(...) Als nun, nach der „Potsdam-Gate-Inszenierung“ von „Correctiv“ auf den Demowellen „gegen rechts“ surfende Hauptredner eine bevorstehende „Machtergreifung 2.0“ prophezeiten, wurde medial der Eindruck verbreitet, ein neuer deutscher Faschismus könne tatsächlich noch einmal im alten „völkischen“ Gewand auferstehen. So, als ob seine ökonomische Basis heute tatsächlich noch einmal eine „Autarkie“ (Dimitroff) sein könne. Ein, zugegeben, genialer Taschenspielertrick, um Regimes der transnational agierenden Konzerne wie Blackrock, Rheinmetall, Microsoft, Apple, Pfizer, Amazon, Soros & Co für die Unteren in mildem Licht zu spiegeln. Während „die Unteren“ von anti-„völkischen“ Sprecheliten auf entgrenzte Kriegstüchtigkeit umgedrillt werden sollen. (...) Der Stern des Nationalismus ist aber mit seiner ökonomischen „Autarkie“ untergegangen. Transnational agierende Konzerne brauchen ihn nicht mehr. Aber der untergegangene Stern leuchtet noch gefährlich in Herzen und Köpfe. Darum versucht sich gerade aus der Mitte ein neuer Typus transnational verfaßten Staatsterrorismus' in ganz neuen „antivölkischen“ Appellen „gegen rechts“. Aber auch solches hatte Dimitroff bereits erahnt: „Durch seinen Zynismus und seine Verlogenheit alle anderen Spielarten der bürgerlichen Reaktion in den Schatten stellend, paßt der Faschismus seine Demagogie den nationalen Besonderheiten jedes Landes an, sogar den Besonderheiten der verschiedenen sozialen Schichten in ein und demselben Lande ... Der Faschismus bleibt die wütendste Offensive des Kapitals gegen die werktätigen Massen.“ Der alte Faschismus war in Wahrheit antinational und „mehrheitsphob“, wie die deutschen Trümmerfelder 1945 bewiesen. Über sein ökonomisches Wesen – und nicht nur über altmodische Vorgaukelungen früherer Rechtsextremer mit ihrem „völkischen“ Marketing – muß mutiger aufgeklärt werden. Und Mehrheiten dagegen auf die Straße gebracht! Und, soweit auf dem Boden des Grundgesetzes, ohne Gewissenskontrollen und allzu viele „Kontaktsperren“!

Diether Dehm

Runderlaß der Nazis vom 2.3.1933 zur „rücksichtslosen Ausrottung kommunistischer Umtriebe“

Am 8. September, dem Internationalen Gedenktag für die Opfer des Faschismus, fand in Bernau bei Berlin eine Gedenkveranstaltung zur Erinnerung an die 1933 in Schutzhaft genommenen Bürger statt, welche in das Konzentrationslager Alte Brauerei Oranienburg verschleppt worden waren.

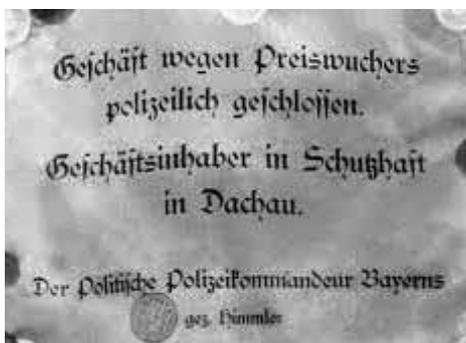
RF dokumentiert einen Auszug aus Texten, die vom örtlichen Arbeitskreis „Gedenken“ verlesen wurden:

Es sind zu diesem Zeitpunkt die Beamten der Politischen Polizei in Preußen im Bunde mit den örtlichen Behörden der Landkreise, die diesen Terror nach innen Wirklichkeit werden ließen. Im Runderlaß des Innenministeriums „Zur Abwehr der in letzter Stunde in ihrer ganzen Gefährlichkeit aufgedeckten verbrecherischen kommunistischen Umtriebe und zur rücksichtslosen Ausrottung dieser Gefahrenquelle“ vom 3. März 1933 ist das Ziel klar formuliert:

- keine gesetzlichen Schranken
 - in erster Linie gegen die Kommunisten, gegen die, die mit ihnen zusammenarbeiten, deren Ziele unterstützen und fördern, Abwehr kommunistischer Bestrebungen im weitesten Sinne
 - Maßnahmen obliegen Ortspolizeibehörde
- Polizeioberleutnant Hanfler berichtet am 3. März 1933 aus Bernau bei Berlin an den Polizeirat Heller der Abteilung IA im Berliner Polizeipräsidium:
- „Unter Bezugnahme auf die Verordnung des Herrn Regierungspräsidenten in Potsdam vom 28.2.33 – I.Pol.g. 685 – ... wurden in den Morgenstunden des heutigen Tages im hiesigen Stadtbezirk zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung sowie Gewährleistung eines ruhigen und störungsfreien Verlaufes der Wahlen nebenbezeichneten Personen in Schutzhaft genommen, da diese als Führer und Funktionäre der K.P.D. bisher in außerordentlich reger Weise propagandistisch tätig waren:

Wilhelm Pastor, Schriftsetzer (Alter 25)
 Franz Hamann, Rohrleger (33)
 Bernhard Bussjäger, Arbeiter (38)
 Franz Wehlack, Maurer (52)
 Erich Brendel, Kaufmann (33)
 Hermann Huber, Hausdiener (28)
 Ernst Hierl, Oberstudienrat a.D. (53)
 Oskar Schultze, Schriftsetzer (24)
 Gustav Hubert, Gärtner (29)
 Alfred Kaul, Fensterputzer (27)“

Begründet wurde dieses Vorgehen mit den am 2.3.1933 durchgeführten Hausdurchsuchungen und den dort sichergestellten verbotenen Druckerzeugnissen, eines Ver-



Polizeimitteilung in München, Frühjahr 1933

vielfältigungsapparates und roten Armbinden.

Die Polizisten lieferten die Betroffenen in eine Berliner Haftanstalt ein, da „diesseits Räume nicht zur Verfügung standen“, wie mit der Abteilung IA abgestimmt worden war.

Ihnen erging es wie Ernst Thälmann und so vielen anderen Gleichgesinnten.

Trotz des Terrors im Innern entschieden sich bei den Reichstagswahlen am 5. März 1933 etwa 7,18 Millionen Wahlberechtigte für die SPD und 4,85 Millionen für die KPD. Dieses gewaltige widerständige Potential in Deutschland sollte beseitigt werden. Dies belegen Befehle und Berichte.

Am 6. März 1933 werden alle Polizeidienststellen des Bezirkes Potsdam per Polizeifunkdienst vom Innenminister und Kommissar des Reiches Göring darauf hingewiesen „daß schutzhaft im Rahmen des paragra 1 der vom 28. februar 1933 eine rein polizeiliche maßnahme ist, bei der jede mitwirkung der gerichte ausgeschlossen ist, insbesondere kommt die vorführung vor den richter nicht in frage“. (BLHA Rep. 2A Regierung Potsdam I pol Nr. 1089)

Am 9. März 1933 werden die Mandate der KPD annulliert. Alle Kommunisten, die sich in den Land- und Kreistagen zur Wahl stellten, sollen festgenommen werden.

Ab dem 20./21. März 1933 oblag die Aufgabe der Inschutzhaftnahme im Landkreis Niederbarnim der SA-Standarte 208. Sie hatten die Anweisung, sich an die Anordnungen der „planmäßigen“ Polizei zu halten. Unter dem Deckmantel der Verstöße gegen die Reichsverordnung wurden Kommunisten, Sozialdemokraten, Juden und Mißliebige in die Alte Brauerei in Oranienburg – später ein staatliches KZ, verschleppt.

Die örtliche Verwaltung hatte Kenntnis vom Vorgehen, beteiligte sich mit Polizeikräften an den Aktionen und setzte Landjägerbeamte zur „ordnungsgemäßen“ Bearbeitung der Fälle ein. Der Landrat bemühte sich um „Ordnung“, zumal er Schutzhaftweisungen und -Entlassungen zu verfügen hatte.

Sie „bewährte“ sich als Helfershelfer der Faschisten.

Hitler hatte am 3. Februar 1933 vor den Befehlshabern des Heeres und der Marine zum Vorgehen der NSDAP erklärt:

„Wer sich nicht bekehren läßt, muß gebeugt werden. Ausrottung des Marxismus mit Stumpf und Stiel. Todesstrafe für Landes- und Volksverrat. Straffte autoritäre Staatsführung.“

Der Weg in die faschistische Diktatur war frei.

Klaus-Dieter Jäschke, Bernau

Es ist wieder soweit

Wie in jedem Jahr legen wir der Oktober-Ausgabe des „RotFuchs“ ein Überweisungsformular bei und bitten alle Leser, die es sich leisten können, in diesen symbolischen Hut Geldscheine oder Münzen hineinzuworfen. Wir wissen, daß viele unserer Bezieher einer ungewissen Zukunft entgegensehen. Die für die Umverteilung von unten nach oben bewußt in Gang gesetzte Inflation frißt an den Realeinkommen und am meisten von denen, die niedrig sind.

Auch der „RotFuchs“ hat zu kämpfen: Die Preise für Papier, Druck und Vertrieb stiegen erneut sprunghaft. Wir wollen aber an unserem Ziel festhalten, allen Kommunisten, Sozialisten und anderen Linken in diesem Land und darüber hinaus eine kostenlose,

durch Spenden finanzierte Monatszeitschrift zur Verfügung zu stellen. Das ist ein in diesem Land kühnes Vorhaben. Der reaktionäre Staatsumbau als Konsequenz des Kriegskurses gegen Rußland und die Volksrepublik China trifft immer öfter auch die im Grundgesetz versprochene Pressefreiheit.

Dank großzügiger Spenden ist das Erscheinen des „RotFuchs“ gegenwärtig für ein Jahr finanziell gesichert, aber aus unserer Sicht ist es nötig, den Einfluß unserer Zeitschrift zu erhöhen. Wir bitten daher nicht nur um Spenden, sondern auch darum, neue Abonnenten zu gewinnen. Das ist eine ebenso wichtige Aufgabe wie die Sicherung der finanziellen Basis unserer Zeitschrift.

Die politische Entwicklung der vergangenen zwölf Monate hat die Welt einem großen Krieg näher gebracht. Für die Herrschenden steht bei allem öffentlichen Schrei über „Extremismus“ der Feind dabei allein links.

Der „RotFuchs“ läßt sich davon nicht beirren. Er bleibt in der Frage von Krieg und Frieden, von Antifaschismus und dem Krieg der Reichen gegen die Armen kompromißlos parteilich – so wie in der Verteidigung der DDR und der Traditionen der Arbeiterbewegung. Wir halten den Kampf für den Frieden und gegen imperialistischen Krieg für die wichtigste Aufgabe von Kommunisten, Sozialisten und allen anderen Linken.

Redaktion und Vorstand

Wie DDR und BRD mit der Verfassungsfrage umgingen

Der 7. Oktober 1949 steht nicht nur für die Geburtsstunde des ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden. An diesem Tag trat auch die erste Verfassung der DDR in Kraft. Einige Monate zuvor, am 23. Mai 1949, hatte bereits Westdeutschland sein Grundgesetz (GG) in Vollzug gesetzt. Der Weg hin zu den beiden Verfassungen war ebenso unterschiedlich wie ihre Inhalte. Auf der Londoner Außenministerkonferenz der Alliierten (25. November–15. Dezember 1947) kam es im Hinblick auf die staatliche Zukunft des besiegten Deutschlands zum Bruch zwischen den USA und der Sowjetunion. Nachdem die drei Westalliierten im Juni 1948 die Gründung eines separaten Weststaates beschlossen hatten, trafen sich auf Geheiß der tri-zonalen Ministerpräsidenten vom 10. bis 23. August 1948 30 politische Honoratioren. Sie tagten in einem Schloß auf der bayerischen Insel Herrenchiemsee und konzipierten unter Ausschluß der Öffentlichkeit den Entwurf des Grundgesetzes. Die daran anschließende Endbearbeitung erfolgte durch 65 Abgeordnete westdeutscher Länderparlamente („Parlamentarischer Rat“), bis am 8. Mai 1949 das Grundgesetz – mit 53 gegen 12 Stimmen (darunter die beiden KPD-Vertreter) – unterzeichnet wurde. Bis heute gern verschwiegen wird die kurze Leine, mit der die Bonner Parlamentarier durch die Westalliierten geführt wurden. Sämtliche Entwürfe mußten den höchsten Stellen der Westalliierten vorlegt werden, am 20. Oktober und 22. November 1948 sorgten die drei Siegermächte für inhaltliche Neufassungen, am 17. Dezember 1948 reiste Kanzler Adenauer zu den Militärgouverneuren nach Frankfurt/Main, um die Wogen zu glätten. Einen am 5. Februar 1949 übersandten Kompromißentwurf des Grundgesetzes lehnten die drei Alliierten am 2. März 1949 ab. Trotz weiterer „Hausaufgaben“ für die Parlamentarier in Bonn, deren Erledigung zur Unzufriedenheit ausfiel, wurde auch die überarbeitete Fassung am 25. März 1949 verworfen. Der Zeitplan zur Gründung des westdeutschen Separatstaates drohte zu kippen. Auf der Konferenz der Außenminister der Westalliierten in Washington am 5. April 1949 bekamen die Militärgouverneure in Europa grünes Licht, die Deutschen gewähren zu lassen. Unterdessen hatte das Scheitern der Londoner Konferenz Ende 1947 zu einem Erstarken der fortschrittlichen Kräfte in allen besetzten Zonen geführt. Die ins Leben gerufene gesamtdeutsche Volkskongreßbewegung entspann vielfältige Anstrengungen gegen die drohende Spaltung und für den Erhalt des Friedens. Es sollte ein Volksentscheid organisiert werden. Auf dem „Ersten Deutschen Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden“ am 6./7. Dezember 1947 in Berlin kamen über 2000 Delegierte aus ganz Deutschland zusammen. In den Westzonen wurde die Bewegung alsbald illegal bestellt und die Volksbefragung verboten. Vor allem die FDJ in den Westzonen ließ sich davon aber nicht beirren. Anlässlich seiner 2. Tagung am 19. März 1948 übertrug der Volkskongreß dem neu konstituierten „Deutschen Volksrat“ (300 Mitglieder aus der SBZ, 100 Mitglieder aus den Westzonen) die Aufgabe, unter Leitung von Otto

Grotewohl einen Verfassungsentwurf auszuarbeiten. Grotewohl griff auf ein Konzept zurück, das bereits am 16. November 1946 im „Neuen Deutschland“ als Entwurf einer möglichen gesamtdeutschen Verfassung abgedruckt worden war. Inhaltlich orientierte sich der Entwurf an der Weimarer Reichsverfassung, skizzierte das Modell eines zentralen Einheitsstaates mit dezentralen Länderverwaltungen, verfaßt als antifaschistisch-demokratische Friedensordnung. Auf dem Programm stand zudem die Verstaatlichung von Großbanken und Schlüsselindustrien. Die detaillierte Ausarbeitung wurde schließlich am 22. Oktober 1948 vom Volksrat genehmigt und im ganzen Land publik gemacht. Nach drei Monaten breiter Diskussion und etlichen Änderungsanträgen, wertete der Ausschuß bis zum 2. März 1949 die Vorschläge aus. Von den 144 Artikeln der Verfassung wurden 52 entsprechend neu gefaßt. Es folgte am 19. März 1949 die Vorlage eines verbesserten Entwurfs an den Deutschen Volksrat, der es an den 3. Deutschen Volkskongreß zur Beratung und Entscheidung weitergab. Der Verfassungstext wurde am 30. Mai 1949 beschlossen. Bleibt zu erwähnen, daß zu keinem Zeitpunkt von der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) in die Verfassungsdiskussion hineinregiert wurde – ein Umstand, den auch die bürgerliche Rechtswissenschaft zuzugeben gezwungen war. Die Frage nach der demokratischen Legitimation der Verfassungen in DDR und BRD, bedarf nach allem keiner weiteren Vertiefung. Das demokratische Mäntelchen, das die Apologeten des transatlantisch treu ausgerichteten vermeintlich „demokratischen Rechtsstaates“ dem Gründungsmythos ihrer Verfassung umhängen, ist Ausdruck des Scheins, mit dem sich die bürgerliche Rechtsordnung ohnehin allzu gern umgibt. Die Legende vom Recht als neutral, unabhängig, jenseits aller schnöden Interessen gehört zur DNA des kapitalistischen Staates. Diente einst das große Programm von „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ der Bourgeoisie in ihren Anfängen zum Absprengen feudalistischer Fesseln, bröckelt (inzwischen auch für breite Schichten erkennbar) diese Legitimationsgrundlage zusehends. Nicht nur im Zuge des Stakkatos staatlicher Verbotspolitik zur Formierung der Gesellschaft auf den geplanten Krieg im Osten, auch durch die für jeden tagtäglich sichtbaren Beweise, daß der bürgerliche Staat noch nicht einmal mehr in der Lage ist, für ausreichende Bildung, minimale soziale Standards, inneren Frieden, funktionierende Krankenversorgung und fahrende Züge zu sorgen. Es sieht ganz danach aus, daß die Widersprüche in der Phase des entwickelten Kapitalismus zunehmen und zwar in dem Maße, in dem auch der Expansionsdrang nach innen und außen steigt. Da wird selbst das stetig angepaßte Grundgesetz zum Hemmschuh und mit Armut, Krieg und Entrechtung läßt sich keine Zukunft gründen.

Im Jahr 1968 dann die zweite Verfassung der DDR. In jenem Jahr, in dem in der Bundesrepublik die Notstandsgesetze als Kriegsrecht auf Vorrat eingeführt wurden, mitsamt einer Änderung von über 20 Grundgesetzartikeln. 19 Jahre Grundgesetz hatten da schon erwiesen, wie es um

die besondere „Flexibilität“ der westdeutschen Verfassung bestellt war: FDJ- und KPD-Verbot, Wiederbewaffnung, Aufbau von Geheimdiensten und Bundeswehr, NATO-Beitritt, eine Entnazifizierung, die beendet wurde, bevor sie überhaupt begonnen hatte. Wie ein Hohn klang da der Satz aus der Präambel des GG, „im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen“ sei der westdeutsche Staat „von dem Willen beseelt, dem Frieden der Welt zu dienen“. Etliche Grundgesetzänderungen beschlossen von willfährigen Abgeordneten gegen die Proteste auf den Straßen und in Betrieben. Und selbstverständlich: nicht ein einziges soziales Grundrecht, 1968 nicht und auch nicht später. Derweil entschied man sich auch in der DDR für eine Neubestimmung der Verfassung. Nicht im stillen Kämmerlein irgendwelcher Parlamentarier, sondern nach breiter Diskussion durch einen Volksentscheid am 6. April 1968. Der Entwurf war der gesamten DDR-Bevölkerung zuvor für mehrere Monate zur Diskussion und Prüfung vorgelegt worden. 12 454 Änderungsvorschläge wurden eingereicht, sie führten zu 118 Änderungen in der Präambel und 55 Verfassungsartikeln. 94,49 % der wahlberechtigten DDR-Bürger stimmten für die neue Verfassung. Sie ging zwar aus jener von 1949 hervor, war aber mehr als die Summe der Änderungen. Im Unterschied zur Verfassung 1949, die sich selbst als Motor des Umbaus von kapitalistischem Wirtschaften auf sozialistisches Wirtschaften, der Beseitigung antidemokratischer Strukturen und der Erprobung neuer gesellschaftlicher Institutionen verstand, spiegelte die 1968er Verfassung den begonnenen Aufbau des Sozialismus und die nächsten Schritte seiner Entwicklung wieder. In der neuen Präambel war es zu lesen: „... hat sich das Volk der Deutschen Demokratischen Republik, fest gegründet auf den Errungenschaften der antifaschistisch-demokratischen und der sozialistischen Umwälzung der gesellschaftlichen Ordnung, einig in seinen werktätigen Klassen und Schichten das Werk der Verfassung vom 7. Oktober 1949 in ihrem Geiste weiterführend, und von dem Willen erfüllt, den Weg des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit, der Demokratie, des Sozialismus und der Völkerfreundschaft in freier Entscheidung unbeirrt weiterzugehen, diese sozialistische Verfassung gegeben.“

Die vom Westen früh betonierte Spaltung war zum geschichtlichen Fakt geworden. Nie ging es ihm um „Wiedervereinigung“ unter Gleichen, sondern Kolonialismus: „Was östlich von Werra und Elbe liegt, sind Deutschlands unerlöste Provinzen. Daher heißt die Aufgabe nicht Wiedervereinigung, sondern Befreiung. Das Wort Wiedervereinigung soll endlich verschwinden. Es hat schon zu viel Unheil gebracht. Befreiung sei die Parole. (Konrad Adenauer, „Rheinischer Merkur“, 20. Juli 1952). Das Ergebnis kennen wir. Aber selbst im Moment ihres größten Triumphs trauten sie ihrer eigenen Verfassung nicht. In Art. 146 GG hatten sie sich verpflichtet, im Fall der Einheit das Volk in freier Entscheidung eine neue Verfassung beschließen zu lassen. Wie viel Angst kann man nur vor einer solchen Entscheidung haben?

Dr. Ralf Hohmann

Freiheit, die ich meine (3. Teil)

Während ich das hier schreibe, sind die Wahlen in Sachsen und Thüringen zu den Landesparlamenten gerade gelaufen. Die Ergebnisse überraschen mich nicht, sie hatten sich angedeutet. Fast ein Drittel aller an der Wahl Teilnehmenden hat sich in den beiden Bundesländern für die blaubraunen Rattenfänger und Menschenfeinde von der Nicht-alternative für Deutschland entschieden. Das zeugt, neben vielem anderen, von einer nicht vorhandenen linken Gegenkraft und davon, daß es gesamtgesellschaftlich gelungen ist, von den wirklichen Schuldigen an der Misere des Landes abzulenken und Migranten zu universellen Sündenböcken zu machen. War die Entscheidung, so zu wählen, eine freie Entscheidung und werden wir „freier“ durch EU-Europa?

In Augenblick tourt der bekannte bundesdeutsche Sänger Marius Müller-Westernhagen wieder durch die Veranstaltungsorte des Landes. Die Fans sind begeistert, insbesondere, wenn er eines seiner bekanntesten Lieder anstimmt und es im Refrain der dritten Strophe durch die Arenen schallt:

„Freiheit, Freiheit

Ist das einzige was zählt

Freiheit, Freiheit

Ist das einzige was zählt ...“

Freiheitsstatue, Freiheitsglocke – immer geht es irgendwie Freiheit. Freiheit ist einer der zentralen Kampfbegriffe bürgerlicher Herrschaft. Die Ostsozialisierten kennen sich damit aus, schließlich sollten sie 40 Jahre lang befreit werden. Leider verstand jeder etwas anderes darunter und so hielt sich die Dankbarkeit des Ostens nach 1989 in Grenzen. Aber was ist das eigentlich, diese Freiheit. Schon der etwas griesgrämige und doch geniale deutsche Philosoph Immanuel Kant hat sich mit diesem Problem beschäftigt. Er sah die Freiheit des Handelns jedes einzelnen begrenzt durch die Gesetze der Natur und durch die allgemein herrschenden Sitten. Das mit den Naturgesetzen ist einfach. Jedermann weiß, daß wir Menschen nur in einem schmalen Korridor natürlicher Bedingungen existieren können: Luftdruck, Schwerkraft, Temperatur, Zusammensetzung der Atmosphäre. Die aktuellen Veränderungen des Klimas machen uns gerade klar, daß nur zwei, drei Grad mehr zum Problem für die Weiterexistenz der Menschheit werden können. Genauso ist es mit dem Sauerstoffanteil in der Atemluft. Extrembergsteiger können ein Lied davon singen oder auch Piloten und Taucher wissen um die Bedeutung des Drucks auf den menschlichen Körper. Daß die meisten Menschen so tun, als ginge es uns nichts an, steht auf einem anderen Blatt.

Aber was meinte Kant mit den herrschenden Sitten? Jeder solle sein Handeln danach ausrichten, daß er dem Handeln jedes anderen keinen Schaden zufügt. Maßstab dafür sei die sittliche Vernunft. Auch wenn Hegel zu recht diesen Gedanken kritisiert, weil sich

damit das eine als auch sein Gegensatz begründen ließe, weil ethische Normen abhängig von den Interessen wären, scheint durch den Gedanken der sittlichen Vernunft doch die Erkenntnis hindurch, daß der Mensch nur ein gesellschaftliches Wesen ist und nur als solches als einzelnes, individuelles Individuum existieren kann, wie ein paar Jahre später Marx und Engels konstatierten. Anders formuliert, die Freiheit des einzelnen ist niemals absolut, sondern immer relativ. Die große französische Revolution von 1789 fand unter der Losung: Liberté, Égalité, Fraternité! – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – statt. Diese Forderung nach Freiheit meinte zu jener Zeit ganz konkret die Abschaffung der alten feudalen Abhängigkeiten, die bis zur Leibeigenschaft gingen. Die postulierte Gleichheit war Voraussetzung dafür und



Grenzkontrolle 1972 BRD – Österreich. Heute wieder da – wegen der Freiheit

gleichzeitig die Absage an die „gottgewollte“ Ordnung. Denn die bürgerliche Gesellschaft, jene Fabrikanten und Händler, benötigten Arbeiter, Produzenten. Die armen Bauern strömten in die Fabriken, es entstand der „doppelt freie Lohnarbeiter“, wie Marx formulierte, Menschen, die zwar frei von feudalen Bindungen, aber auch von Eigentum an Produktionsmitteln waren und zum Überleben nur ihre Arbeitskraft verkaufen konnten. Seine Arbeitskraft verkaufen – ist das eine freie Entscheidung? Sicher nicht, es ist eine reine Notwendigkeit.

Wir sehen also, es gibt viele Freiheiten: die Freiheit zu entscheiden, die Freiheit zu handeln und immer auch deren Grenzen. Und weil jene konkret sind, sind auch die Freiheiten immer historisch und naturgemäß konkret. Hegel war wohl der erste Denker, der das erkannte und der das Verhältnis von Freiheit und Notwendigkeit richtig darstellte. Für ihn ist die Freiheit die Einsicht in die Notwendigkeit. „Blind ist die Notwendigkeit nur, insofern dieselbe nicht begriffen wird.“ Friedrich Engel schrieb dazu im Anti-Dühring: „Nicht

in der geträumten Unabhängigkeit von den Naturgesetzen liegt die Freiheit, sondern in der Erkenntnis dieser Gesetze, und in der damit gegebenen Möglichkeit, sie planmäßig zu bestimmten Zwecken wirken zu lassen. Es gilt dies mit Beziehung sowohl auf die Gesetze der äußeren Natur wie auf diejenigen, welche das körperliche und geistige Dasein des Menschen selbst regeln – zwei Klassen von Gesetzen, die wir höchstens in der Vorstellung, nicht aber in der Wirklichkeit voneinander trennen können. Freiheit des Willens heißt daher nichts anderes als die Fähigkeit, mit Sachkenntnis entscheiden zu können.“ (Friedrich Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. Zitiert nach MEW, Band 20, Seite 106)

Wir müssen also um die natürlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wissen, um Entscheidungen treffen zu können und entsprechend zu handeln. Wobei gesellschaftliche Rahmenbedingungen nicht meint, sich dem codifizierten Recht der Herrschenden unbedingt zu unterwerfen, sondern in seinem Handeln immer auch den Einfluß des Handelns auf alle anderen Menschen abzuschätzen. Wir benötigen für unsere Freiheit also Wissen, Wissen über die Welt und was sie im Innersten zusammenhält, wie Goethe schrieb. Allerdings ist der Begriff Freiheit zu verlockend, um ihn als inhaltsleeres Schlagwort gegen jeden und alles in Anschlag zu bringen. So wurde dieser Begriff zu einem der meistgebrauchtesten, inhaltsleeren Parolen des bürgerlichen Politikbetriebes. Eine Voraussetzung war, den vereinzelt Einzelnen zu erfinden, also den Menschen zu einem Individuum zu erklären, der allein dasteht und sich nur um sich kümmern muß. Allein für sich und gegen alle anderen soll

er seine Freiheit durchsetzen, das wäre das höchste zu Erreichende. Da hinein paßt auch die Vorstellung vom „Ende der Geschichte“, das kapitalistische Gesellschaftsmodell ist das maximal Erreichbare und jeder, der anders denkt, ist nicht etwa einfach nur ein Andersdenkender, sondern ein falscher Denker, ein die absolute Freiheit einschränkender Querulant, der, weil er eine andere Gesellschaft anstrebt, auch ein potentieller Terrorist ist. Dabei wird kein Unterschied gemacht, ob die Kritiker der bürgerlichen Gesellschaft Nazis, Islamisten, Verschwörungstheoretiker oder Kommunisten sind. Alle werden in einen Topf geworfen und vom bürgerlichen Staat gleichermaßen bekämpft. Im Rahmen der sogenannten Hufeisentheorie wird zwischen Nazis und Kommunisten kein Unterschied gemacht. Immer wieder wird als theoretische Begründerin dafür Hannah Arendt bemüht, die mit ihrer Totalitarismuskonzeption, deren Kern darin besteht, daß Revolutionen zwangsläufig nicht nur die Gewalt in sich tragen, sondern auch in totaler Herrschaft enden müssen.

Immer wieder wird allerdings auch Rosa Luxemburg bemüht, von der die Bemerkung stammt, daß die Freiheit immer die Freiheit der anders Denkenden ist, obwohl ich annehme, daß nur wenige wissen, in welchem Zusammenhang es gebraucht wurde. Diese Worte stammen aus Luxemburgs Aufzeichnungen zur Russischen Revolution von 1918. Wieder einmal im kaiserlichen Knast sitzend, schrieb sie ihre Gedanken zur Februar- und Oktoberrevolution in Rußland nieder. Im wesentlichen zeigte sie sich mit dem Handeln der Bolschewiki und deren Führer einverstanden, dachte aber auch über die Probleme und Schwierigkeiten nach, die eine erstmalige proletarische Revolution mit sich bringen könnte. Insofern ist das Zitat auch nicht Bestandteil des Textes, sondern lediglich eine Anmerkung zu ihren Ausführungen zum Umgang mit der

Demokratie und der Freiheit in bürgerlichen und sozialistischen Gesellschaftsordnungen. Was bedeutet das nun in bezug auf die Ausgangsfragen? Natürlich ist die Entscheidung, die Blaubraunen zu wählen, eine freie Entscheidung. Ob sie jedoch eine kluge Entscheidung, basierend auf Wissen und Abwägung der Wirkungen ist, sei dahingestellt. Wenn sich herausstellen sollte, daß diese Entscheidung zu noch mehr schlechter Politik zum Nachteil der produzierenden Mehrheit ist, war sie wohl dumm. Wer meint, daß nationales Interesse über den Interessen aller Arbeitenden auf der ganzen Welt steht, hat nicht verstanden, wer sein wirklicher politischer und ökonomischer Gegenspieler ist. Und erst im Schützengraben sitzend dahinter zu kommen, daß man seine Knochen für fremde Interessen hinhält, ist dann leider zu spät.

Ähnlich ist es mit der Freiheit und der EU. Abgeschaffte Grenzkontrollen innerhalb der EU sind noch lange keine Freiheit. Nach außen verhält sich die EU wie ein Nationalstaat und versucht sich immer mehr abzuschotten, das liegt im Interesse der in der EU beheimateten Monopole. Nach innen ist es nun endlich möglich, für alle EU-Völker sich gegenseitig zu besuchen, d.h., wenn man es sich leisten kann. Allerdings kommen Polen, Rumänen oder auch Bulgaren gern im Sommer nach Deutschland, als Erntehelfer, weil sie von den heimischen Löhnen nicht leben können. Auch nur eine bedingt freie Entscheidung, denn Kapitalismus bedeutet immer und zuallererst den ökonomischen Zwängen folgen. Dafür können wir uns im Discounter dann zwischen vier oder fünf Sorten mieser Nahrung ganz frei entscheiden.

Uli Jeschke

Eine Geschichte aus einer anderen Zeit

Es war einmal ein Deutschland, in dem trotz unerfreulicher Zeiten das Volk ohne weitere Störungen vor sich hinleben konnte. Wer in der Öffentlichkeit nichts gegen Staat, Regierung und Politik sagte, konnte sein Leben wie gewohnt weiterführen – und genau das wollten und machten die meisten Bürger auch. Wenn ihnen überhaupt auffiel, daß das geistige Klima immer stickiger wurde, das abweichende Meinungen immer mehr abgeschaltet und bestraft wurden, dann war es ihnen egal oder sie zogen es vor, es nicht zur Kenntnis zu nehmen. Man konnte ja sein Leben einigermaßen bequem weiterleben, solange man sich „aus der Politik“ raushielt. Wer sich daran nicht hielt und mit Kritik am Kurs von Staat und Regierung auffällig wurde, galt als Agent des Feindes und wurde entsprechend zur Rechenschaft gezogen. Der Feind war das Böse schlechthin, und sein Anführer ein Dämon in Menschengestalt. Deswegen mußte gegen den Feind ein vollkommen gerechter Krieg geführt werden. Alle paar Monate wurde irgendein Gesetz erlassen, das noch schärfere Kontrollen und noch

strengere Strafen für solche Abweichler vorsah. So wollte man verhindern, daß Feindpropaganda in die Köpfe der Bevölkerung gelangte. Selbstverständlich waren alle Zeitungen und Medien des Feindes verboten und selbst seine Zeichen und Symbole durften nicht gezeigt werden. In den Medien machte sich eine Meinungsuniformität breit, die viele Leute abwinken oder resignieren ließ – oder sie verlagerten gleich ihre Informationsbeschaffung auf Feindsender. Jede Regung von Kritik wurde von der Regierung als Aufforderung verstanden, noch härter dagegen vorzugehen und jetzt erst recht ihre Politik zu verfolgen. Und immer noch lebte der Großteil des Volkes mehr oder weniger zufrieden vor sich hin, meckerte manchmal, aber ließ „die da oben“ machen. Auf den öffentlichen Plätzen, in den Einkaufsläden und auf der Arbeit (dort besonders) behielten die Leute ihre Ansichten für sich. Besonders Gespräche über Politik waren ein Tabu, an das sich fast jeder hielt. Wer das nicht tat, mußte schlimmstenfalls mit Arbeitsplatzverlust und, je nach Schwere seiner feindbegünstigenden Äußerungen, mit Geld- oder Gefängnisstrafen rechnen.

Die Gerichtsbarkeit befand sich, wie die Medien, in einer Art Dämmer Schlaf bzw. einer ausgesprochenen Komplizenschaft mit der Macht; sowohl Justiz wie Medien sahen sich in erster Linie als Instrumente zur Verbreitung und Durchsetzung des politischen Willens der Machthaber.

Die meisten Bürger ließen sich davon ihren Alltag nur wenig verdrießen und freuten sich an ihrer Freiheit, Geld verdienen und in Urlaub fahren zu können. Sie wollten sich in ihrer Verfolgung ihrer kleinen (oder größeren) Wünsche und ihres Lebensglücks nicht von so etwas wie Politik und Krieg stören lassen. So konnten die meisten es schließlich kaum glauben, als der Krieg im Osten, den ihre Politiker angezettelt hatten, eines Tages nach Deutschland zurückkam. Aber da war es zu spät.

Ja, das war ein merkwürdiges Deutschland, und ich weiß nicht so recht, welches Deutschland das nun war. Das von 1934 oder das von 2024?

Kay Stratus

Quelle: Der Zaungast, 5.9.2024

Wahlen im Osten

Die Ergebnisse der Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg konnte man in etwa so erwarten. Für die politisch Verantwortlichen und den Mainstream ist klar: Der Osten ist schuld. Ihnen kommt nicht in den Sinn, zu ergründen, warum die AfD in drei Bundesländern einen derartigen Zuspruch in den letzten Jahren erfahren hat. Jetzt hebt man erschüttert die Hände, meint der Osten wähle rechts und sei unfähig, ihre „Demokratie“ wertzuschätzen. Aber war und ist es nicht die bürgerunfreundliche Merkel- und jetzt Scholz-Politik im Bündnis mit den Koalitionsparteien, welche die Wählerschaft unzufrieden macht? Dem Osten jetzt vorzuwerfen, er wäre rechts eingestellt und zu demokratischem

Wahlverhalten nicht fähig, ist einfach unverschämt. Da muß man dem Entertainer Harald Schmidt zustimmen, der sich sinngemäß fragte, was diese ganze Aufregung eigentlich soll. Es wären „demokratische Wahlen“ gewesen und wenn man mit deren Resultaten nicht zufrieden sei, solle man es mit den Wahlen besser lassen oder die Ergebnisse vorher festlegen.

Die seit 1990 versprochenen „blühenden Landschaften“ sind nie eingelöst worden. Dafür hat man in den Folgejahren alles getan, um die DDR zu verteufeln. Wer die Industrie im Osten aus Profitinteressen und um sich Konkurrenten vom Hals zu schaffen, absichtsvoll beseitigt, damit soziale Bindungen auf Dauer

zerstört, Volkseigentum durch die Treuhand verramscht und anschließend den Osten noch mit ungehinderten Zuwanderungen überflutet, kann auf Dauer nichts anderes als Protest erwarten. Erst nahm man den Ostdeutschen ihre Arbeitsplätze und damit ihre Würde. Man betrieb einen bisher nicht dagewesenen Bildungs- und Kulturfrevel. Nichts, was die Menschen in der DDR geschaffen hatten, war von Wert, alles wurde geringgeschätzt. Die DDR war die Inkarnation von allem Schlechten, das man sich nur denken konnte. Es galt auf Teufel komm raus diesen von der UNO anerkannten und von der fortschrittlichen Welt geachteten Staat zu delegitimieren.

Reiner Neubert, Berlin

Es darf alles nur böse gewesen sein

Auszüge aus einem Artikel von Dieter Frielinghaus aus dem Jahr 1990 (Teil 2 und Schluß)

Vorwort

Wir druckten im Juli/August-Heft des „RotFuchs“ den ersten Teil eines Artikels, den Pastor Dieter Frielinghaus unter dem Titel „Wir haben uns nicht geirrt in unserem Einsatz für den Sozialismus“ im Heft 4/1990 der „Weißenseer Blätter“ veröffentlicht hatte. Hier folgt der zweite Teil. Dieter Frielinghaus ist am 16. Mai im Alter von 95 Jahren im brandenburgischen Brüssow gestorben.

Arnold Schölzel

Rechte und falsche Buße

Heute leitet sie (gemeint ist die evangelische Kirche – R. F.) die allgemeine Buße an. Ich wollte, 1945 und in den Jahren danach hätten wir in unserer Kirche, unter Christen und Bürgerlichen auch nur halb soviel Eifer bewahrt bei moralischem Gericht und Selbstgericht. Das heutige Mehr an Eifer unterstützt die gewünschte, aber nun wirklich verfälschende und verheerende Ansicht, daß es „diesmal“ erst richtig schlimm gewesen sei. Damals würde jede Aufforderung zur Buße unmittelbar uns selber getroffen haben. Daher wollten wir auch nicht „befreit“ sein, sondern lieber die „Katastrophe“ erlitten haben. Wie viele auch nur von linken Pfarrern haben jemals vor ihrer Gemeinde ohne Wenn und Aber von der Befreiung vom Faschismus gesprochen? Die von oben immer neu gespeiste bürgerliche Grundstimmung ließ das einfach nicht zu. Die Klassenfrage ist in unserer Kirche uneingestanden lebhaft. Wie sonst könnte man, angesichts der kaltherzigen Gefährdung so vieler Existenzen hier und der sicheren Vertiefung des Elends der dritten Welt, Gott und sich selber für die Befreiung loben und die Bußübungen der anderen fordern, zählen und bewerten?

Gewiß, es bleibt noch Raum für eigene Buße. Aber auch sie wird sofort festgelegt. Zwar gab es – ich weiß, auch dies auszusprechen ist nicht mehr stubenrein – demokratische Möglichkeiten, wenn man zugeben wollte, daß eine anders konzipierte Demokratie noch nicht gleich Nichtdemokratie sein muß. Aber wir sollen nun einmal nicht Buße tun dafür, daß wir überhaupt dabei waren, noch dazu, obwohl wir nicht einmal den Ton angeben konnten. Buße für „Anpassung“ also. Das pejorative Wort will den Gedanken nicht aufkommen lassen, als könne jemals irgendeiner von uns sich etwa ehrenhafterweise beteiligt haben mit eigenem Willen, eigener Überzeugung und aus eigenem Antrieb. Ohne Unterbrechung gewispert und regelmäßig laut gepredigt hatte stets die Formel gegolten: Ablehnung vor Anerkennung oder auch nur dem Versuch dazu. Nach dem Neuen Testament ist das Gebet für die Obrigkeit die erste staatsbürgerliche Betätigung des Christen und der Kirche. Dazu muß sie allerdings, und sei es für einen Augenblick, erst einmal als Obrigkeit akzeptiert sein, ich sage nicht: anerkannt nach dem Wert ihrer Absichten und deren Verwirklichung, obwohl ja auch das einen Versuch wert wäre und

Christen anstünde. Ich denke, unsere Obrigkeit anderswo, ersehnt in der Ferne, im Herzen nah, aber nicht etwa im Himmel.

Wie und auf welcher Stufe Kirchenmenschen mit Staatsmenschen reden durften, mußte protokollarisch geregelt sein – von der Kirche, und der Staat folgte dem, wenn das heute auch kein Mensch mehr glaubt. Wo solches Reden freundlich geschah, und selbst dies kam vor, konnten wir uns kaum lassen vor Rührung über unseren Mut oder unsere – Herablassung. Es sind kirchenoffizielle und persönliche Äußerungen getan worden, die von den Sozialisten so verstanden wurden und verstanden werden sollten, daß wir gesellschaftlich mit ihnen solidarisch seien. Mindestens nachträglich erweisen sie sich als unwahr. Dafür, finde ich, müßten wir Buße tun.

So hoch die Hürde vor jedem Gespräch mit Sozialisten aufs neue war, so löste sie sich schlechterdings in Wohlgefallen auf, wenn es eine Begegnung mit Vertretern „westlicher“ Parteien, Regierungen, Banken oder Medien galt. Dieser Begegnungen wurden es immer mehr. Sie waren keinerlei moralischer oder gar geordneter Rechenschaftspflicht unterworfen. Aber als ich Mitglied der Kirchenleitung war, wagte ich fast keinen Verkehr mit marxistischen Freunden. Wie denn hätte ich mit ihnen nicht sprechen sollen über das, was uns gemeinsam bewegt? Aber ich wußte, daß es in der Kirche als Verrat angesehen werden könnte und im Zweifelsfall würde. Ich wollte auch nicht durch den Schein die Lauterkeit dessen in Frage stellen, was ich in der Kirche oftmals gegen die große Mehrheit meinte anmerken zu müssen. Trotzdem kam ich aus dem Vorwurf und Geruch der Angepaßtheit nicht heraus.

Obrigkeit? Regierung? Wie altmodisch oder modern wir es nennen, die Anerkennung schien nur nach außen, der Verrat nur nach innen möglich. Bei so verkehrter Welt lag die tatsächliche Option klar. Die Medien des Westens sind fuderweise aus unserer Kirche beliefert worden. Wie immer es gemeint war, wir wußten, was sie daraus machen würden und gemacht haben. Ihre Aufgabe und erklärter Wille war schließlich die Bekämpfung des Sozialismus. Wer soll glauben, daß es dennoch um Förderung, Entfaltung und also Leben des Sozialismus ging? Diese Freundschaft mit den Medien der Gegenseite reichte bis in Kreise der linken Christen. Auch darum habe ich vorstehend immer „wir“ gesagt, vor allem aber als Glied meiner Kirche.

Es darf alles nur böse gewesen sein

Lieber Bruder Domke, an dieser Stelle dürfte die Ursache dafür liegen, daß wir im Sozialismus nicht oder nicht richtig kritisiert haben. Wir waren von der Haltung unserer Kirche her nicht frei dazu. Wir waren von daher vor allem nicht frei, ihn von Herzen zu fördern. Wir lebten und leben nun erst recht mit und von „Menschen, die vom Kapital profitieren“. Hierüber hoffe ich mit Ihnen ganz einig zu sein.

Jede Kritik im Sozialismus wurde von den Mächtigen als Kritik am Sozialismus verübelt, klagte und klagt man. Jede – das stimmt zwar nicht, aber da wir wissen, was gemeint ist, lasse ich mich darauf ein. Hier lag eins unserer wirklichen Probleme, für viele eine wahre Not. Nur ist zu erinnern: Jede Kritik im Sozialismus wurde in unserer Kirche freudig-begierig als Kritik am Sozialismus aufgegriffen und verbreitet. Muß ich dieser Feststellung hinzufügen, oder hätte ich es vorher sagen sollen, daß jede Kritik im Sozialismus als Kritik am Sozialismus aufgegriffen, lautverstärkt, generalisiert, vergrößert und verfälscht wurde durch die imperialistischen Medien? Damals genügte ihnen eine Kritik im einzelnen, um das Erforderliche daraus zu machen. Heute allerdings verlangen sie, daß es wirklich eine pauschale Verwerfung gewesen sein muß. Christa Klug nun hat nach der Wende einige Male klargemacht, daß wir das Reich des Bösen nun doch nicht hatten und daß es der Sozialismus nicht war, wogegen sie gekämpft hat – und aus ist es mit ihrer künstlerischen Reputation bei der führenden westdeutschen Literaturkritik.

Entsprechend heute bei uns im Inneren. Es darf alles nur böse gewesen sein, alle haben dauernd gelitten, es gab keine Freuden. Zwar weiß jeder, daß dies nicht wahr ist, aber wehe dem, der es anders sagt. Dabei ist es so gewesen: Wir hatten, wie Menschen in anderen Ländern auch, unsere Probleme, und manche davon waren sogar lösbar. Aber wir haben jedes Problem mit der Lupe hervorgeholt, die nichts weiter erkennen läßt, haben jedes Problem als Ausgeburt des Bösen genommen, also nichts zu seiner Lösung getan und es so wirklich unlösbar gemacht. Nun möchte ich es aus Gründen der Nüchternheit und der Fairneß mit der alten, ehemaligen Landarbeiterin in unserem Dorfe halten, die am 18. März krakeelte: „Mögen sie uns beschissen haben, es ging uns doch gut!“ und hinging und PDS wählte. Viele werden es nach ihr, aber mit ihr wissen, dass wir mit allen Flecken und Runzeln den Sozialismus schon einmal hatten – fortan dürrtiger leben werden (mit Ausnahme, weil sie zu den Siegern gerechnet werden, wahrscheinlich der kirchlichen Mitarbeiter). Wo ertönt aus der Kirche ein Wort der Empörung gegen die Manipulation aus dem Westen? Das stets geschmähte „Neue Deutschland“ hat noch immer Denken verlangt. „Bild“ kämpft mittels eines wahren Apparats der Raffinesse erfolgreich gegen das Denken überhaupt, der Übertölpelte hält sich für originell, und die Kirche hat nichts gesehen. Schweinigeleien in fast jeder Zeitung, ernster gesprochen Erniedrigung der Frauen. Aber dafür nun auch Horoskop und Andacht am Wochenende. Die Freiheit hat ihren Preis. Dabei habe ich Neofaschismus und Jagd auf Ausländer noch nicht einmal erwähnt, man weiß ja, daß auch daran die SED schuld ist. Und was soll das Dulden und Mittun der Kirche bei dem Versand von immer mehr, immer kostbarerem und immer umweltschädlicherem

Papier, sinnlos und wichtigtuertisch bedruckt?
Wer wird noch ein Buch lesen?

Dies alles und noch viel mehr müssen wir wohl erwägen, wenn wir uns für die gerechtere Gesellschaft abermals aufmachen wollen und auch mit „Menschen, die vom Kapital profitieren“. Wir müssen wissen, wie unsäglich schwer es ist. Vor allen Dingen müssen wir von uns selber mehr verlangen an Mut und Geduld, an Entschiedenheit und Ungeduld und an der Bereitschaft, Verunglimpfung zu ertragen. Aber wir werden ja nicht so bald aufhören können, uns zu schämen, daß wir die Welt mit den Problemen eines wohlgenährten Volkes beschäftigen, das zahllose Leckereien gewohnt ist, es nun aber noch besser haben soll, während viele Europäer in West und Ost wiederum Angst bekommen vor deutscher Macht und die Not der Hungernden noch nachhaltiger aus dem Bewußtsein der Satten verdrängt wird.

Linke Selbstkritik

Die noch nach ihrer Ermordung in unseren christlichen Kreisen einfach nur verächtlich gemachte Rosa Luxemburg hat in denselben Kreisen späte Anerkennung gefunden für einen einzigen Satz, der zu allem möglichen und jedenfalls gegen den realen Sozialismus nützlich schien. Ich möchte dem zwei oder drei weitere Sätze von ihr hinzufügen. Als 1914 die Sozialdemokraten für die Kriegskredite votiert hatten, nannte sie dies einen epochalen Niedergang, die selbstverschuldete Niederlage nach über vierzigjährigem Kampf, der sich nach Zerschlagung der Pariser Commune seitens der unterdrückten Klasse für ihre Befreiung erhoben hatte: „Die Kapitulation der internationalen Sozialdemokratie. Sich darüber zu täuschen, sie zu verschleiern, wäre das Törichteste, das Verhängnisvollste, was dem Proletariat passieren könnte.“ Hier führt sie im Vorbeigehen auch

einen Hieb auf unsereinen: Der revolutionäre Kleinbürger gehe „ebenso makellos aus der schmählichsten Niederlage heraus, wie er unschuldig in sie hineingegangen ist, mit der neugewonnenen Überzeugung, daß er siegen muß, nicht daß er selbst und seine Partei den alten Standpunkt aufzugeben, sondern umgekehrt, daß die Verhältnisse ihm entgegen zu reifen haben.“ Damit hat sie Karl Marx zitiert und fährt fort: „Das moderne Proletariat geht anders aus geschichtlichen Proben hervor. Gigantisch wie seine Aufgaben sind auch seine Irrtümer. Kein vorgezeichnetes, kein ein für allemal gültiges Schema, kein unfehlbarer Führer zeigt ihm die Pfade, die es zu wandeln hat. Die geschichtliche Erfahrung ist seine einzige Lehrmeisterin, sein Dornenweg der Selbstbefreiung ist nicht bloß mit unermeßlichen Leiden, sondern auch mit unzähligen Irrtümern gepflastert. Das Ziel seiner Reise, seine Befreiung hängt davon ab, ob das Proletariat versteht, aus den eigenen Irrtümern zu lernen. Selbstkritik, rücksichtslose, grausame, bis auf den Grund der Dinge gehende Selbstkritik ist Lebensluft und Lebenslicht der proletarischen Bewegung. Der Fall des sozialistischen Proletariats im gegenwärtigen Weltkrieg ist beispiellos, ist ein Unglück für die Menschheit. Verloren wäre der Sozialismus nur dann, wenn das internationale Proletariat die Tiefe dieses Falls nicht ermessen, nicht aus ihm lernen wollte.“

Die Andersartigkeit der damaligen Ereignisse ist bis in den Duktus der Darlegung spürbar: Als Ursache des jetzigen Falls sehe ich die Schuld aus dem inneren Gang des Sozialismus weder so übergroß noch so ausschließlich. Dagegen sehe ich die Bedingungen für ein neues Aufstehen in Europa fast noch verzweifelter. Aber wer darf denn sagen, daß es auf die Dinge in Europa noch zuerst ankommt, noch, daß die europäische Linke

sich nicht kräftigen werde! Mutatis mutandis möchte man die Schrift „Die Krise der Sozialdemokratie“ (Juniusbroschüre) allen Marxisten neu empfehlen, aber auch uns linken Christen und allen Linken.

In ihrem Anhang, den „Leitsätzen über die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie“, bezeichnet Rosa Luxemburg als die „Hauptaufgabe des Sozialismus heute“, in internationaler Weite „die breiten Massen zur politischen Aktionsfähigkeit“ zu führen, als die „nächste Aufgabe des Sozialismus“ die „geistige Befreiung des Proletariats von der Vormundschaft der Bourgeoisie“.

Notwendig zurückhaltender möchte ich eine Formulierung für Ihren Entwurf versuchen:

- Wir haben nicht geirrt in unserem Einsatz für den Sozialismus als der gerechteren Gesellschaftsordnung.
- Wir sind in die Irre gegangen dadurch, daß wir die Möglichkeit schwerer äußerer wie auch innerer Niederlagen bei Aufbau und der Verteidigung des Sozialismus zumal unter materiellen und geistigen Schlägen und Verführungen des Antikommunismus nicht ernst genug als Sache unserer Mitverantwortung genommen haben, die wir uns von keiner Seite streitig machen lassen durften.
- Wir haben nicht erfüllt und auch nicht erkannt das in der gegebenen Lage erforderte Maß an Wissen, Hingabe und Gemeinsamkeit für die bessere Gerechtigkeit, noch an der unverzichtbaren Kritik des Imperialismus, unserer bürgerlichen Vorurteile, der falschen Bindungen unserer Kirche und des Unrechts, das bei der Ausübung der dem Sozialismus noch so nötigen Macht geschah.

Mit herzlichem Dank für Ihre Initiative und vielen guten Wünschen

Bergholz, 22. Juli 1990

Ihr Dieter Frielinghaus

Warum ich nun mal Ossi bin

Warum ich nun mal Ossi bin?

Ich hatte einfach Glück.

Die Zeit war meine Lehrerin.

Und fragst du mich nach Lebenssinn,
dann schau ich gern zurück.

Wir führten niemals einen Krieg.

Daß uns die Erde hält,
war Volkes Sinn und Staatsräson,
daß keine Mutter ihren Sohn
beweint am Kriegerfeld.

Wir hielten Solidarität.

Im Land und weltenweit,
wo je ein Volk in Freiheit kam.
In Chile oder Vietnam.
Drauf bin ich stolz bis heute.

Die Frauen hatten gleichen Lohn
und Kitas reichlich Töpfe
für Popos mit Gemeinschaftssinn.
Der Volkswirtschaft sehr zum Gewinn
durch kluge Weiberköpfe.

Es blieb die Doppellast der Frau.

Manch Kerle lernten spät.
Doch nie entschied bei uns der Mann,
ob Frau ein Konto haben kann
oder zur Arbeit geht.

Und Pisa hätte uns gelobt.

Bildung kein Privileg.

Man lernte, wie man denkt und schreibt
und seiner Heimat nahe bleibt
auf mühevollen Weg.

Die Kinokarte 2 Mark 05.

Und Jugendklubs statt Straße.
Erschwinglich Gas und Strom und Sprit.
Gesundheitsdienst ohne Profit.
Nur Kranke erster Klasse.

Gab Tränen auf dem Wohnungsamt.

Und grau war manche Stadt.
Doch keiner unter Brücken schlief,
niemand zur Tafel betteln lief,
weil jeder Arbeit hatt'.

Bescheiden ging es zu, nicht arm.

Reich war kein Kontostand.
Du bleibst du selbst im Kollektiv,
und wenn dir was zu Schaden lief,
half irgendeine Hand.

Als sich der Westen rüberschob,
da kehrten krude Besen.

Wie klang es von der Siegerbank?

An eurem Zwergenuntergang
seid ihr selbst schuld gewesen.

Die Fehler schreiben wir uns auf.

Die frühen wie die späten.

Wächst brachen Feldern nochmal Korn,
dann lernt die junge Mannschaft vorn,
was falsch ist auszuätzen.

Was unser Staat war, ist perdu.

Doch will er längst nicht sterben.
Denn was wir einmal hingestellt,
das fällt nicht einfach aus der Welt.
Da ist etwas zu erben.

Warum ich nun mal Ossi bin?

Ich hatte einfach Glück.

Die Zeit war meine Lehrerin.

Und fragst du mich nach Lebenssinn,
dann kämpfe ich dort, wo ich bin.
Dann kämpfe ich dort, wo ich bin
und schauere gern zurück.

Text und Musik: Hartmut König (Juli 2024)

WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

Das „Manifest“ – Grundlegung des wissenschaftlichen Kommunismus

Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln und erneut zur Diskussion stellen.

RF

14. März 1973

Welchem Gesellschaftssystem gehört die Zukunft, dem kapitalistischen oder dem sozialistischen? Gibt es objektive Gesetzmäßigkeiten, deren Wirken mit Notwendigkeit zum weltweiten Sieg des Kommunismus führt? Ist die Arbeiterklasse, die Hauptproduktivkraft der gesellschaftlichen Produktion, auch die revolutionärste Klasse unserer Epoche? Was befähigt sie zur Erfüllung ihrer revolutionären Mission, den Kapitalismus zu stürzen und die kommunistische Gesellschaftsformation zu errichten? Diese Fragen und viele sich aus ihnen ableitende Probleme bestimmen gegenwärtige weltanschauliche Parteienkämpfe. Die ideologischen Gesundheitsbeten des Kapitalismus – angefangen von den blindwütigen Antikommunisten ultrarechter Prägung bis hin zu den geschmeidigeren in Gestalt der Ideologen des Sozialdemokratismus – und auch ihre Helfershelfer, die „linken“ wie die rechten Revisionisten –, sie alle sind sich in einem einig: Sie versuchen, die objektive Gesetzmäßigkeit des Sieges des Sozialismus, die welthistorische Mission der Arbeiterklasse, die revolutionäre Rolle ihrer staatlichen Macht, die gesetzmäßig wachsenden Führungsaufgaben der marxistisch-leninistischen Partei, die klassenmäßige und damit internationalistische Lösung der nationalen Frage, die heroischen Pioniertaten der Sowjetunion bei der Eröffnung des kommunistischen Zeitalters in Abrede zu stellen. Im Leugnen dieser unumstößlichen, das Wesen unserer Epoche bestimmenden Prozesse spricht sich der Verlust des historischen Wirklichkeitssinnes der untergehenden Bourgeoisie aus. In ihrer Ideologie, einer Ideologie der Krise, des Pessimismus, des Irrationalismus und Subjektivismus kann nicht sein, was nicht sein darf. Die hartnäckige Verfälschung der genannten geschichtlichen Grundwahrheiten unserer Zeit ist die ideologische Begleitmusik des politischen Antikommunismus, insonderheit des Antisowjetismus. Die eingangs aufgereihten Fragen finden ihre ebenso wissenschaftliche wie optimistische Antwort in der Weltanschauung des Marxismus-Leninismus. Vor allem werden sie im wissenschaftlichen Kommunismus gelöst, einem Hauptbestandteil der revolutionären Theorie der Arbeiterklasse. Das „Manifest der Kommunistischen Partei“ ist seine Geburtsurkunde. Natürlich nicht als eine Dogmensammlung, die nur auswendig gelernt zu

werden brauchte, damit der Kommunismus der kapitalistischen Vergangenheit entspringe wie Pallas Athene dem Kopf des Zeus. Vielmehr legt es Grundsteine, auf denen der Ausbau und die Weiterentwicklung des wissenschaftlichen Kommunismus fußen. Maßgeblich für den theoretischen Fortschritt auf diesem Gebiet waren und sind auch heute noch das Marxsche „Kapital“, Marx' „Kritik des Gothaer Programms“, Engels' „Anti-Dühring“. Ferner die gesamte Leninsche Etappe der Theorie der Arbeiterklasse. Denken wir nur an solche Arbeiten Lenins wie „Staat und Revolution“, „Die große Initiative“, „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“ und viele andere. Und schließlich wird das große, moderne Lehrbuch des wissenschaftlichen Kommunismus durch die Arbeitstaten der Werktätigen im Sozialismus, durch die Klassenschlachten der Arbeiter aller Länder gegen das Monopolkapital geschrieben. Diese gesellschaftliche Praxis, ihre Entwicklungserfordernisse sind verallgemeinert in den theoretischen Dokumenten der kommunistischen und Arbeiterparteien, allen voran der KPdSU.

Man kann den wissenschaftlichen Kommunismus als Lehre von Weg und Ziel der kommunistischen Umwälzung aller alten Verhältnisse bezeichnen. Genauer läßt er sich definieren als Gesamtheit der theoretischen Sätze über die Gesetzmäßigkeiten, die objektiven Bedingungen und subjektiven Faktoren, kraft derer sich die revolutionäre Emanzipation der Arbeiterklasse vom Kapital, der Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die planmäßige und bewußte Gestaltung des Sozialismus, die Errichtung des Kommunismus vollziehen.

Aus der Fülle der theoretischen Einsichten, die das „Manifest“ in das Wesen dieser Gesetze und Prozesse liefert, können wir hier nur einige wenige herausgreifen. (Wie wir schon mehrfach betonten, sind diese Einsichten aufs engste verflochten mit der materialistisch-dialektischen Philosophie und der politischen Ökonomie.)

Eine notwendige Voraussetzung für die Entwicklung des wissenschaftlichen Kommunismus und seine Vereinigung mit der Arbeiterbewegung war und ist die Überwindung aller utopischen und scheinkommunistischen Vorstellungen. Marx und Engels skizzieren im Abschnitt III des „Manifests“

die reaktionären und kritisch-utopischen Sozialismus- und Kommunismus-Ideen um die Mitte des 19. Jahrhunderts. Hier, wie in anderen Teilen des „Manifests“, finden wir die noch heute gültige Antwort auf die ganz am Beginn ausgesprochene Frage, ob und warum der Kapitalismus durch den Kommunismus gesetzmäßig abgelöst wird.

Die bedeutendsten utopisch-sozialistischen Vorläufer der Marxschen Lehre waren Owen, Saint-Simon und Fourier. Sie haben Großes geleistet bei der Enthüllung der unheilbaren Gebrechen des Kapitalismus, der schreienden Gegensätze von Arm und Reich, des Elends der Proletarier, des fehlerhaften Kreislaufs der kapitalistischen Warenwirtschaft. Ihre entscheidende Schranke war: Sie begriffen das Proletariat nur als leidende Klasse. Sie erkannten nicht, daß es sich notwendig zum revolutionären Kampf erheben, die sein Elend bedingenden Produktionsverhältnisse revolutionär beseitigen und als geschichtlich selbständige, zu historischem Schöpferturn befähigte Kraft die neue Gesellschaft aufbauen wird. Die scharfsinnige Kritik der Utopisten am Kapitalismus verband sich mit untauglichen Projekten seiner Veränderung: Sie erfanden phantastische Systeme für die Einrichtung des künftigen Gesellschaftsgebäudes und versprachen sich deren Verwirklichung von Appellen an Vernunft und Moral der herrschenden Klassen.

Marx und Engels weisen in diametralem Gegensatz hierzu nach: Der Kapitalismus geht zugrunde am gesetzmäßig sich zuspitzenden Widerspruch zwischen den von ihm selbst freigesetzten Produktivkräften und den kapitalistischen Produktionsverhältnissen.

Das „Manifest“ führt dabei einen Gedanken aus, den Marx schon in einer vorhergegangenen Arbeit, im „Elend der Philosophie“, ausgesprochen hatte: Die größte Produktivkraft ist die revolutionäre Klasse, sind die Arbeiter selbst. Und zwar nicht bloß in der unmittelbaren Produktion, sondern Schritt für Schritt auch im ganzen politischen Leben, in der ganzen geschichtlichen Vorwärtsbewegung. Sie werden es, indem sie sich von der anfänglichen Maschinenstürmerei, den Rebellionen nur gegen einzelne Unternehmer, den lokal begrenzten Streiks um höhere Löhne schließlich zur politisch kämpfenden Klasse erheben. Diesem Zusammenschluß arbeitet die industriekapitalistische Entwicklung notwendig selbst

entgegen. Im „Manifest“ lesen wir: „... mit der Entwicklung der Industrie vermehrt sich nicht nur das Proletariat; es wird in größeren Massen zusammengedrängt, seine Kraft wächst, und es fühlt sie mehr ... Immer mehr nehmen die Kollisionen zwischen dem einzelnen Arbeiter und dem einzelnen Bourgeois den Charakter von Kollisionen zweier Klassen an ... Es bedarf bloß der Verbindung, um die vielen Lokalkämpfe ... zu einem Klassenkampf zu zentralisieren.“¹ An anderer Stelle heißt es: „... die Bourgeoisie hat nicht nur die Waffen geschmiedet, die ihr den Tod bringen (nämlich die gegen die alten Eigentumsverhältnisse rebellierenden materiell-technischen Produktivkräfte); sie hat auch die Männer gezeugt, die diese Waffen führen werden – die modernen Arbeiter, die Proletarier.“² Wogegen haben die zur kämpfenden Klasse vereinigten Arbeiter die Waffen zuallererst zu führen, was muß als erstes gestürzt werden? Die historisch bewahrheitete und noch vollgültige Antwort des „Manifests“ lautet: „... der erste Schritt in der Arbeiterrevolution (ist) die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse ...“³

In anderen Worten: Die Arbeiter müssen, und das ist die politische Kernfrage der sozialistischen Revolution, den alten kapitalistischen Staat stürzen und ihre eigene, neue Macht errichten.

Was ist der sozial-ökonomische Hauptinhalt der Umwälzung? Es heißt hierzu im „Manifest“: „Die

kommunistische Revolution ist das radikalste Brechen mit den überlieferten Eigentumsverhältnissen ...“⁴ An anderer Stelle wird betont: Die Kommunisten können ihre Theorie in dem einen Ausdruck zusammenfassen – Aufhebung des kapitalistischen Privateigentums.⁵ Mit seiner Vergesellschaftung geschieht im Grunde zunächst nur die ganz legitime und für den weiteren gesellschaftlichen Fortschritt notwendige Zurückführung eines gesellschaftlichen Produkts in die Hände derer, die es erzeugt haben, des werktätigen Volkes. Das „Manifest“ hebt in diesem Sinne hervor: „Das Kapital ist ein gemeinschaftliches Produkt und kann nur durch eine gemeinsame Tätigkeit aller Mitglieder der Gesellschaft in Bewegung gesetzt werden.“⁶ Mit der Umwälzung der Eigentumsverhältnisse muß die Zerschlagung der bestehenden politischen Herrschaftsverhältnisse und die Umwälzung des ganzen alten ideologischen Überbaus einhergehen. Ohne dies ist kein sozialistischer Aufbau denkbar. „Das Proletariat“, betonen Marx und Engels, „die unterste Schicht der jetzigen Gesellschaft, kann sich nicht ... aufrichten, ohne daß der ganze Überbau der Schichten, die die offizielle Gesellschaft bilden, in die Luft gesprengt wird.“⁷ Das radikale Brechen mit den alten Eigentumsverhältnissen schließt im Entwicklungsgang der sozialistischen Umwälzung notwendig den radikalen Bruch mit den überlieferten

reaktionären Ideen ein.⁸ Auch dies ist gültig bis in unsere Gegenwart – wie alle grundsätzlichen Passagen des „Kommunistischen Manifests“.

Ich betonte eingangs, daß wir das „Manifest“ nicht als eine Dogmensammlung zur Interpretation der Wirklichkeit betrachten. Marx und Engels selbst sind dem entschieden entgegengetreten. In ihrem gemeinsamen Vorwort zur deutschen Neuauflage von 1872 heißt es: „Wie sehr sich auch die Verhältnisse der letzten fünfundzwanzig Jahre geändert haben, die in diesem Manifest entwickelten allgemeinen Grundsätze behalten im ganzen und großen auch heute noch ihre volle Richtigkeit. Einzelnes wäre hier und da zu bessern. Die praktische Anwendung dieser Grundsätze, erklärt das ‚Manifest‘ selbst, wird überall und jederzeit von den geschichtlich vorliegenden Umständen abhängen ...“⁹

Anmerkungen

- 1 MEW, Bd. 4, S. 470/471
- 2 Ebenda, S. 468
- 3 Ebenda, S. 481
- 4 Ebenda
- 5 Vergl. ebenda, S. 475
- 6 Ebenda, S. 476
- 7 Ebenda, S. 473
- 8 Vergl. ebenda, S. 481
- 9 Ebenda, S. 573

„Am Anfang steht das Wort“ (?)

Faust glaubte zunächst, im Neuen Testament die Offenbarung zu finden und schickte sich an, das heilige Original in sein geliebtes Deutsch zu übertragen, um es seinen Landsleuten zugänglich zu machen, die des Lateinischen oder Griechischen nicht mächtig waren. Es war die übergroße Mehrheit. Faust hatte schon Schwierigkeiten mit der ersten Zeile. „Im Anfang steht das Wort! Hier stock ich schon! Wer hilft mir weiter fort?“ Nach einigem Abwägen übersetzte er dann: „Auf einmal seh ich Rat und schreibe getrost: Im Anfang war die Tat.“

Es ist die Tat mit Geist, die Tat mit Theorie! Heutzutage erklären führende Politiker, entscheidend sei der Pragmatismus auf Bundes- und Landesebene, garniert mit Allgemeinplätzen zur (bürgerlichen) Demokratie und sozialen Gerechtigkeit. Der Staatsapparat muß laufen, in Gang gehalten werden. Theorie sei überflüssig und könne uns ohnehin nichts bieten. Für eine Linkspartei ist eine solche Haltung verheerend. Ob es noch gelingen wird, den Niedergangsprozeß der Linken zu stoppen, hängt davon ab, ob ein Parteivorsitzender oder eine Parteivorsitzende der Partei die Linke auf dem Parteitag in Halle vom 18. bis 20.10.2024 unter tosendem Beifall ausrufen wird: „Nun, Parteigenossen, heute erleben wir den Moment, wo wir sagen können: Wir sind wieder bei Marx, unter seinem Banner!“ (Rosa Luxemburg) Passiert es nicht, dürfte das Schicksal der Linken besiegelt sein, obwohl sich der kapitalistischen Realität die Erkenntnisse des

Marxismus förmlich aufdrängen. Greifen wir nur zwei Meldungen der jüngsten Zeit heraus. Am 6.9.2022 ließ man sich in dem Leitmedium ARD zu dem ehrlichen Eingeständnis hinreißen, daß die von VW angekündigten Werksschließungen und Entlassungen die Börse freue. Die VW-Aktie setzte sich mit Kursgewinnen von mehr als 2 Prozent an die DAX-Spitze. Stunden später fordert Die Linken-Vorsitzende Janine Wissler – so wünscht man sich das vom Parteivorstand der Linken – VW-Großaktionäre zur Rückzahlung von Milliarden-Dividenden auf. Um Werkschließungen und Entlassungen zu vermeiden benötige VW ca. 5 Milliarden Euro. Dies entspricht in etwa dem Betrag, den der Konzern an die Großaktionäre wie den Porsche-Piëch-Oligarchen gerade erst ausgeschüttet hatte. Der Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit wurde medienwirksam offengelegt. Das ist der richtige Weg.

Zu den ehernen Gesetzen des Kapitalismus gehört geschichtsnotorisch bewiesen, dass sich erst einmal die Kapitalistenklasse ihre Profite sichert und drohende Verluste so oder so den Arbeitnehmern auferlegt. Wenn der kapitalistische Staat, also der ideelle Gesamtkapitalist, regionale soziale Verwerfungen befürchtet, bügelt er den Systemfehler mit Steuergeldern aus und rettet das im Konkurrenzkampf unterlegene kapitalistische Unternehmen. Eine „Einzel-Krise“ kann damit manchmal glimpflich überwunden werden. Aber wodurch wird sie überwunden, fragt das Kommunistische Manifest, um zugleich die Antwort zu geben:

„Dadurch, daß sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert.“ Da sage mir einer, das Kommunistische Manifest sei veraltet und gehöre ins 19. Jahrhundert. So ist es aber, wenn man mit unbeschreiblicher Ignoranz und Dummheit auf den Marxismus schaut.

Um nun wieder auf den Ausgangspunkt, das Neue Testament, zurückzukommen. Nach 1990 fand das Neue Testament in den Nachtschränken aller ostdeutschen Hotels – warum nicht das Kommunistische Manifest? – seinen festen Platz (im Westen war es wohl schon immer so). Die Wessis hätten bei einem Hotelaufenthalt in den neuen Bundesländern und dessen Lektüre erfahren können, was viele Osis den Wessis voraushaben und worin die immer wieder auftretenden Krisen ihres Systems und die permanente Angst um den Arbeitsplatz Ursprung und Wurzel haben. Ein Austausch von Bibel und Manifest in den Hotels wäre der politischen Bildung im „vereinten“ Deutschland sicher zugute gekommen. Und vielen Genossen der Linken hätte man einen Tipp geben können, wo die etwas andere Bibel noch zu finden ist.

Auch das Sehnen des Faust nach Offenbarung bleibt durchaus aktuell. Die Offenbarung ist allerdings – soweit ich es überblicke – eher im Kommunistischen Manifest zu finden als im Neuen Testament. Im Anfang steht also nicht das Wort, sondern das Studium der Grundtexte von Marx und Engels.

Dr. Hans-Jürgen Joseph
Berlin



Solche und ähnlich lautenden Gruselmärchen waren früher und sind heute wieder die Grundlage für Stimmungsmache gegen den „Feind“: „Juden und Russen sind niederrassig“, „Die Kornkammer Deutschlands ist die Ukraine“, „Die gelbe Gefahr lauert in China“ etc. Direkte Folge davon: zwei von Deutschland zu verantwortende Weltkriege, denen nun in „Zeitenwende“-Manier, heraufbeschworen von einem SPD-Bundeskanzler und seiner Mannschaft, ein dritter folgen könnte. Der Bundeskanzler verbrämt und verschleierte dabei die eigentlichen Ziele seines Handelns in der Innen- wie Außenpolitik. Der Bundespräsident leugnet deutsche Geschichte und täuscht ein nie dagewesenes Zeitalter seiner Prägung vor. Vergessen wir nicht: „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch ...“, warnte Brecht vor 75 Jahren. Er scheint heute fruchtbarer denn je ...

Franz Hamich, Berlin

Die drohende Katastrophe mit aller Kraft verhindern!

Es ist äußerst alarmierend, was hier passiert. Die herrschenden Kräfte in Deutschland (ausgenommen 1945–1990 auf dem Gebiet der DDR) haben aus der Geschichte der letzten 110 Jahre absolut nichts gelernt. Ihr Haß auf die Sowjetunion und die mit ihr verbündeten Staaten und jetzt auf Rußland war und ist so groß, daß sämtliche feindseligen Emotionen das klare Denken überwuchern. Was jetzt zwischen der Regierung Scholz und den USA vereinbart wurde, ist ein weiterer Ausverkauf der nationalen Souveränität und eine noch stärkere Unterwerfung gegenüber der USA und die Gefahr, daß Deutschland durch das Bündnis mit den USA in weitere Kriege hineingezogen wird, steigt stetig. Von der Ampel-Koalition ist mit der „Zeitenwende“ kein Kurswechsel zu erwarten. Unter CDU/CSU ist zu befürchten, daß eine mögliche Kanzlerschaft von Merz noch um einiges schlimmer wird als bei Frau Merkel. Gar nicht daran zu denken, was uns bei wachsendem Einfluß der AfD erwartet. Ebenfalls verheerend ist, daß in maßgebenden Ländern Europas, wie z.B. Italien und Frankreich, eine deutliche Entwicklung nach rechts zu erkennen ist.

Wenn es den Menschen an der Basis nicht gelingt, diese unheilvolle Entwicklung zu stoppen, wird die Menschheit wohl in Höllenflammen untergehen.

Erich Weinert warnte in seinem Gedicht „Wer führt den letzten Krieg“ eindringlich vor dieser Gefahr mit den Worten: „Die Erde kocht, die Städte sieden, bis daß die Welt dem Schauhause gleicht und über Leichenpyramiden kein Volk sich mehr die Hände reicht.“

Es gilt, diese drohende Katastrophe mit aller Kraft zu verhindern!

Jürgen Förster, Dresden

Unübersehbare Signale an den Westen

Nach dem brutalen Überfall von Ukraine und NATO auf das Kursker Gebiet ist alles anders. Rußland reagiert bei Angriffen und Terrorakten auf sein Land und auf seine Bürger nicht mehr wie bisher verhalten, sondern bestraft

die Verantwortlichen und die gegen die RF handelnden militärische Kräfte gebührend. So sollen beim Angriff der russischen Streitkräfte mit 2 Hyperschall-Iskander-Raketen auf das Ausbildungs- und Kommunikationszentrum der ukrainischen Armee in Poltawa 200 ukrainische und NATO-Spezialisten aus Polen, Schweden, Deutschland und Frankreich getötet und über 400 verwundet worden sein, erklärte der Militärjournalist Andrei Martynov dazu am 6.9.24 bei RIA Nowosti. Der schwedische Außenminister ist zurückgetreten und in Berlin jagten zwar Rettungswagen mit Schwerverletzten vom Flugplatz in die Krankenhäuser, aber die Politiker schwiegen.

Die außer Gefecht gesetzten NATO-Spezialisten waren Kommunikationsfachleute und Instrukteure elektronischer Kriegsführungs- sowie Drohnenlenkungssysteme, die Angehörige der ukrainischen Streitkräfte und der Nationalgarde (auch Neonazis von ASOW-Einheiten) ausbildeten, welche dann ihre bewaffneten Drohnen nicht nur auf das russische Militär, sondern in letzter Zeit auch immer häufiger auf zivile russische Bürger lenkten.

Die russische Seite habe bis zum Überdruß darauf hingewiesen, daß sie weiß, wer und wo sich NATO-Personal in der Ukraine bewegt und werde ab jetzt ohne Vorwarnung reagieren. Der Westen war und ist bis heute taub. Er wird sich aber den neuen Realitäten stellen müssen. Trotz dieses verschärferten Antwortens der russischen Seite, ist diese bereit, wie Putin zuletzt in Wladiwostok kundtat, ernste Friedensverhandlungen mit der Ukraine und dem Westen anzugehen. Der Ball liegt wieder einmal bei den Westlichen.

Gerhard Giese, Strausberg

Vielfalt der Friedensbemühungen

Zunächst Anerkennung und Würdigung der immer anspruchsvollen Veröffentlichungen von wirklich interessanten und zum Nachdenken anregenden Artikeln, trotz sicherlich eingeschränkter Platzkapazität, vor allem bei den Lesermeinungen, wenn auch manchmal zu lang. In der September-Ausgabe hat mich vor allem der Beitrag von Oberst a.D. Gerhard Giese bewegt, der die vielfältigen Friedensbemühungen im Ukraine Konflikt beleuchtete.

Ich war bisher immer der Meinung, es wird auf diplomatischen Wege zu wenig getan, um eine Friedenslösung zu finden. Seine Informationen haben mich eines besseren belehrt. Diese Vielfalt der Friedensbemühungen ist auch dringend notwendig, denn es muß alles getan werden, um den Krieg zu beenden. Die friedliebenden Menschen wollen keinen neuen Weltkrieg, der aber durch die Kriegs- und Aufrüstungstreiber unserem Erdball droht.

Siegfried Tietz, Altenberg/Sachsen

Volle Auftragsbücher für die Kriegsindustrie

Deutschland in Aufruhr? Proteste allerorts. Kein Tag ohne Haß, Gewalt oder Angriffe auf das Leben, Tötungsdelikte inbegriffen.

NEIN zu neuen US-Raketen!

MDR-Befragungen in ostdeutschen Bundesländern fanden heraus, daß zwei Drittel der Menschen neue US-Raketen auf deutschem Boden ablehnen. Mehrheiten der Bevölkerung sprechen sich nach wie vor gegen Krieg, Auf- und Wetrüsten und Raketenpläne aus.

Mit Fortgang des Kriegsgeschehens in der Ukraine, beständiger Eskalation, Forderung nach mehr und weitreichenden Waffensystemen gegen Rußland, bewußter Provokation des Krieges ohne rote Linien und Grenzen wird immer mehr Menschen bewußt, wer diesen Krieg forciert und immer gewollt hat. Deutschland erweist sich einmal mehr als aktiver Unterstützer des Kriegskurses, was die Schaffung einer breiten Friedensfront zwingend notwendig macht.

„Es mögen Situationen eintreten, in denen den Interessen der gesamten Menschheit der Vorrang vor den Klasseninteressen des Proletariats eingeräumt werden muß“, sind die Worte Lenins zu seiner Zeit. Heute, in ausge-rufener „Wendezeit“, reicht es nicht, sich auf die Kraft und relative Einheit der Friedensbewegung der 70er und 80er Jahre zu berufen. Während der Krieg seit 2014 in der Ukraine wenig wahrgenommen wird, überlagern das Feindbild, Haß und Hetze gegen Rußland seit Jahren alles Mühen um das Zusammenführen aller friedliebenden Menschen. Unterschiedliche Sichtweisen auf die Kriegführenden und jene, die den Krieg seit 2014 und davor vorbereiteten, offenbaren politisches Unverständnis selbst unter erfahrenen Friedensaktivisten. Doch die Situation heute fordert, sich an Lenins Worte zu erinnern und eine Friedensfront zu schaffen, die sich zu einem Aufruf zusammenfindet, unter dem sich alle friedliebenden Bewegungen einigen können. Wo findet sich ein gemeinsamer Nenner, dem sich alle anschließen können? Welche Forderungen einen alle? Krieg beenden!, dürfte die erste sein. Keine Waffenlieferung an die Ukraine, keine neuen weitreichendne Raketen auf deutschem Boden kann zu einer gemeinsamer Forderung werden.

Roland Winkler, Aue

„Der Schoß ist fruchtbar noch ...“

Warum wohl hat der derzeit höchste deutsche Repräsentant – vergeistigt in die TV-Kameras schauend – das „Böse im Osten“ ausgemacht?

Deutsche Politiker haben an Vertrauen verloren. Deutschland muß Kriegstüchtigkeit beweisen. Mehr für Rüstung und für den Kriegskurs. Der Rüstungskonzern Rheinmetall produziert bereits in der Ukraine den modernsten Schützenpanzer „Lynx“, und eine Munitionsfabrik soll gebaut werden. Volle Auftragsbücher beim Waffenproduzenten Dank „100 Milliarden Euro-Sondervermögen“. Kriegsminister Pistorius will soviel Geld, „was wir für die Landesverteidigung brauchen“. Krieg führen will bezahlt werden. Der Landeskommandochef Brandenburgs will für mehr Akzeptanz in der Gesellschaft sorgen, für persönlichen Einsatz, um „unsere Demokratie“ zu schützen und uns zu verteidigen. Unterdessen gehen die Kämpfe und das Töten im Gazastreifen und in der Ukraine unvermindert weiter, mit Panzern und Munition aus Deutschland. Ein deutscher Arzt im Gazastreifen-Einsatz berichtete von schwersten Verletzungen und Sterbenden, von erschöpften Menschen und furchtbaren Lebensumständen, von Menschen, die durch die Hölle gehen. Darunter die hohe Zahl der verletzten und sterbenden Kinder. Hinzu kommt, daß erforderliches medizinisches Personal und Krankenhausplätze nicht zur Verfügung stehen. Unzählige tote Palästinenser vor den Augen der Verantwortungsträger, denen bewußt ist, was da geschieht. Aus anderen Teilen der Welt wird von Völkermord gesprochen! Die Verantwortlichen müssen zur Verantwortung gezogen werden. Wer das mit einer Selbstverteidigung begründet, kann im Namen der Humanität nicht mit einem Freispruch rechnen. Wo das Kapital die Macht hat, sind um des großen Profits willen große Kriege gewollt.

Ernst Jäger, Panketal

Frieden und Abrüstung sind das Gebot der Stunde

Für wie dumm hält man eigentlich die deutsche Bevölkerung? In der Vergangenheit konnten wir schon des öfteren erfahren, wie man hier im Lande darauf reagiert, wenn sich ein russisches Aufklärungsflugzeug im internationalen Luftraum unserer Außengrenzen nähert. Dann steigen unverzüglich und sehr schnell sogenannte Alarmrotten von Abfangjägern auf und verhindern das Eindringen in unseren Luftraum. Im Ernstfall kann man davon ausgehen, daß sie auch Waffen einsetzen würden. Nun werden schon seit dem 8. August 2024 über dem ChemCoast Park in Brunsbüttel mehrere unbekannte Drohnen gesichtet und man fragt sich, warum werden die nicht einfach vernichtet, wenn man meint, daß das Spionagedrohnen sind? Noch absurder ist jedoch die Meinung, daß es sich eventuell um russische Drohnen handelt, die in Kaliningrad gestartet wären. Diese Stadt liegt im übrigen ca. 1000 Kilometer von Deutschland entfernt. Diese Drohne müßte mehrere NATO-Länder unbehelligt passieren. Sollte das also Wirklichkeit sein, würde es der NATO-Luftraumüberwachung ein Armutszeugnis ausstellen. Es wäre gelinde gesagt, ein militärisches Desaster.

Was soll also dieses Angstmachen? Will man eventuell nur davon ablenken, daß täglich hunderte ukrainische Drohnen, die aus NATO-Beständen kommen, über russischem Gebiet eingesetzt werden und dort nicht nur spionieren?

Im übrigen braucht Rußland bestimmt keine Drohnen, um zu wissen, was in Geilenkirchen stationiert ist. Dazu gibt es Satelliten, die das gut erkennen können. Man kann mit Sicherheit davon ausgehen, diese Zielkoordinaten sind bereits in den Abfangraketen einprogrammiert.

Wollen wir wirklich riskieren, in einen großen Krieg hineingezogen zu werden? Die USA sind weit weg, die werden sich, wie immer, wenn es ihnen ans Leder gehen könnte, aus so einem Krieg heraushalten. Deshalb kann nur Frieden und Abrüstung das Gebot der Stunde sein

Ralf Kaestner, Bützow

Gibt es noch die Arbeiterklasse?

Einst hatte ich an vielen Friedensdemonstrationen teilgenommen. Dabei ist mir immer aufgefallen, daß die meisten Redner die negativen Auswirkungen dieses Systems erkennen und benennen. Im gleichen Atemzug wurden die Politiker als die wirklichen Schuldigen am allgemeinen Unmüte ausgemacht. Sie seien verantwortlich für Energiekrisen, Wirtschaftskrisen, Insolvenzkrisen, Gesundheitskrisen, Wohnungskrisen, Bildungskrisen, Öl- und Nahrungsmittelkrisen usw. Diese Sicht greift jedoch zu kurz. Dem französischen Historiker Jean Jaurès ist zuzustimmen, wenn er sagt: „Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen.“ Kriege haben die Entwicklung des Kapitalismus immer begleitet – ausgehend von der ursprünglichen Akkumulation sind diese Kriege die Existenzbedingung des Kapitals. Bertolt Brecht erkannte: „Die Kapitalisten wollen keinen Krieg. Sie müssen ihn wollen.“ Die Herrschenden haben wirklich ganze Arbeit geleistet. Sie schafften es, daß der Arbeiter sich nicht als Arbeiter (Klasse) sieht, sondern sich nur als ein Individuum in dieser Gesellschaft wahrnimmt, einer Gesellschaft, die den Individualismus vorantreibt. Profit gegen Menschlichkeit – das ist es, was wir erleben. Jeder ist auf sich gestellt, jeder gegen jeden, ja, so soll es sein ... Das Kapital braucht die Arbeiterklasse, aber keinesfalls als Faust.

Peter Dornbruch, Thailand

Gedankenspiele zu knappen Kassen und fremdem Geld

Die Kassen leeren sich und die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands ist alles andere als erfreulich. Rüstung, Kriegstauglichkeit und die künstliche Verlängerung des Ukrainekrieges sollen aber weiter erklärtes Staatsziel bleiben.

Die Wirtschaftslage Rußlands dagegen scheint besser zu sein als erwartet. Also haben sie auch Geld, über deren Verwendungszweck sich nun ausgerechnet die G7- und die EU-Staaten Gedanken machen.

In dem OZ-Artikel von Felix Huesmann, vom 19.8.2024 werden 300 Milliarden eingefrorene Euro genannt, die dem russischen Staat gehören. Deren Zinsgewinne wecken nun die Begehrlichkeit der EU und G7-Staaten.

Aber was bedeutet das Einfrieren von Vermögen fremder Staaten in der Realität? Ich kann es nur mit einfachen Worten sagen. Es geht schlicht darum, den Eigentümern den Zugriff auf ihre Vermögenswerte zu verweigern, wie im Fall der russischen Zentralbank, die ihre Devisenreserven zwar noch hat, aber nicht mehr nutzen kann.

Sprichwörtlich würde man sagen, das Geld ist nicht weg, es hat jetzt nur ein anderer.

Durch die Negativbilanz der deutschen Wirtschaft ist auch meine private Wirtschaftsbilanz schlechter geworden.

Stelle ich Vergleiche zu der zuvor geschilderten Situation, habe ich schlechtere Karten. Mir fehlt die Möglichkeit, auf das Geld eines anderen zuzugreifen, es einzufrieren oder ganz einfach zu unterschlagen. Ich will mich auch nicht mit anderen zusammenschließen, um derartige Vorhaben zu realisieren. Das deutsche Strafrecht hat da eindeutige Rechtsnormen, an die sich der normale Bürger zu halten hat. Man verzichtet hier auf den Begriff einfrieren und nennt es zutreffender Unterschlagung.

Der juristische Tatbestand der Unterschlagung liegt vor, wenn jemand vorsätzlich eine fremde bewegliche Sache sich oder einem Dritten rechtswidrig zueignet. Könnte das vergleichsweise auch auf den beabsichtigten Umgang mit den Zinsgewinnen Rußlands zutreffen, die man gerne der Ukraine zueignen will?

Ich würde mich nicht mit anderen zusammenschließen wollen, denn damit würde ich wohl den Tatbestand einer kriminellen Vereinigung berühren.

Es ist erschreckend, zu welchen Gedankenspielen man kommen kann, wenn man nicht über die profunden Rechtskenntnisse der führenden Politiker verfügt.

So bleibt wohl nur das Sprichwort: „Wenn zwei das Gleiche tun, ist das noch lange nicht dasselbe.“

Jürgen Barz, Wismar

„Freiheitsschock“

„Der Ostberliner Historiker Sascha Kowalczuk attestiert vielen Ostdeutschen einen ‚Freiheitsschock‘, den sie nach der Vereinigung erlitten und bis heute nicht völlig verwunden hätten. Sein Buch stürmt auf Anhieb die Bestsellerlisten.“ – So steht es im Vorspann eines Interviews, das die Sächsische Zeitung mit dem angesagten Historiker zur DDR-Geschichte führte und unter die Überschrift stellte: „Von der Sehnsucht nach einer DDR, die es nie gab“ (29.8.2024).

Wie kann das sein? Hatten nicht 1990 die wählenden DDR-Bürger für ein einiges Deutschland gestimmt? Doch dann kam der „Freiheitsschock“ mit seinen biografischen Brüchen, Deindustrialisierung, hoher Arbeitslosigkeit, Massenabwanderung usw. Als die Alt-DDR-Bürger (ich wähle bewußt diesen Begriff) erkannten, daß ihre „Vorstellungen von der Demokratie“ falsch waren

und zu „falschen Erwartungshaltungen“ geführt hatten, war der Schock natürlich groß. So hätten viele im Osten „auch nie engere Bindungen an die westlich geprägte freiheitlich-liberale Demokratie entwickelt. Im Gegenteil, da herrschte und herrscht großes Mißtrauen vor.“ Letztlich hätten sie sich „im Osten vom liberalen Staat und seinen liberalen Gesellschaftsvorstellungen immer weiter entfremdet“. Heute existiere „wieder zwischen Kap Arkona und Fichtelberg vielfach ein unfäßbarer Haß auf den Westen, gepaart mit stark ausgeprägtem Antiamerikanismus. Davon profitieren gleichermaßen AfD und BSW, in deren Programmen, außenpolitischen Inhalten und Äußerungen antiwestliche und prussische Sichten ja äußers dominant sind.“

Auf die Frage der SZ nach der eventuell gefühlten „Kontinuität eines Fremdbestimmungsgefühls, früher durch die SED, heute durch ‚den Westen‘“, antwortete Kowalczuk: „Wir dürfen nicht vergessen: Der Osten hat den Weg selbst bestimmt und durch Wahlen immer wieder legitimiert.“ Und an anderer Stelle noch genauer: „Am 18. März 1990 haben sich die Menschen hier durch ihr Votum bei den Volkskammerwahlen für den schnellen Beitritt und die Übernahme der DDR ausgesprochen.“

Genug davon. Die von vielen im Osten erhoffte „Wiedervereinigung“ Deutschlands wurde zum entwürdigenden Beitritt nach Artikel 143 des Grundgesetzes, der eine schwebende Wunde hinterließ, die offiziell verordnete Geschichtslosigkeit. Aus den einstmals durch höhere alliierte Macht abgetrennten, „armen Schwestern und Brüder im Osten“, um die man jahrzehntelang Krokodilstränen vergossen hatte, waren plötzlich Abtrünnige geworden. Stiefgeschwister? So als hätten sie vier Jahrzehnte lang ein halbes Leben im falschen Volkskörper gesteckt und müßten sich deshalb künftig bescheiden geben.

Die Wählerstimmenkarte nach den EU-Wahlen 2024 offenbarte ein geteiltes Deutschland in den Grenzen von 1989. Und die Erfolge der AfD und des BSW bei den Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen am 1. September drücken dem noch ihren Stempel drauf. Laut Kowalczuk stehen beide „für die Überwindung der repräsentativen Demokratie, beide streben eine Diktatur der Mehrheit an, beide stehen gegen liberale Staatsvorstellungen, gegen westliche Werte und für einen autoritären Staat.“

Wer oder was bestimmt eigentlich über die Bewertung eines Buches als „Bestseller“?

Dr. Manfred Thiemann, Bautzen

Europäische Linke steht vor Spaltung

Eine Nachricht, die fast schon nicht mehr verwundert. Es war nie sehr laut um das gemeinsame linke europäische Projekt, und selbst Gregor Gysi konnte in seiner Amtszeit nichts nennenswertes länderübergreifendes auf die Beine stellen. Die Linke hat aber auch das seltene Talent, sich nach Perioden des erfolgreichen Kampfes um gesellschaftliche Anerkennung und Wahlerfolge programmatisch sowie intellektuell zu bekämpfen und zu

zerlegen. Dabei ist man im Umgang mit persönlichen Anwürfen und auch öffentlicher Denunziationen nicht zimperlich. Die verbindende politische Gemeinschaft, der persönliche Zusammenhalt und die Achtung der Genossin/des Genossen werden geopfert, wenn es um die eigenen Interessen und persönlichen Lebensziele geht. Den wissenschaftlichen Grundlagen des Marxismus hat man abgeschworen und einer angestrebten Regierungsbeteiligung um jeden Preis den Vorrang gegeben. Die Bedürfnisse der Werktätigen und deren soziale Lage haben nur noch plakativen Charakter. Der Niedergang der Millionen Mitglieder zählenden und stolzen sowie kampferprobten kommunistischen und sozialistischen Parteien wird Stück um Stück durch die eigenen Totengräber vollzogen. Der undefinierte Begriff von den „Linken aller Couleur“, die politisch nach vielen Seiten offen und dem kapitalistischen System gar freundlich gesinnt sind, feiert bis heute Urständ. Links und Linke – wofür stehen diese Begriffe wirklich und was bedeuten sie in der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung? Links ist zu einem unsicheren politischen Kompaß geworden.

Auch hat sich eine sogenannte linke Szene etabliert, die vor Gewalt gegen Leben und Gesundheit nicht zurückschreckt. Sie hilft damit keineswegs bei der Lösung der sozialen Frage oder der Schaffung und Sicherung von Frieden, sondern unterstützt die Herrschenden bei der Unterdrückung wirklicher progressiver Ideen für durchgreifende gesellschaftliche Veränderungen. Sie leistet damit auch den Rechten Schützenhilfe. Pragmatismus in Verbindung mit Prinzipienlosigkeit und Selbstüberhebung haben den Prozeß der Marginalisierung vieler kommunistischer und sozialistischer Parteien noch beschleunigt.

Raimon Brete, Chemnitz

RF-Singegruppe war dabei

Vom 23. bis 25. September fanden in Berlin die Friedenstag der UZ statt, die ein Anziehungspunkt besonders auch für junge Leute waren. Viele interessante Diskussionsforen lockten Interessierte zum Gespräch mit Journalisten, Künstlern, Wissenschaftlern und Vertretern der linken Parteien in die Seminarräume und den großen Saal des Gebäudes am Franz-Mehring-Platz. Auf der neu gestalteten Freifläche wurde mit unterschiedlichsten kulinarischen Gerichten für das leibliche Wohl gesorgt. Die Bühne, auf der neben Tino Eisbrenner, Hartmut König, Achim Bigus und vielen anderen Gruppen und Solisten auftraten, war stets ein großer Anziehungspunkt. Auch die Singegruppe des „RotFuchs“ war am 24.8. auf der Bühne zu hören.

Unsere Gruppe stieg mit der Behauptung „Heut' ist ein wunderschöner Tag“ in das Programm ein und begeisterte dann das Publikum mit Arbeiter- und Kampfliedern, welche die Gästen begeistert mitsangen, manche sogar zu Tanzbewegungen von den Stühlen rissen und trotz der heißen Sommersonne auch von vielen Vorbeigehenden beklatscht wurden. Diese tolle Resonanz beflügelte

die Sängerinnen und Sänger, die zusätzlich von Phillip Hoffmann aus Kassel mit seinem Akkordeon und seiner Stimme unterstützt wurden. Dafür noch einmal einen speziellen Dank an ihn, der schon einige Male mit uns musiziert hat!

Zu unserem Programm gehörten nicht nur Lieder, sondern auch Gedichte, mit denen wir auf die drohenden Kriegsgefahren aufmerksam machten. Mit der Zugabe von „Bella ciao“ beendeten wir unseren Auftritt.

Die außerordentliche Resonanz, die unser Auftritt bei den Gästen fand, bestärkt uns darin, unsere Arbeit fortzusetzen, denn sie hilft, Freunden und Genossen im Kampf gegen die Kriegspropaganda Mut zu machen.

Gabi Parakeninks, Berlin

Erinnerungen zum 75. Jahrestag der Gründung der DDR

Dieser Tage unternahm mein zwei Jahre älterer Bruder und ich einen Ausflug in unseren Heimatort Calbitz (Sachsen).

Das Auto stellten wir an der Kirche ab und spazierten am verwahten Grundstück Beyers vorbei in den Park nach Köditz.

Der Park war früher sehr einladend, sehr gut gepflegt, wir fühlten uns darin wohl. Er ist mit vielen Erinnerungen unserer Kindheit und Jugend verbunden. Auf dem Teich liefen wir im Winter Schlittschuh, spielten mit selbst gefertigten Schlägern Eishockey und auch im Sommer war der Teich Anziehungspunkt für uns Kinder.

Etwas weiter trafen wir auf die Freilichtbühne, die in Eigeninitiative geschaffen wurde und von einem einst vielseitigen geistig-kulturellen Leben in Calbitz zeugte, heute ist sie von Unkraut überwuchert. Volksfeste wurden dort auf dem ehemaligen Fußballplatz gefeiert, ob zum Kindertag am 1. Juni, ob 1. Mai oder Erntefest, es war immer Leben im Ort. Diesen Eindruck gewinnt man nicht mehr.

Ich war Fußballspieler bei Traktor Calbitz und viele Jahre im Kulturensemble bei Dolly Schallschmidt aktiv. Den Fußballplatz haben wir in Eigeninitiative gebaut und gepflegt. Nach der „Wende“ wurde darauf eine Kinderkombination geschaffen, die heute für Wohnungen privatisiert ist. Einst existierte ein Landwarenhaus, wo die Bürger im Prinzip alles kaufen konnten, von Lebensmitteln bis Industriewaren usw.

Wo können alte oder gebrechliche Menschen ihren täglichen Bedarf kaufen? Vielleicht kommt wöchentlich ein sogenannter Einkaufswagen vorbei? Wo kauft man wie einst bei Bäcker Richter frische Brötchen zum Frühstück? Solange „Ebbi“ seinen Gasthof betrieb, zog es noch Fremde nach Calbitz. Es gab sogar, in Gemeinschaft mit anderen, vier davon. Heute steht neben dem einstigen Gasthof „Drei Lilien“ ein heruntergekommenes Haus, in dem früher Familie Fuhrmann wohnte.

Lebensqualität nach 34 Jahren Bundesrepublik ist den Altenhainer Bach heruntergegangen ist und das nicht nur in Calbitz.

Schöne Neubauten und angestrichene Fassaden können nicht darüber hinwegtäuschen, daß Calbitz seine Anziehungskraft nicht nur für mich verloren hat.

Edmund Peltzer, Leipzig

„RotFuchs“-Veranstaltungen im Oktober 2024

■ Regionalgruppe Cottbus

Am 5. Oktober um 10 Uhr: Offene Diskussionsrunde zum Ausgang der Landtagswahlen 2024 in den drei ostdeutschen Bundesländern

Ort: Gaststätte „Brandenburger Hof“, Friedrich-Ebert-Straße 33, 03044 Cottbus

■ Regionalgruppe Rostock

Am 5. Oktober um 10 Uhr: Kulturveranstaltung zum 75. Jahrestag der Gründung der DDR mit Dr. Hartmut König

Ort: Stadtteilbegegnungszentrum (SBZ) Toitenwinkel, Olof-Palme-Straße 26, 18147 Rostock

■ Regionalgruppe Magdeburg

Am 8. Oktober um 16.30 Uhr referiert der Buchautor und China-Spezialist Uwe Behrens zum Thema: **Die aktuelle Situation in der VR China und die Entwicklung des BRICS-Staatenbundes**

Ort: Begegnungsstätte „Pik ASZ“, Leipziger Straße 43, 39120 Magdeburg (Erreichbar mit den Straßenbahnlinie 9, Haltestelle Fermersleber Weg)

■ Regionalgruppe Neubrandenburg

Am 9. Oktober um 14 Uhr: Gemeinsame Veranstaltung mit der ISOR

Regionalgruppe Neubrandenburg

Buchbesprechung mit Heinz Engelhard zu seinem Buch „Der letzte Mann“

Ort: Indisches Restaurant Namaste, Stargarder Straße 35 (Ecke Pfaffenstraße), 17033 Neubrandenburg

■ Regionalgruppe Saale-Orla

Am 11. Oktober um 17 Uhr spricht Dr. Reiner Nebelung (Jena) zum Thema: **Klima und Gesellschaft**

Ort: Gaststätte „Bayrische Bierstuben“, Schloßstraße 12, 07318 Saalfeld

■ Regionalgruppe Berlin Marzahn-Hellersdorf

Am 15. Oktober um 18 Uhr sprechen die Friedensaktivisten Doris und George Pumphrey zum Thema: **Wir kämpften für die DDR, weil wir Friedenskämpfer waren und immer noch sind. – Mit Unterstützung der „RotFuchs“-Singegruppe**

Ort: Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

■ Regionalgruppe Halle

Am 15. Oktober um 15 Uhr spricht Rudenz Schramm, ehem. Direktor des Steintor-Varietes Halle, zum Thema: **Kunst und Kultur im politischen Spannungsfeld**

Ort: Sportgaststätte „Motor“, Ottostraße 27, 06130 Halle

■ Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau

Am 17. Oktober 2024 um 17 Uhr In einer liebevoll umrahmten **Zusammenkunft zum 75. Jahrestag der Gründung der DDR**

geben Zitate aus dem Buch „KORMORAN“ von Hermann Kant Anlaß, sich der sozialistischen deutschen Republik zu erinnern: Gewinn, Chancen und Verlust

Ort: Soziokulturelles Zentrum QUERBEET, Rosenplatz 4, 09126 Chemnitz

■ Regionalgruppe Gera/Altenburg

Gemeinsame Veranstaltung mit dem Freidenkerverband und ISOR

Am 19. Oktober um 14 Uhr spricht der letzte Betriebsdirektor des VEB Elektromotorenwerk Wernigerode Dr. Wolfgang Beck zu seinem Buch: **„Alles hat ein Ende, auch die Marktwirtschaft“.**

Ort: Gaststätte Steinweg 1, 07545 Gera

■ Regionalgruppe Teterow

Am 22. Oktober um 15 Uhr spricht Prof. Dr. sc. techn. Reinhard Schiffel zum Thema: **Was ist künstliche Intelligenz und wie verändert sie unser Leben?**

Ort: Regenbogenhaus, Straße der Freundschaft 2, 17166 Teterow

■ Regionalgruppe Leipzig

Am 23. Oktober um 18 Uhr: Früher, heute, morgen? Zum 75. Jahrestag der Gründung der DDR (Mit Kulturbeiträgen von und mit Schauspielerin Christa Weber)

Ort: Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Straße 77, 04105 Leipzig

■ Regionalgruppe Strausberg

Am 24. Oktober um 15 Uhr spricht Dr. Joachim Seider (Berlin) zum Thema: **Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen**

Achtung! Neuer Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Gerhart-Hauptmann-Straße 6, 15344 Strausberg

■ Regionalgruppe Güstrow

Am 24. Oktober um 16 Uhr spricht Wolfgang Dockhorn, stellv. Vorsitzender des „RotFuchs“-Fördervereins, zum Thema: **Schlußfolgerungen aus den Landtagswahlen mit Blick auf die Bundestagswahlen im September 2025 – Unsere Verantwortung in gefährvoller Zeit**

Ort: Haus der Generationen der Volkssolidarität, Weinbergstraße 28, 18273 Güstrow

■ Regionalgruppe Berlin-Treptow-Köpenick

Am 24. Oktober um 17 Uhr spricht Stefan Natke (Vorsitzender der DKP Berlin) zu seinem **Aufenthalt in Donezk und Lugansk.**

Ort: Wahlkreisbüro der Partei Die Linke, Brückenstraße 28, 12439 Berlin

■ Regionalgruppe Harz

Am 25. Oktober um 14 Uhr spricht der China-Spezialist Dr. Uwe Behrens zum Thema: **Indien und China – Zwei Staaten auf dem Weg zu Weltmächten**

Ort: Burchadikloster, Am Kloster 1 (Vereinsraum), 38820 Halberstadt

■ Regionalgruppe Frankfurt (Oder)

Am 25. Oktober um 15 Uhr spricht Prof. Nina Hager (Physikerin, Philosophin, Journalistin) zum Thema: **Militarisierung des Weltraums – ein gefährlicher Eskalationsprozeß**

Ort: Klub der Volkssolidarität, Logenstraße 1, 15230 Frankfurt (Oder)

■ Regionalgruppe Dresden

Am 26. Oktober um 10 Uhr: Analyse der Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen – Linke im freien Fall

Gäste: Vertreter BSW und PdL (angefragt)
Ort: „Drogenmühle“, Dresdner Straße 26, 01809 Heidenau

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0157 - 524 461 43
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout: Hinkelsteindruck, soz. GmbH

Herstellung: Druckerei Gottschalk

Internet: www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.

ISSN (Print) 2628-7900
ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin

Dr. Martin Baraki

Ralph Dobrawa

Dr. Peter Elz

Peter Franz

Dr. h.c. Gerhard Giese

Georges Hallermayer

Wolfgang Herrmann (Dreesch)

Dr. Ralf Hohmann

Lutz Jahoda

Rico Jalowitzki

Uli Jeschke

Dr. Hans-Jürgen Joseph

Prof. Dr. Anton Latzo

Dr. Holger Michael

Horst Neumann

Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Wien)

Hans Schoenefeldt

Johann Weber

Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)

Künstlerische Mitarbeit:

Renate Aulfes
Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030-983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030-241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen:

Gabriele Parakeninks
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Mail: parakeninks@rotfuchs.net
Tel. 0151/68 51 51 56

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEBEXXXc

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.